

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen • Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik • Neue Ideen für die Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems
- Erfahrungen mit dem Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA für den Produktionsindex

9/2002

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11/75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Verlag: Metzler-Poeschel, Stuttgart

Verlagsauslieferung: SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: 0 70 71/93 53 50
Telefax: 0 70 71/93 53 35
Internet: www.s-f-g.com
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Druck: Kern & Birner, Frankfurt am Main

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im Oktober 2002

Einzelpreis: EUR 10,85 [D]

Jahresbezugspreis: EUR 111,- [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-02109 – ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: 06 11/75 24 05
- Telefax: 06 11/75 33 30
- E-Mail: info@destatis.de

Abkürzungen

WiSta = Wirtschaft und Statistik
MD = Monatsdurchschnitt
VjD = Vierteljahresdurchschnitt
HjD = Halbjahresdurchschnitt
JD = Jahresdurchschnitt
D = Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj = Vierteljahr
Hj = Halbjahr
a. n. g. = anderweitig nicht genannt
o. a. S. = ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St = Stück
Mill. = Million
Mrd. = Milliarde

Zeichenerklärung

p = vorläufige Zahl
r = berichtigte Zahl
s = geschätzte Zahl
– = nichts vorhanden
0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
. = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
... = Angabe fällt später an
X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder — = grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/ = keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2002

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhalt	Seite
Kurznachrichten	747
Textteil	
<i>Dr. Hartmut Essig, Norbert Hartmann</i> Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1. Halbjahr 2002	755
<i>Statistischer Beirat</i> Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik	784
<i>Günter Kopsch</i> Neue Ideen für die Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems	792
<i>Dr. Sandra Jung</i> Erfahrungen mit dem Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA für den Produktionsindex	797
<i>Klaus Poetzsch</i> Preise im August 2002	802
Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	807
Tabellenteil	
Inhalt	1*
Statistische Monatszahlen	2*

Für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge wurden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung kann es bei der Summenbildung zu geringfügigen Abweichungen kommen. Auch vor dem 1. Januar 2002 aus DM-Werten errechnete Zuwachsraten und Anteile können aus diesem Grund geringfügig von den in Euro dargestellten Werten abweichen.

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
	News in brief	747
Texts		
<i>Dr. Hartmut Essig, Norbert Hartmann</i>	National accounts, first half of 2002	755
<i>Statistischer Beirat</i>	Recommendations on the further development of official statistics	784
<i>Günter Kopsch</i>	New ideas for the further development of the European Statistical System	792
<i>Dr. Sandra Jung</i>	Experience made with the seasonal adjustment procedure Census X-12-ARIMA for the production index	797
<i>Klaus Poetzsch</i>	Prices in August 2002	802
	List of the contributions published in the current year	807
Tables		
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*
Table des matières		Page
	Informations sommaires	747
Textes		
<i>Dr. Hartmut Essig, Norbert Hartmann</i>	Comptes nationaux, premier semestre de 2002	755
<i>Statistischer Beirat</i>	Recommandations relatives au développement ultérieur de la statistique officielle	784
<i>Günter Kopsch</i>	Nouvelles idées pour le développement ultérieur du système statistique européen	792
<i>Dr. Sandra Jung</i>	Expériences avec la procédure de désaisonnalisation Census X-12-ARIMA pour l'indice de production	797
<i>Klaus Poetzsch</i>	Prix en août 2002	802
	Liste des contributions publiées dans l'année en cours	807
Tableaux		
	Résumé	1*
	Chiffres statistiques mensuels	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus. Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Internetangebot des Eurostat Data Shop Berlin jetzt auch in Englisch

Im ersten Jahr nach dem Start des Internetangebots des Eurostat Data Shop Berlin (www.eu-datashop.de) im August 2001 gab es bereits mehr als 525 000 Zugriffe auf das Datenangebot der europäischen amtlichen Statistik. Auch immer mehr ausländische Kunden fragen beim Eurostat Data Shop Berlin an: Im Hinblick auf die steigende Zahl der nicht deutschsprachigen Nutzer bietet der Eurostat Data Shop Berlin sein Internetangebot jetzt auch in englischer Sprache an.

Am häufigsten fragen die Nutzer Gratis-Informationen nach, insbesondere die Schlüsselzahlen mit den Basisindikatoren aus dem „Eurostat Jahrbuch 2002“ und aus der Broschüre „Die soziale Lage in der Europäischen Union 2002“. Aktuelle Ergebnisse wichtiger Erhebungen und Studien bieten die Veröffentlichungen aus der Reihe „Statistik kurz gefasst“, die ebenfalls kostenlos erhältlich sind.

Der Eurostat Data Shop Berlin wurde 1997 als gemeinsame Einrichtung des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) und des Statistischen Bundesamtes eröffnet. Neben Informationen zum Produktangebot Eurostats und einem Bestellservice für Veröffentlichungen bietet der Eurostat Data Shop Berlin seinen Kunden die maßgeschneiderte Zusammenstellung von Informationen aus den Datenbanken Eurostats nach individuellen Wünschen.

Eurostat verfügt über mehr als 200 Mill. statistischer Daten zur Europäischen Union (EU), zur Eurozone, zu den einzelnen EU-Mitgliedstaaten sowie zu den Beitritts- und den EU-Partnerländern – eine weltweit einzigartige Informationsquelle!

Den optimalen Einstieg in die europäische Datenwelt bietet www.eu-datashop.de.

Weitere Auskünfte erteilt
Marita Köhn, Telefon (0 18 88) 6 44 94 24,
E-Mail: datashop@destatis.de.

Aus aller Welt

54. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts

Vom 13. bis 20. August 2003 findet im Internationalen Congress Centrum Berlin auf Einladung der Bundesregierung und unter der Schirmherrschaft des Herrn Bundespräsidenten der 54. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts (ISI) statt. Das ISI ist die größte internationale wissenschaftliche Gesellschaft auf dem Gebiet der Statistik mit etwa 5 000 Mitgliedern aus aller Welt. In fünf fachlich spezialisierten Sektionen vereinigt das ISI weltweit die Fachkompetenz in den Bereichen mathematisch-statistische Methoden, Erhebungsverfahren, Informationstechnik, amtliche Statistik und Aus- und Fortbildung von Statistikern. Etwa 100 internationale, nationale und regionale wissenschaftliche

Vereinigungen sind dem Internationalen Statistischen Institut angeschlossen.

Ziel des ISI ist es, statistische Methoden und Verfahren sowie deren Anwendung in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft weiterzuentwickeln und zu verbessern. Wichtigstes Instrument zur Erreichung dieses Ziels ist die Förderung der internationalen Zusammenarbeit und des Austauschs neuer Erkenntnisse auf allen Teilgebieten der Statistik. Der Kongress bietet – einer über hundertjährigen Tradition folgend – den erwarteten 2 500 bis 3 000 Statistikern und Nutzern von statistischen Ergebnissen aus Wissenschaft, von amtlichen Stellen und aus der Wirtschaft ein weltweites Forum zur Diskussion fachlicher und methodischer Fragen. Der Kongress 2003 ist als Standortbestimmung der Statistik im Lichte der globalen technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen von besonderer Bedeutung. Für die amtliche Statistik gilt es, sich im August 2003 in Berlin als moderner Informationsanbieter zu präsentieren und ihre Leistungsfähigkeit insbesondere bei der Anwendung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien unter Beweis zu stellen.

Das Nationale Organisationskomitee (NOK), das mit der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung beauftragt ist, informiert in seinem neuen Internetangebot unter www.isi-2003.de umfassend über das wissenschaftliche Programm, das Rahmenprogramm und die Organisation des Kongresses. Darüber hinaus bietet der Besuch der neuen Website die Möglichkeit zu einer unverbindlichen Vorregistrierung und zur Anmeldung von wissenschaftlichen Beiträgen.

Weitere Auskünfte erteilen

Petra Treber, Telefon (06 11) 75 36 79,

E-Mail: petra.treber@destatis.de sowie

Alexander Loschky, Telefon (0 18 88) 6 44 94 12,

E-Mail: alexander.loschky@destatis.de.

Informationen des Bundeswahlleiters

Vorläufiges amtliches Ergebnis der Bundestagswahl 2002

Der Bundeswahlleiter hat am 23. September 2002 um 3.45 Uhr das vorläufige amtliche Ergebnis der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 bekannt gegeben.

Bei einer Wahlbeteiligung von 79,1% (1998: 82,2 %) haben die

SPD	38,5%	(1998: 40,9%)
CDU	29,5%	(1998: 28,4%)
CSU	9,0%	(1998: 6,7%)
GRÜNEN	8,6%	(1998: 6,7%)

FDP	7,4%	(1998: 6,2%)
PDS	4,0%	(1998: 5,1%) und die
Sonstigen	3,0%	(1998: 5,9%)

aller gültigen Zweitstimmen erhalten. Der Anteil der ungültigen Zweitstimmen betrug bei der Bundestagswahl 2002 1,2% (1998: 1,3%).

Der 15. Deutsche Bundestag wird nach § 1 Abs. 1 des Bundeswahlgesetzes aus 598 Abgeordneten (1998: 656 Abgeordnete) zuzüglich 5 Überhangmandaten, also aus insgesamt 603 Abgeordneten bestehen.

Im 15. Deutschen Bundestag werden nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis die folgenden Parteien mit den nachstehenden Mandatszahlen vertreten sein:

SPD	251 Sitze (1998: 298; 267), darunter 171 Wahlkreissitze (1998: 212; 188)
CDU	190 Sitze (1998: 198; 180), darunter 82 Wahlkreissitze (1998: 74; 71)
CSU	58 Sitze (1998: 47; 43), darunter 43 Wahlkreissitze (1998: 38; 38)
GRÜNEN	55 Sitze (1998: 47; 43), darunter 1 Wahlkreissitz (1998: 0; 0)
FDP	47 Sitze (1998: 43; 40), darunter 0 Wahlkreissitze (1998: 0; 0)
PDS	2 Sitze (1998: 36; 32), darunter 2 Wahlkreissitze (1998: 4; 2)

Die erste Vergleichszahl für 1998 gibt die tatsächliche Sitzverteilung nach Parteien bei der Bundestagswahl 1998 wieder (656 Sitze und 13 Überhangmandate für die SPD), die zweite Vergleichszahl für 1998 gibt die (fiktive) Sitzverteilung nach Umrechnung der Ergebnisse der Bundestagswahl 1998 auf 598 Sitze an.

Da Bewerber der PDS in zwei Wahlkreisen erfolgreich waren, ist die PDS mit zwei Abgeordneten im 15. Deutschen Bundestag vertreten.

Die Zahl der gewonnenen Landeslistensitze je Partei kann im Internet unter <http://www.bundeswahlleiter.de/wahlen/bundestagswahl2002/deutsch/sitzelaender2002/index.htm> abgerufen werden.

Die Überhangmandate verteilen sich auf die Parteien nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis wie folgt:

SPD	4 Überhangmandate, davon 1 in Hamburg, 2 in Sachsen-Anhalt und 1 in Thüringen
-----	---

CDU 1 Überhangmandat, davon 1 in Sachsen

Auf die übrigen Parteien entfallen keine Überhangmandate.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2002 für Bund, Länder und die einzelnen Wahlkreise sind im Internet unter <http://www.bundeswahlleiter.de> abrufbar und werden in den

Heften 2 und 3 zur Wahl des 15. Deutschen Bundestages (Vorläufige/Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen) des Statistischen Bundesamtes dokumentiert (Bezugsquellen siehe Impressum).

Der Bundeswahlleiter dankt den hunderttausenden ehrenamtlichen Wahlhelfern in den Wahlvorständen ganz herzlich. Ohne die Bereitschaft so vieler Menschen, ihre privaten Bedürfnisse hinter das Interesse der staatlichen Gemeinschaft zurückzustellen, könnte eine ordnungsgemäße Wahl nicht gewährleistet werden. Dank gebührt aber auch denen, die in den Wahlämtern, in den Verwaltungen oder bei der Deutschen Post AG für einen reibungslosen Ablauf der Wahl gesorgt haben.

Über das endgültige amtliche Ergebnis der Bundestagswahl 2002, das der Bundeswahlausschuss am 9. Oktober 2002 in Berlin bekannt geben wird, berichtet ein ausführlicher Beitrag in der nächsten Ausgabe dieser Zeitschrift.

Neuerscheinungen

Statistisches Jahrbuch 2002 erschienen

Auf einer Pressekonferenz in Berlin am 1. Oktober 2002 stellte der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, das Statistische Jahrbuch 2002 der Öffentlichkeit vor.

Das Statistische Jahrbuch informiert zuverlässig und aktuell über die demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland sowie über wichtige Eckdaten aus Europa und der übrigen Welt. Die Druckversion besteht aus zwei Bänden: dem Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 2002 und dem Statistischen Jahrbuch für das Ausland 2002. Beide Bände sind in einem Schuber erhältlich. Gleichzeitig ist eine CD-ROM-Version mit den Informationen beider Jahrbücher im Acrobat-PDF-Format erschienen. Sie liegt der Schuberausgabe des Jahrbuchs bei oder kann unabhängig von den gedruckten Jahrbüchern erworben werden. Die CD-ROM-Version des Statistischen Jahrbuchs 2002 erlaubt die elektronische Weiterverwendung der Daten und besitzt eine Suchfunktion.

Als umfassendes Nachschlagewerk präsentiert das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland Informationen zu mehr als zwanzig verschiedenen Themen. Auch in der diesjährigen Ausgabe wurde die Berichterstattung in einigen Kapiteln verändert bzw. erweitert. So wurden zum Beispiel Ergebnisse einer Befragung zum Reiseverhalten der Bevölkerung, Informationen zu den Ausgaben für Forschung und Entwicklung und Angaben der Gesundheitsausgabenrechnung neu in das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland aufgenommen. Im Statistischen Jahrbuch für das Ausland wurde insbesondere die Berichterstattung über die 13 Länder erweitert, die eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union anstreben.

Einen zusätzlichen Service in beiden Statistischen Jahrbüchern stellt die Angabe der Namen, Telefonnummern und E-Mail-Adressen der Ansprechpartner zu den einzelnen statistischen Sachgebieten dar.

In Buchform kann das Statistische Jahrbuch 2002 für die Bundesrepublik Deutschland und für das Ausland im Schuber zusammen mit der entsprechenden CD-ROM (Einstecktasche) zum Vorzugspreis von 80,50 Euro (Bestell-Nr. 1010100-02700, ISBN 3-8246-0656-9) erworben werden. Einzelne kosten das Statistische Jahrbuch 2002 für die Bundesrepublik Deutschland 65,- Euro (Bestell-Nr. 1010110-02700, ISBN 3-8246-0657-7) und das Statistische Jahrbuch 2002 für das Ausland 29,- Euro (Bestell-Nr. 1010120-02700, ISBN 3-8246-0658-5). Das Statistische Jahrbuch 2002 auf CD-ROM (Bestell-Nr. 1010130-02700, ISBN 3-8246-0659-3) kostet 25,- Euro. Alle Produkte können im Buchhandel oder über den Verlag Metzler-Poeschel (nähere Angaben siehe Impressum) bezogen werden bzw. sind im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>) zu bestellen.

Zahlenkompass 2002 erschienen

Zeitgleich mit dem Statistischen Jahrbuch 2002 ist der „Zahlenkompass“ in der zehnten Auflage erschienen. Dieses Statistische Taschenbuch bietet allen, die Wert auf einen Überblick über die Lebensbedingungen in Deutschland, die Lage der Wirtschaft sowie eine Vielzahl sozialer und kultureller Indikatoren legen, aktuelle Informationen in Wort und Bild.

Die 29 Kapitel der Veröffentlichung, die jeweils in einführenden Texten sowie in Tabellen und graphischen Darstellungen Informationen zu den vier großen Themenbereichen „Land und Leute“, „Lebensbedingungen“, „Wirtschaft“ und „Deutschland und die Welt“ darbieten, werden jährlich nicht nur aktualisiert, sondern auch – orientiert an der aktuellen Diskussion – um zusätzliche Angaben ergänzt. Neue Informationen enthält beispielsweise der Abschnitt „Bildung“ mit Daten zu den Ausgaben für Bildung und Forschung sowie zu den Drittmiteinnahmen je Professorenstelle nach Fächergruppen. Die Tabellen im Kapitel „Löhne und Gehälter“ spiegeln deutlich die Annäherung des Lohnniveaus im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern wider.

Da verschiedene Themen in mehreren Kapiteln beleuchtet werden, hilft das Stichwortverzeichnis am Ende des Bandes, die benötigten Informationen zu finden. Für darüber hinausgehende Fragen sind auch Ansprechpartner für die einzelnen statistischen Themenbereiche aufgeführt.

Auch unter gestalterischem Blickwinkel ist die Ausgabe 2002 des Zahlenkompass moderner geworden. Die Veröffentlichung ist nunmehr durchgehend vierfarbig gestaltet und das Layout entspricht unserem neuen Corporate Design. Die farbigen Fotos, mit denen die meisten statistischen Grafiken hinterlegt wurden, zeigen Impressionen aus dem täglichen Leben in Deutschland.

Der Zahlenkompass 2002 ist zum Preis von 5,- Euro (Bestell-Nr. 1040100-02700, ISBN 3-8246-0663-1) bei der

Verlagsauslieferung des Metzler-Poeschel Verlages (nähere Angaben siehe Impressum) sowie bei allen Fachbuchhandlungen sowie natürlich auch online im Statistik-Shop auf der Internet-Seite des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/shop) erhältlich.

Kompakt

Weitere Zunahme der Scheidungen im Jahr 2001

Die Zahl der Ehescheidungen hat im Jahr 2001 erneut zugenommen: Fast 197 500 Ehen wurden geschieden, das waren 1,6% mehr als im Vorjahr. Damit stieg die Zahl der Ehescheidungen seit 1993 – mit Ausnahme des Jahres 1999 – kontinuierlich an und erreichte 2001 einen neuen Höchststand.

Betrachtet man im Zeitablauf das „Schicksal“ eines Eheschließungsjahrgangs, so zeigt sich, dass von den 1991 geschlossenen Ehen in den zehn seit der Eheschließung vergangenen Jahren 20% durch Scheidung beendet wurden. Mit nahezu drei Vierteln erfolgt der weitaus größte Teil der Scheidungen einvernehmlich nach einjähriger Trennung der Ehepartner.

Von den 197 500 im Jahr 2001 geschiedenen Ehepaaren hatte die Hälfte Kinder unter 18 Jahren; insgesamt waren 153 500 minderjährige Kinder von der Scheidung ihrer Eltern betroffen (+ 3,6% gegenüber 2000).

Weitere Auskünfte erteilt
Bettina Sommer, Telefon (06 11) 75 27 08,
E-Mail: bettina.sommer@destatis.de.

Weitere Ergebnisse des Mikrozensus 2001

Mehr Kinder bei allein Erziehenden und in Lebensgemeinschaften

In Deutschland lebten im April 2001 15,1 Mill. minderjährige Kinder bei ihren Eltern bzw. einem Elternteil. Vier von fünf (81%) dieser Kinder werden bei ihren verheiratet zusammenlebenden Eltern groß. Der Anteil der minderjährigen Kinder, die bei einem allein erziehenden Elternteil oder in nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften aufwachsen, ist gegenüber 1996 um drei Prozentpunkte auf 19% im April 2001 gestiegen.

Während im April 2001 im früheren Bundesgebiet 83% der minderjährigen Kinder bei Ehepaaren groß wurden, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur 67%. Bei allein erziehenden Müttern oder Vätern wuchsen 13% der westdeutschen und 20% der ostdeutschen Minderjährigen auf. Bei einer Lebensgemeinschaft lebten zum Zeitpunkt der Befragung im April 2001 im Westen 4% der minderjährigen Kinder; im Osten lag dieser Anteil mit 13% mehr als dreimal so hoch.

Die Anteile der minderjährigen Kinder, die bei Ehepaaren aufwachsen, sind im Jahr 2001 gegenüber 1996 sowohl im Westen Deutschlands (– 3 Prozentpunkte) als auch im Osten (– 8 Prozentpunkte) zurückgegangen. Gleichzeitig sind die Anteile der bei Lebensgemeinschaften und allein Erziehenden aufwachsenden Minderjährigen gestiegen. Im früheren Bundesgebiet erhöhte sich der Anteil der bei allein Erziehenden aufwachsenden Kinder um zwei Prozentpunkte, in den neuen Ländern und Berlin-Ost um fünf Prozentpunkte. Die Anteile der Kinder, die bei Lebensgemeinschaften groß wurden, stiegen im früheren Bundesgebiet um einen Prozentpunkt, in den neuen Ländern und Berlin-Ost um drei Prozentpunkte.

Einpersonenhaushalte – ein Großstadtphänomen

Im April 2001 gab es in Deutschland rund 38,5 Mill. Haushalte, darunter 14,1 Mill. (37%) Einpersonenhaushalte. Besonders häufig sind Einpersonenhaushalte in den Großstädten anzutreffen.

Während der Anteil der Einpersonenhaushalte in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern bei 26% lag, wurden in Gemeinden mit einer Größe von 2 000 bis unter 50 000 Einwohnern bereits 31% aller Haushalte von einer Person geführt. Noch höher lagen die Anteile der Einpersonenhaushalte in Gemeinden mit 50 000 bis unter 200 000 bzw. 200 000 bis unter 500 000 Einwohnern. Sie machten dort 40 bzw. 45% an allen Haushalten aus. Den Spitzenwert erreichten die deutschen Großstädte mit 500 000 und mehr Einwohnern. Dort war mit 48% nahezu jeder zweite Haushalt ein Einpersonenhaushalt.

Detaillierte Ergebnisse zu den Formen des Zusammen- und Alleinlebens enthält die Broschüre „Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2001“, die auch im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2002/mikrozensus2001b.htm kostenlos abrufbar ist.

5% weniger Alkoholunfälle im Straßenverkehr im Jahr 2001

Die Polizei registrierte im Jahr 2001 in Deutschland 64 400 Unfälle im Straßenverkehr, bei denen mindestens ein(e) Beteiligte(r) unter Alkoholeinfluss stand. Das waren gut 5% weniger „Alkoholunfälle“ als im Jahr 2000. Bei 25 700 (– 6%) Alkoholunfällen mit Personenschaden wurden 33 500 (– 6%) Verkehrsteilnehmer verletzt und 909 (– 11%) getötet. Damit starb 2001 jede(r) achte Verkehrstote (13% aller Verkehrstoten) an den Folgen eines Unfalls, bei dem mindestens ein Unfallbeteiligter alkoholisiert war.

Alkoholeinfluss spielte bei 7% aller Unfälle mit Personenschaden eine Rolle. Die höchsten Anteile der Alkoholunfälle an allen Unfällen mit Personenschaden wurden in Mecklenburg-Vorpommern mit 10% sowie im Saarland und in Brandenburg mit jeweils gut 8% ermittelt.

Tatsächlich dürften sich deutlich mehr Alkoholunfälle ereignet haben, da die Polizei nicht bei jedem Unfallbeteiligten prüft, ob er unter Alkoholeinfluss gestanden hat. Auch ist anzunehmen, dass von den unfallflüchtigen Verkehrsteilnehmern, die nicht ermittelt werden konnten, ein überdurchschnittlich hoher Anteil alkoholisiert war.

Insgesamt wurden 26 000 alkoholisierte Fahrer/-innen und Fußgänger/-innen bei Unfällen mit Personenschaden von der Polizei registriert, 16 200 (62%) davon waren Pkw-Fahrer/-innen. 18% der alkoholisierten Pkw-Fahrer/-innen hatten zum Zeitpunkt der ersten Blutprobe einen BAK-Wert (Blutalkoholkonzentration) von unter 0,8 Promille, 13% einen zwischen 0,8 und 1,1 Promille sowie 46% einen zwischen 1,1 und 2,0 Promille. Mehr als jede(r) Fünfte (22%) hatte sogar über 2,0 Promille Alkohol im Blut.

Ausführlichere Ergebnisse enthält die Broschüre „Alkoholunfälle im Straßenverkehr 2001“, die beim Statistischen Bundesamt unter der Telefonnummer (0611) 752498 (E-Mail: verkehrsunfaelle@destatis.de) angefordert werden kann.

25% der Abiturienten beginnen eine Lehre – ein Drittel startet gleich mit dem Studium

Knapp 342 600 Jugendliche erlangten im Jahr 2001 die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife (Abitur), das waren 34 800 mehr als 1995.

Im Jahr 2001 begannen 86 900 Abiturienten eine Berufsausbildung im dualen System, das sind rund 25% der Abiturienten dieses Jahres. Wie schon in den Jahren zuvor konzentrierten sich die Abiturienten bei ihrer Berufswahl auf nur wenige Berufe: Gut ein Viertel erlernte Bankkaufmann/-kauffrau, Industriekaufmann/-kauffrau oder Fachinformatiker/-in. Auf den weiteren Rängen folgten Kaufmann/-frau im Groß- und Außenhandel sowie Steuerfachangestellte(r).

Trotz einer Zunahme der Abiturientenzahlen um mehr als 11% seit 1995 begannen im Jahr 2001 etwa gleich viele Abiturienten eine Ausbildung im dualen System wie sechs Jahre zuvor. Während sich 1995 gut 43% der Abiturienten im dualen System auf die fünf am häufigsten gewählten Berufe konzentrierten, waren es im Jahr 2001 noch knapp 37%. Insgesamt blieb jedoch die Rangfolge der bei Abiturienten beliebtesten Ausbildungsberufe nahezu unverändert. Lediglich der 1997 neu geschaffene IT-Beruf Fachinformatiker kletterte auf Rang drei.

Weitere rund 37 000 Abiturienten (knapp 11%) begannen im Jahr 2001 eine rein schulische Berufsausbildung in Berufsfachschulen bzw. Schulen des Gesundheitswesens, zum Beispiel als Krankenschwester/Krankenpfleger oder Physiotherapeut/-in. Insgesamt liegt damit in Deutschland der Anteil der jungen Leute, die nach Erwerb ihrer Hochschulzugangsberechtigung zunächst eine nicht-akademische berufliche Ausbildung beginnen, bei etwa 36% eines Abiturientenjahrgangs.

Fast jede(r) dritte Abiturient/-in beginnt noch im Jahr der Erlangung der Hochschulreife ein Studium an einer deutschen Hochschule. Von den rund 227 000 deutschen Studienanfängern des Wintersemesters 2000/2001 besaßen 84% die allgemeine bzw. fachgebundene Hochschulreife und 16% die Fachhochschulreife. 72% hatten ihre Hochschulzugangsberechtigung an einem allgemein bildenden Gymnasium erworben, 9% an einer Fachoberschule, 6% an einem Fachgymnasium, 4% an einer Gesamtschule, 3% an einem Abendgymnasium oder Kolleg sowie knapp 1% im Ausland. Von den mehr als 40 000 ausländischen Studienanfängern hatten rund 78% ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Deutschlands erlangt.

Die Zahl der Studierenden an deutschen Hochschulen ist in den letzten Jahren erneut deutlich gestiegen. Nach vorläufigen Ergebnissen waren im Wintersemester 2001/2002 mehr als 1 860 000 Studierende immatrikuliert. Weitere 40 000 Gasthörer besuchten Lehrveranstaltungen der Hochschulen, die hier einen wichtigen Beitrag zum „Lebenslangen Lernen“ leisten.

Zum Bereich Schulen/Berufsbildung erhalten Sie weitere Auskünfte von

Marianne Renz, Telefon (06 11) 75 41 41,

E-Mail: schulstatistik@destatis.de,

zum Bereich Hochschulen von

Rainer Wilhelm, Telefon (06 11) 75 41 45,

E-Mail: hochschulstatistik@destatis.de.

Ausbildungsförderung 2001

BAföG 2001: 91 000 mehr Geförderte in Deutschland

Nach vorläufigen Berechnungen erhielten im Jahr 2001 in Deutschland knapp 650 000 Personen (244 000 Schüler und Schülerinnen sowie 406 000 Studierende) Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Dies waren rund 91 000 oder 16% mehr als im Vorjahr. Die Zahl der geförderten Studierenden stieg um rund 58 000 (+17%), die der geförderten Schüler und Schülerinnen um 33 000 (+16%).

Die Förderung erstreckte sich nicht immer über ein volles Jahr. Im Durchschnitt wurden 408 000 Personen (143 000 Schüler und Schülerinnen, 265 000 Studierende) je Monat gefördert (+14%).

Etwa 44% der BAföG-Empfänger erhielten eine Vollförderung (2000: 34%). Eine Vollförderung wird geleistet, wenn Geförderte den maximalen Förderungsbetrag erhalten. Dieser ist abhängig von der Ausbildungsstätte (z. B. Gymnasium oder Hochschule) und der Unterbringung (bei den Eltern oder auswärts wohnend). Rund 56% aller Personen erhielten eine Teilförderung (2000: 66%). Eine Teilförderung wird geleistet, wenn das Einkommen und Vermögen der Geförderten bzw. der Eltern bestimmte Grenzen übersteigen und somit zu einer Kürzung des Förderungsbetrages führen.

Die Ausgaben des Bundes und der Länder nach dem BAföG betragen im Jahr 2001 1 655 Mill. Euro, 380 Mill. Euro mehr als im Vorjahr (+30%). Für die Schülerförderung wurden 493 Mill. Euro (+125 Mill. Euro) und für die Studierendenförderung 1 162 Mill. Euro (+255 Mill. Euro) bereitgestellt. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Schüler 288 Euro und ein geförderter Studierender 365 Euro monatlich. Dies bedeutet für Schüler und Schülerinnen eine Steigerung des durchschnittlichen Förderungsbetrages je Person und Monat um 47 Euro, für Studierende um 39 Euro.

Der Anstieg der Gefördertenzahlen und des finanziellen Aufwandes ist Folge des Ausbildungsförderungsreformgesetzes (AföRG) zum 1. April 2001, das höhere Freibeträge und Bedarfssätze vorsieht. Da die Förderung noch bis zum 31. März 2001 nach „altem Recht“ erfolgte, resultiert diese Entwicklung im Wesentlichen aus den letzten neun Monaten des Berichtsjahres.

„Meister-BAföG“ 2001: 8% mehr Geförderte

Im Jahr 2001 erhielten rund 56 100 Personen Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG). Das waren 4 100 oder 8% mehr als im Jahr 2000. Das so genannte „Meister-BAföG“ erhielten 43 500 Männer (78%) und 12 600 Frauen (22%). Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der geförderten Frauen um knapp 12%, die der Männer um knapp 7%.

Ziel des „Meister-BAföG“ ist es, Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung durch Beiträge zu den Kosten der Bildungsmaßnahme und zum Lebensunterhalt finanziell zu unterstützen. Die Förderzusagen für das Jahr 2001 umfassten insgesamt fast 183 Mill. Euro. Diese wurden als Zuschüsse zum Lebensunterhalt und zur Kinderbetreuung (27 Mill. Euro) oder als Darlehenszusagen (156 Mill. Euro, davon 41% für Unterhaltsbeiträge und 59% für Maßnahmebeiträge zur Finanzierung von Lehrgangs- und Prüfungsgebühren) gewährt. Inwieweit diese Darlehen in Anspruch genommen werden, kann jeder Förderungsberechtigte frei entscheiden. Angaben hierüber wird die Statistik erstmals ab dem Berichtsjahr 2002 erfassen.

Im Durchschnitt wurden pro Person und Monat 662 Euro zum Lebensunterhalt bewilligt. Davon wurden rund 41% als Zuschuss und 59% als Darlehen gewährt (ohne Darlehen zur Finanzierung der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren).

Rund 31 000 (55%) der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil und 25 000 (45%) an einer Teilzeitfortbildung. Der Anteil von Männern und Frauen an den Teilnehmern von Voll- bzw. Teilzeitfortbildungen entsprach weitgehend ihrem Anteil an den Geförderten insgesamt.

25% der Geförderten bildeten sich in Maßnahmen mit einer Dauer von bis zu einem Jahr, 39% in solchen bis zu zwei Jahren und 26% in solchen bis zu drei Jahren fort. Weitere 10% besuchten Fortbildungsveranstaltungen mit einer Dauer bis zu vier Jahren oder länger.

Die Geförderten waren überwiegend zwischen 20 und 35 Jahren alt. Am stärksten vertreten waren die 25- bis unter

30-Jährigen (35%), gefolgt von den 30- bis unter 35-Jährigen (24%) sowie den 20- bis unter 25-Jährigen (21%).

Der Anstieg der Gefördertenzahlen und des finanziellen Aufwandes dürfte insbesondere auf die bereits im Jahr 2001 angekündigte Reform des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes zurückzuführen sein. Das zum 1. Januar 2002 in Kraft getretene Reformgesetz sieht u.a. Leistungsverbesserungen vor, die anteilmäßig auch für Förderungsfälle gelten, deren Maßnahmen vor der Gesetzesreform bewilligt wurden, aber erst nach dem 1. Januar 2002 durchgeführt bzw. abgeschlossen werden.

Weitere Auskünfte zu BAföG und Meister-BAföG erteilt Udo Kleinegees, Telefon (06 11) 75 28 57, E-Mail: bildungsstatistik@destatis.de.

Sozialhilfeausgaben 2001

Die Kommunen haben im Jahr 2001 für die Hilfe zum Lebensunterhalt netto 8,5 Mrd. Euro ausgegeben, dies entspricht einem Rückgang von 2,3% gegenüber dem Jahr 2000.

Dagegen stiegen die Nettoausgaben für die Hilfe in besonderen Lebenslagen im Jahr 2001 auf 12,7 Mrd. Euro (+4,5% gegenüber dem Vorjahr). Darunter sind insbesondere die Eingliederungshilfen für behinderte Menschen mit 8,8 Mrd. Euro (+5,4%), die damit erstmals die Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt überstiegen, sowie die Leistungen für Pflegebedürftige, die so genannte „Hilfe zur Pflege“ mit insgesamt 2,3 Mrd. Euro (+1,8%), von Bedeutung.

Insgesamt haben die Kommunen im Jahr 2001 in Deutschland brutto 23,9 Mrd. Euro für Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz ausgegeben, 2,7% mehr als im Vorjahr. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 2,7 Mrd. Euro, die den Sozialhilfeträgern zum größten Teil aus Erstattungen anderer Sozialleistungsträger zufließen, beliefen sich die Sozialhilfeausgaben netto auf 21,2 Mrd. Euro (+1,7% gegenüber 2000).

Je Einwohner haben die Kommunen für die Sozialhilfe im Jahr 2001 durchschnittlich 258 Euro netto ausgegeben. Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) waren es mit 265 Euro je Einwohner wesentlich mehr als in den neuen Ländern (ohne Berlin) mit 165 Euro. Die mit Abstand höchsten Pro-Kopf-Ausgaben hatten im Jahr 2001 die drei Stadtstaaten Bremen (594 Euro), Hamburg (529 Euro) und Berlin (514 Euro). Die geringsten Ausgaben je Einwohner wurden in den alten Ländern in Baden-Württemberg und Bayern mit 178 bzw. 193 Euro festgestellt. In den neuen Ländern waren in Sachsen (138 Euro) und Thüringen (144 Euro) die Pro-Kopf-Ausgaben am niedrigsten.

Rückläufig waren demgegenüber die Aufwendungen für Asylbewerber und sonstige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Berechtigte. Diese erhalten seit 1. November 1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Im Jahr 2001 betragen in Deutschland die Bruttoausgaben für Asylbewerberleistungen 1,7 Mrd. Euro und lagen damit um 12,1% niedriger als im Vorjahr. Mit 1,3 Mrd. Euro entfiel der größte Teil auf die Deckung des not-

wendigen Bedarfs an Nahrung, Kleidung, Unterkunft usw. Daneben wurden besondere Leistungen, zum Beispiel bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt, in Höhe von rund 0,4 Mrd. Euro gewährt. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 0,1 Mrd. Euro ergaben sich Nettoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Höhe von 1,6 Mrd. Euro, 13,6% weniger als im Vorjahr.

Weitere Auskünfte erteilt
Thomas Haustein, Telefon (0 1888) 6 44 81 34,
E-Mail: sozialhilfe@destatis.de.

Jugendämter nahmen im Jahr 2001 mehr als 31300 junge Menschen in Obhut

31 334 Kinder und Jugendliche wurden im Jahr 2001 in Deutschland von den Jugendämtern in Obhut genommen, das waren 1% mehr als im Vorjahr. Kinder und Jugendliche werden auf eigenen Wunsch in Obhut genommen oder weil eine dringende Gefahr für ihr Wohl besteht. Das Jugendamt sorgt für eine vorläufige Unterbringung in einer geeigneten Einrichtung.

Zwei Drittel der betroffenen Kinder und Jugendlichen waren älter als 14 Jahre. Mehr als die Hälfte (54%) der in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen waren Mädchen. In einem Drittel aller Fälle erfolgte die Maßnahme auf eigenen Wunsch des Kindes bzw. des Jugendlichen. In jeweils 24% der Fälle wurde sie durch die Polizei bzw. durch soziale Dienste bzw. Jugendämter angeregt. Rund 11% der in Obhut genommenen Kinder bzw. Jugendlichen wurden an einem jugendgefährdenden Ort aufgegriffen, wie zum Beispiel in Straßen mit Bordellbetrieb oder an Treffpunkten von Drogenhändlern.

In 29% der Fälle dauerte die vorläufige Unterbringung der betroffenen Kinder bzw. Jugendlichen mehr als zwei Wochen. 41% der Kinder bzw. Jugendlichen kehrten im Anschluss an die Maßnahme zu den Sorgeberechtigten zurück.

Weitere Auskünfte erteilt
Heike Tüllmann, Telefon (0 1888) 6 44 81 51,
E-Mail: jugendhilfe@destatis.de.

386 Mill. Zigaretten werden pro Tag geraucht

Pro Tag gehen in Deutschland durchschnittlich 386 Mill. Zigaretten in Rauch auf. Dieser Wert wurde auf Grundlage der Zahl der versteuerten Zigaretten im ersten Halbjahr 2002 ermittelt. Daneben werden täglich durchschnittlich noch knapp neun Mill. Zigarren und Zigarillos, knapp 40 Tonnen Feinschnitt und zwei Tonnen Pfeifentabak geraucht. Rein rechnerisch entfallen damit auf jeden Einwohner – ob Raucher oder Nichtraucher, Erwachsener oder Kind – knapp fünf Zigaretten pro Tag und jeden zehnten Tag eine Zigarre oder ein Zigarillo.

Von dem Tabakkonsum profitiert auch die Bundeskasse, die im ersten Halbjahr 2002 hierfür 5,2 Mrd. Euro (28 Mill. Euro pro Tag) Steuern eingenommen hat. Auf jeden Einwohner entfällt damit rechnerisch ein Tabaksteueraufkommen von 35 Cent pro Tag.

Weitere Auskünfte erteilt
Klaus-Jürgen Hammer, Telefon (06 11) 75 23 80,
E-Mail: klaus-juergen.hammer@destatis.de.

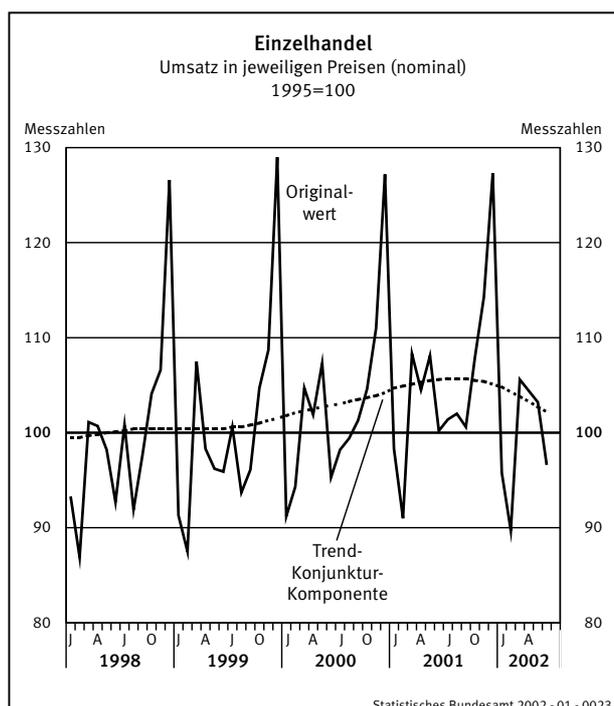
Weitere wichtige Monatszahlen

Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im Juli 2002 nominal 2,4% und real 1,7% weniger als im Juli 2001 um. Der Juli 2002 hatte 27, der Juli 2001 26 Verkaufstage. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2002 wurden nominal 2,5% und real 3,1% weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum umgesetzt.

Im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren wurde nominal und real jeweils 3,1% weniger als im Juli 2001 abgesetzt; die Lebensmittelgeschäfte mit einem breiten Sortiment (Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte) hatten dabei geringere Umsatzrückgänge (nominal und real jeweils – 2,9%) als der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln – dazu zählen u.a. die Delikatessgeschäfte (nominal – 4,7%, real – 5,2%).

Im Einzelhandel mit Nicht-Nahrungsmitteln – dazu gehört der Einzelhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern – wurde



sowohl nominal als auch real das Ergebnis des Vorjahresmonats nicht erreicht (nominal - 2,0 %, real - 0,9%). Lediglich der Versandhandel (nominal + 10,9%, real + 10,8%) und der Facheinzelhandel mit Textilien, Bekleidung und Schuhen (nominal + 1,1%, real + 1,2%) erzielten nominal und real höhere Umsätze als im Juli 2001. Ein reales Umsatzplus bei einem nominalen Umsatzrückgang erzielten der Facheinzelhandel mit kosmetischen, pharmazeutischen und medizinischen Produkten sowie die Apotheken (nominal - 1,2%, real + 0,3%). Die anderen Branchen blieben nominal und real unter den Ergebnissen des Vorjahresmonats: der sonstige Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, zu dem die Waren- und Kaufhäuser gehören (nominal - 1,1%, real - 1,4%), der Facheinzelhandel mit Hausrat, Bau- und Heimwerkerbedarf (nominal - 1,7%, real - 2,5%) und der sonstige Facheinzelhandel (z. B. Bücher, Zeitschriften, Schmuck, Sportartikel) (nominal - 4,6%, real - 4,9%).

Im Juli 2002 wurde im Vergleich zum Juni 2002 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal 1,2% und real 0,9% weniger abgesetzt.

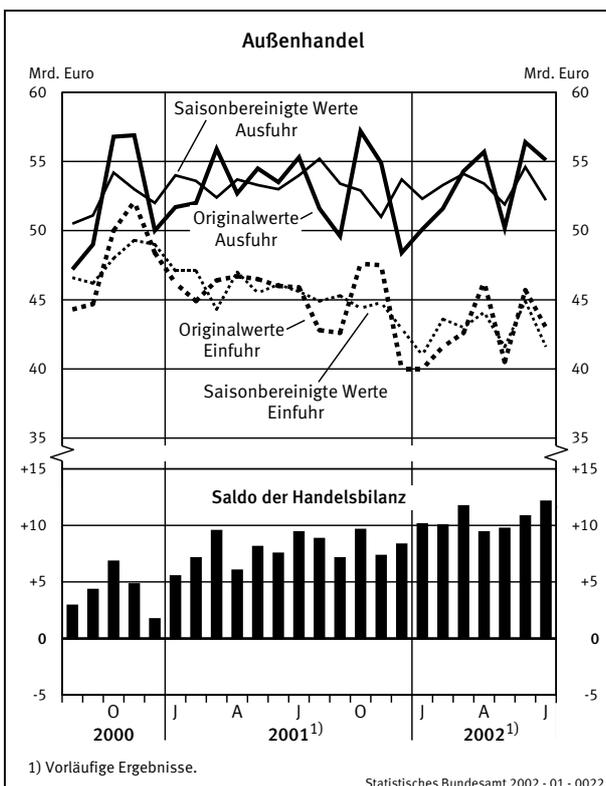
Außenhandel

Im Juli 2002 wurden von Deutschland Waren im Wert von 55,1 Mrd. Euro aus- und für 43,0 Mrd. Euro eingeführt. Damit sind die Exporte nominal um 0,4% und die Importe um 6,3% niedriger ausgefallen als im entsprechenden Vorjahresmonat. Im selben Zeitraum fiel der Ausfuhrpreisindex um 0,5% und der Einfuhrpreisindex um 4,2%.

Die Außenhandelsbilanz schloss im Juli 2002 mit einem Plus von 12,1 Mrd. Euro ab. Unter Berücksichtigung der Sal-

den für Ergänzungen zum Warenverkehr (-0,6 Mrd. Euro), Dienstleistungen (- 4,3 Mrd. Euro), Erwerbs- und Vermögenseinkommen (- 5,0 Mrd. Euro) sowie laufende Übertragungen (- 1,8 Mrd. Euro) ergab sich damit im Juli 2002 - nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank - ein Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von 0,5 Mrd. Euro. Im Juli 2001 hatte die deutsche Leistungsbilanz mit einem Passivsaldo von 2,7 Mrd. Euro abgeschlossen.

Gegenüber dem Vormonat sind die deutschen Ausfuhren im Juli 2002 nominal um 2,4% und die Einfuhren um 5,8% zurückgegangen. Nach der mit dem Verfahren Census X-12-ARIMA (Version 0.2.8) durchgeführten Saisonbereinigung für den Berichtsmontat waren ebenfalls Rückgänge in beiden Handelsrichtungen zu verzeichnen. Danach betrug die saisonbereinigten Vormonatsveränderungsraten für Juli 2002 - 4,5 % bei den Exporten und - 7,3 % bei den Importen. [U](#)



Dr. Hartmut Essig, Dipl.-Volkswirt Norbert Hartmann sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1. Halbjahr 2002

Vorläufige Ergebnisse

Dieser Aufsatz gibt einen umfassenden Überblick über die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die erste Hälfte des Jahres 2002. Turnusmäßig wurden auch die Berechnungen für die letzten Jahre (ab 1998) überprüft und anhand des neu angefallenen statistischen Ausgangsmaterials überarbeitet. Die Wirtschaftsleistung, gemessen am preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt, war in Deutschland im ersten Halbjahr 2002 um 0,4% geringer als im ersten Halbjahr des Vorjahres. In der Quartalsbetrachtung (zum jeweiligen Vorjahresquartal) nahm das preisbereinigte (reale) Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2002 ab (-1,2%) und im zweiten Quartal zu (+0,5%). Nach Bereinigung um relativ starke Kalendereffekte hat sich das reale Bruttoinlandsprodukt in den ersten beiden Quartalen 2002 nur sehr unwesentlich verändert (-0,2% im ersten und +0,1% im zweiten Quartal). Werden außer kalender- auch saisonbedingte Schwankungen rechnerisch ausgeschaltet, so ergibt sich im ersten und zweiten Quartal 2002 jeweils ein Wirtschaftswachstum von 0,3% gegenüber dem Vorquartal. In den drei vorangegangenen Quartalen im Jahr 2001 hatte es Rückgänge gegeben. Der Rückgang der Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr 2002 um 0,4% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert wurde von der geringen Nachfrage nach Aggregaten der inländischen Verwendung (-2,2%) bestimmt. Der positive Wachstumsbeitrag des Exportüberschusses (Außenbeitrag) von 1,8 Prozentpunkten konnte diesen Rückgang nicht ausgleichen.

Die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr 2002 wurde von 38,5 Mill. Erwerbstätigen erbracht, das waren 169 000 oder

0,4% weniger als ein Jahr zuvor. Die Anzahl der Erwerbslosen nahm im gleichen Zeitraum um 165 000 (+5,3%) auf 3,3 Mill. Personen zu. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen erhöhte sich damit von 7,5% im ersten Halbjahr 2001 auf 7,9% im Berichtshalbjahr.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm im ersten Halbjahr 2002 um 0,7% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreshalbjahr zu. Das war der geringste Anstieg seit 1991. Die privaten Konsumausgaben erhöhten sich noch schwächer (+0,5%) und es wurde mehr gespart (+2,9%).

Vorbemerkung

In diesem Aufsatz gibt das Statistische Bundesamt einen ersten umfassenden Überblick über die vorläufigen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die erste Jahreshälfte 2002.¹⁾ Die hier vorgelegten Berechnungen beruhen auf den bis Mitte August 2002 verfügbaren Daten aus kurzfristigen Wirtschaftsstatistiken. Turnusgemäß wurden die Berechnungen für die Jahre (ab 1998) überprüft und anhand des neu angefallenen statistischen Ausgangsmaterials überarbeitet. Deshalb ergeben sich Änderungen gegenüber dem letzten Veröffentlichungsstand vom März 2002 (siehe „Vorbericht 2001“ der Reihe 1.2 „Konten und Standardtabellen“ der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“). Im Folgenden werden neue und bis-

1) Das Statistische Bundesamt berechnet seit der Einführung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 im April 1999 lediglich die Bauinvestitionen in einer Untergliederung für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder und Berlin-Ost. Die Berechnung länderscharfer Ost-West-Ergebnisse erfolgt ansonsten durch den Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ unter Federführung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg (www.statistik-bw.de/VolkswPreise/ArbeitskreisVGR/).

herige Ergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt gegenübergestellt:

Bruttoinlandsprodukt Vergleich der neuen mit den bisherigen Ergebnissen						
Jahr Vierteljahr	Neu		Bisher		Differenz	
	Mrd. Euro	% ¹⁾	Mrd. Euro	% ¹⁾	Mrd. Euro	Prozentpunkte
in jeweiligen Preisen						
1998	1929,4	+ 3,1	1929,4	+ 3,1	0,0	+ 0,0
1999	1978,6	+ 2,6	1974,3	+ 2,3	4,3	+ 0,2
2000	2030,0	+ 2,6	2025,5	+ 2,6	4,5	+ 0,0
2001	2071,2	+ 2,0	2063,0	+ 1,9	8,2	+ 0,2
1998 1. Vj ..	463,8	+ 5,0	463,8	+ 5,0	0,0	+ 0,0
2. Vj ..	476,6	+ 2,0	477,2	+ 2,1	- 0,6	- 0,1
3. Vj ..	490,2	+ 3,1	489,9	+ 3,0	0,3	+ 0,1
4. Vj ..	498,8	+ 2,4	498,5	+ 2,3	0,3	+ 0,1
1999 1. Vj ..	473,1	+ 2,0	472,0	+ 1,8	1,1	+ 0,2
2. Vj ..	487,7	+ 2,3	487,5	+ 2,2	0,2	+ 0,2
3. Vj ..	502,3	+ 2,5	501,5	+ 2,4	0,8	+ 0,1
4. Vj ..	515,5	+ 3,3	513,3	+ 3,0	2,2	+ 0,4
2000 1. Vj ..	492,2	+ 4,0	490,2	+ 3,9	2,0	+ 0,2
2. Vj ..	504,6	+ 3,5	502,9	+ 3,2	1,7	+ 0,3
3. Vj ..	513,3	+ 2,2	513,3	+ 2,4	0,0	- 0,2
4. Vj ..	519,9	+ 0,9	519,1	+ 1,1	0,8	- 0,3
2001 1. Vj ..	503,9	+ 2,4	501,6	+ 2,3	2,3	+ 0,1
2. Vj ..	515,2	+ 2,1	513,2	+ 2,0	2,0	+ 0,1
3. Vj ..	520,4	+ 1,4	519,4	+ 1,2	1,0	+ 0,2
4. Vj ..	531,7	+ 2,3	528,8	+ 1,9	2,9	+ 0,4
2002 1. Vj ..	508,3	+ 0,9	506,6	+ 1,0	1,7	- 0,1
2. Vj ..	526,2	+ 2,1	-	-	-	-
in Preisen von 1995						
1998	1876,4	+ 2,0	1876,4	+ 2,0	0,0	+ 0,0
1999	1914,8	+ 2,0	1911,1	+ 1,8	3,7	+ 0,2
2000	1969,5	+ 2,9	1968,5	+ 3,0	1,0	- 0,1
2001	1980,8	+ 0,6	1979,6	+ 0,6	1,2	+ 0,0
1998 1. Vj ..	456,2	+ 4,2	455,8	+ 4,1	0,4	+ 0,1
2. Vj ..	465,2	+ 0,6	465,6	+ 0,7	- 0,4	- 0,1
3. Vj ..	476,6	+ 1,6	477,1	+ 1,7	- 0,5	- 0,1
4. Vj ..	478,4	+ 1,4	477,9	+ 1,3	0,5	+ 0,1
1999 1. Vj ..	460,9	+ 1,0	459,7	+ 0,9	1,2	+ 0,2
2. Vj ..	472,5	+ 1,6	472,4	+ 1,5	0,1	+ 0,1
3. Vj ..	487,6	+ 2,3	487,0	+ 2,1	0,6	+ 0,2
4. Vj ..	493,8	+ 3,2	492,0	+ 3,0	1,8	+ 0,3
2000 1. Vj ..	480,0	+ 4,1	478,6	+ 4,1	1,4	+ 0,0
2. Vj ..	491,6	+ 4,0	490,8	+ 3,9	0,8	+ 0,1
3. Vj ..	499,5	+ 2,4	499,6	+ 2,6	- 0,1	- 0,1
4. Vj ..	498,4	+ 0,9	499,5	+ 1,5	- 1,1	- 0,6
2001 1. Vj ..	486,5	+ 1,4	485,3	+ 1,4	1,2	+ 0,0
2. Vj ..	494,7	+ 0,6	493,8	+ 0,6	0,9	+ 0,0
3. Vj ..	501,5	+ 0,4	501,5	+ 0,4	0,0	+ 0,0
4. Vj ..	498,1	- 0,1	499,0	- 0,1	- 0,9	+ 0,0
2002 1. Vj ..	480,5	- 1,2	479,4	- 1,2	1,1	+ 0,0
2. Vj ..	497,2	+ 0,5	-	-	-	-

1) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Änderungen ergeben sich insbesondere durch die Einbeziehung der Ergebnisse der jährlichen Umsatzsteuerstatistik für 2000, der jährlichen Unternehmens- und Kostenstrukturerhebungen des Produzierenden Gewerbes für 2000, der Unternehmenserhebungen verschiedener Verkehrsbereiche 2000 (Luftfahrt, Binnenschifffahrt, Personenbeförderung im Straßenverkehr), der Jahresabschlüsse 1999 und 2000 der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen sowie der Unternehmen in anderen Wirtschaftsbereichen (z. B. Eisenbahn, Nachrichtenübermittlung, Rundfunk- und Fernsehanstalten), der Jahreserhebung im Einzel- und Großhandel 1999 sowie der verbesserten Informationen über den Staats-

sektor aus der Finanz- und Steuerstatistik. Ferner wurden von der Deutschen Bundesbank vorgenommene Änderungen der Zahlungsbilanz eingearbeitet. Änderungen bei den Vierteljahreswerten resultieren außerdem aus der Einbeziehung neuer und überarbeiteter unterjähriger Datenquellen. Zu nennen sind vor allem die Handwerksberichterstattung und die Produktionsstatistik für das vierte Quartal 2001 sowie die monatlichen Angaben über den Produktionsindex sowie den Umsatz(-index) im Verarbeitenden Gewerbe, Einzel- und Großhandel, über geleistete Arbeitsstunden sowie über die Auftragseingänge. Für die hier vorgelegten Ergebnisse ist weiterhin von Bedeutung, dass die Deflationierung zur Berechnung der Aggregate in konstanten Preisen turnusmäßig überprüft wurde. Hierfür stand überarbeitetes Zahlenmaterial auf der Basis der Input-Output-Rechnung 1998 zur Verfügung. Darüber hinaus wurden neue Preisangaben aus der Preisstatistik (u. a. aufgrund verbesserter Qualitätsbereinigung oder hedonischer Verfahren) in die Rechenwerke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingearbeitet. Die Neuberechnungen führen beim Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen von 1995 zu einer leichten Änderung der Veränderungsrate für 1999 (+0,2 Prozentpunkte) und für 2000 (-0,1 Prozentpunkte). Die Veränderungen bei den vierteljährlichen Wachstumsraten ab 1998 (siehe die vorstehende Übersicht) bewegen sich überwiegend zwischen 0,1 und 0,2 Prozentpunkten. Die stärkere Abweichung bei der Wachstumsrate für das vierte Quartal 2000 (-0,6 Prozentpunkte) erklärt sich vor allem durch die erstmals vorliegenden Ergebnisse der Kostenstrukturerhebungen 2000, die zu deutlich höheren Vorleistungen führen, als bisher angenommen wurde, sowie durch die vergleichsweise schwache Nachfrage in diesem Quartal.

Auch die Erwerbstätigenzahlen wurden ab 1998 turnusmäßig überarbeitet, wobei zusätzlich vorliegende erwerbsstatistische Quellen herangezogen wurden:

Erwerbstätige Vergleich der neuen mit den bisherigen Ergebnissen						
Jahr Vierteljahr	Neu		Bisher		Differenz	
	1 000 Personen	% ¹⁾	1 000 Personen	% ¹⁾	1 000 Personen	Prozentpunkte
1998	37 616	+ 1,1	37 611	+ 1,1	5	+ 0,0
1999	38 077	+ 1,2	38 081	+ 1,2	- 4	+ 0,0
2000	38 752	+ 1,8	38 706	+ 1,6	46	+ 0,1
2001	38 917	+ 0,4	38 773	+ 0,2	144	+ 0,3
1998 1. Vj ..	36 891	+ 0,5	36 890	+ 0,5	1	+ 0,0
2. Vj ..	37 480	+ 0,9	37 477	+ 0,9	3	+ 0,0
3. Vj ..	37 878	+ 1,3	37 876	+ 1,2	2	+ 0,0
4. Vj ..	38 192	+ 1,6	38 180	+ 1,6	12	+ 0,0
1999 1. Vj ..	37 484	+ 1,6	37 493	+ 1,6	- 9	+ 0,0
2. Vj ..	37 808	+ 0,9	37 816	+ 0,9	- 8	+ 0,0
3. Vj ..	38 331	+ 1,2	38 357	+ 1,3	- 26	- 0,1
4. Vj ..	38 692	+ 1,3	38 666	+ 1,3	26	+ 0,0
2000 1. Vj ..	38 105	+ 1,7	38 140	+ 1,7	- 35	- 0,1
2. Vj ..	38 664	+ 2,3	38 629	+ 2,1	35	+ 0,1
3. Vj ..	38 964	+ 1,7	38 909	+ 1,4	55	+ 0,2
4. Vj ..	39 277	+ 1,5	39 124	+ 1,2	153	+ 0,3
2001 1. Vj ..	38 482	+ 1,0	38 378	+ 0,6	104	+ 0,4
2. Vj ..	38 911	+ 0,6	38 703	+ 0,2	208	+ 0,4
3. Vj ..	39 040	+ 0,2	38 936	+ 0,1	104	+ 0,1
4. Vj ..	39 237	- 0,1	39 046	- 0,2	191	+ 0,1
2002 1. Vj ..	38 354	- 0,3	38 242	- 0,4	112	+ 0,0
2. Vj ..	38 695	- 0,6	-	-	-	-

1) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die Datenbasis verbesserte sich durch die neuen Informationen der Bundesanstalt für Arbeit über sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer/-innen und über geringfügig Beschäftigte sowie durch Angaben aus dem Mikrozensus 2001 zur Zahl der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger. Weiterhin standen zusätzliche Angaben über Beschäftigte aus den jährlichen Unternehmenserhebungen für verschiedene Wirtschaftsbereiche für 2000 (Produzierendes Gewerbe, Handel, Verkehr) sowie aus der Personalstandstatistik 2001 für den Staat zur Verfügung.

Für viele Wirtschaftsbereiche liegen wie immer zu diesem früheren Berechnungszeitpunkt nur sehr grobe Indikatoren zur Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung vor. Beispielsweise wird die Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen bei wesentlichen Teilen der Dienstleistungsbereiche hilfsweise mit der Veränderungsrate der Erwerbstätigenstunden fortgeschrieben; dabei wird die Änderung der Produktivität schätzungsweise berücksichtigt.

1 Entstehung des Inlandsprodukts

Das *Bruttoinlandsprodukt*, der Wert der in Deutschland erwirtschafteten Leistung, ging in der ersten Jahreshälfte 2002 real um 0,4% gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres zurück (siehe Tabelle 1 und Schaubild). In der Quartalsbetrachtung und im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal nahm das preisbereinigte (reale) Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2002 um 1,2% ab und im

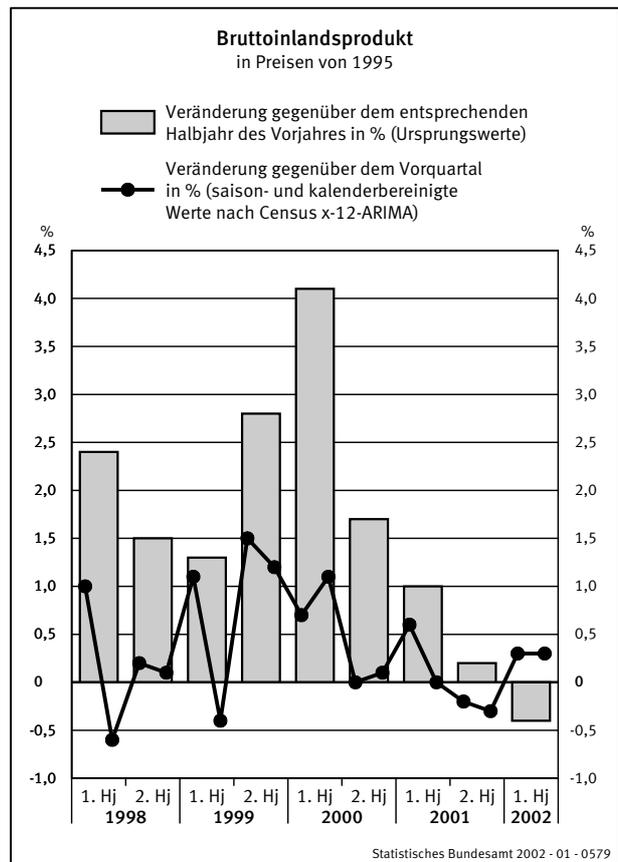


Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen

Jahr Halbjahr	In jeweiligen Preisen			In Preisen von 1995		
	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt ¹⁾	Bruttonationaleinkommen (Sp. 1 + 2)	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt ¹⁾	Bruttonationaleinkommen (Sp. 4 + 5)
	1	2	3	4	5	6
Mrd. EUR						
1999	1978,6	-12,7	1965,9	1914,8	-11,0	1903,8
2000	2030,0	-9,1	2020,9	1969,5	-7,4	1962,1
2001	2071,2	-15,4	2055,8	1980,8	-13,9	1966,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
	in %	in Mrd. EUR		in %	in Mrd. EUR	in %
2000	+2,6	+3,6	+2,8	+2,9	+3,6	+3,1
2001	+2,0	-6,3	+1,7	+0,6	-6,5	+0,2
Mrd. EUR						
1999 1. Hj	960,8	-5,2	955,6	933,4	-4,7	928,7
1999 2. Hj	1017,8	-7,5	1010,3	981,4	-6,3	975,1
2000 1. Hj	996,8	-3,8	993,0	971,6	-3,2	968,4
2000 2. Hj	1033,2	-5,3	1027,9	997,9	-4,2	993,7
2001 1. Hj	1019,1	-7,4	1011,7	981,2	-6,8	974,4
2001 2. Hj	1052,1	-8,0	1044,1	999,6	-7,0	992,6
2002 1. Hj	1034,5	-9,8	1024,7	977,7	-9,0	968,8
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres						
	in %	in Mrd. EUR		in %	in Mrd. EUR	in %
2000 1. Hj	+3,7	+1,4	+3,9	+4,1	+1,5	+4,3
2000 2. Hj	+1,5	+2,1	+1,7	+1,7	+2,1	+1,9
2001 1. Hj	+2,2	-3,6	+1,9	+1,0	-3,6	+0,6
2001 2. Hj	+1,8	-2,6	+1,6	+0,2	-2,8	-0,1
2002 1. Hj	+1,5	-2,4	+1,3	-0,4	-2,1	-0,6

1) Aus der übrigen Welt empfangene Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Subventionen abzüglich an die übrige Welt geleistete Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Produktions- und Importabgaben.

zweiten Quartal um 0,5% zu. Allerdings gab es von Januar bis März 2002 zwei Arbeitstage weniger und von April bis Juni 2002 einen Arbeitstag mehr als im Vorjahr. Ohne diese Kalendereffekte hätte das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal real um 0,2% unter und im zweiten Quartal um 0,1% über dem des jeweiligen Vorjahresquartals gelegen.

Bruttoinlandsprodukt real (Ursprungswerte)
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal in %

2001				2002	
1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj
+ 1,4	+ 0,6	+ 0,4	- 0,1	- 1,2	+ 0,5

Nach rechnerischer Ausschaltung von saison- und kalenderbedingten Schwankungen (Census X-12-ARIMA) nahm das Bruttoinlandsprodukt in beiden Quartalen 2002 gegenüber den Vorquartalen um 0,3% zu. In den drei vorangegangenen Quartalen im Jahr 2001 hatte es Rückgänge gegeben.

Bruttoinlandsprodukt real (saison- und kalenderbereinigte Werte)
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

2001				2002	
1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj
+ 0,6	- 0,0	- 0,2	- 0,3	+ 0,3	+ 0,3

Die Wirtschaftsleistung wurde im ersten Halbjahr 2002 von 38,5 Mill. *Erwerbstätigen* erbracht, das waren 169000 oder 0,4% weniger als ein Jahr zuvor. Die Erwerbslosigkeit (internationale Abgrenzung) erhöhte sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2002 um 165 000 (+ 5,3%) auf 3,3 Mill. Personen. Der Anteil der *Erwerbslosen* an der Gesamtzahl der

Erwerbspersonen nahm von 7,5% im ersten Halbjahr 2001 auf 7,9% im Berichtshalbjahr zu.

Die *Arbeitsproduktivität*, gemessen als Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen stieg im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2002 um 0,1%, je Arbeitsstunde um 0,8% , da sich im Berichtshalbjahr die geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen gegenüber dem ersten Halbjahr 2001 verringert hat.

In den folgenden Abschnitten wird der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt beschrieben. Dargestellt wird die (unbereinigte) *Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche*, die nach den europäisch harmonisierten Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Herstellungspreisen bewertet ist. Das bedeutet, dass die Bruttowertschöpfung (und die Produktionswerte) der Wirtschaftsbereiche ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen dargestellt wird. Gütersteuern und -subventionen sind solche finanziellen Transaktionen, die mengen- oder wertabhängig von den produzierten Gütern sind (z.B. Umsatzsteuer, Importabgaben, Verbrauchsteuern). Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) sind zum Ausgleich der Bewertungsdifferenzen zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite die Nettogütersteuern (also der Saldo zwischen Gütersteuern und Gütersubventionen) global wieder hinzuzufügen. Außerdem muss die unterstellte Bankgebühr (Zinsspanne der Kreditinstitute) als gesamtwirtschaftlicher Vorleistungsverbrauch abgesetzt werden, weil sie in der unbereinigten Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche noch enthalten ist.

Die Ergebnisse nach Wirtschaftsbereichen zeigen, dass sich in der ersten Jahreshälfte 2002 gegenüber dem ersten Halb-

Tabelle 2: Erwerbstätige, Erwerbslose und Produktivität¹⁾

Jahr Halbjahr	Erwerbstätige im Inland		Erwerbslose ²⁾	Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995		
	insgesamt	dar.: Arbeitnehmer			insgesamt	je Erwerbstätigen	je geleistete Arbeitsstunde
	Durchschnitt in 1 000			Mrd. Std.	Mrd. EUR	1995 = 100	
1999	38077	34 138	3 333	56,3	1 914,8	106	107
2000	38752	34 751	3 065	56,7	1 969,5	109	110
2001	38917	34 836	3 074	56,5	1 980,8	110	111
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
2000	+ 1,8	+ 1,8	- 8,0	+ 0,7	+ 2,9	+ 2,9	+ 1,1
2001	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	- 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,0
	Durchschnitt in 1 000			Mrd. Std.	Mrd. EUR	1995 = 100	
1999 1. Hj	37 650	33 712	3 467	27,5	933,4	104	103
2. Hj	38 512	34 563	3 199	28,9	981,4	109	107
2000 1. Hj	38 385	34 405	3 187	27,9	971,6	108	105
2. Hj	39 119	35 093	2 944	28,8	997,9	111	109
2001 1. Hj	38 694	34 619	3 118	27,8	981,2	109	105
2. Hj	39 140	35 051	3 031	28,6	999,6	111	106
2002 1. Hj	38 525	34 430	3 283	27,5	977,7	109	105
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres in %						
2000 1. Hj	+ 2,0	+ 2,1	- 8,1	+ 1,7	+ 4,1	+ 4,1	+ 2,1
2. Hj	+ 1,6	+ 1,5	- 8,0	- 0,2	+ 1,7	+ 1,7	+ 0,1
2001 1. Hj	+ 0,8	+ 0,6	- 2,2	- 0,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,2
2. Hj	+ 0,1	- 0,1	+ 3,0	- 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
2002 1. Hj	- 0,4	- 0,5	+ 5,3	- 1,2	- 0,4	- 0,4	+ 0,1

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – 2) Abgrenzung der Erwerbslosen nach den Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). – 3) Quelle für Arbeitsstunden: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit (BA), Nürnberg.

jahr 2001 die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland weiter abschwächte. Bereits zum vierten Mal seit dem ersten Halbjahr 2000 ergab sich eine niedrigere Wachstumsrate für die Bruttowertschöpfung (siehe Tabelle 3). Zu dieser Lage hat wesentlich das Produzierende Gewerbe beigetragen, dessen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in konstanten Preisen schrumpfte die wirtschaftliche Leistung im Produzierenden Gewerbe im ersten Halbjahr 2002 um 2,9% verglichen mit dem ersten Halbjahr 2001. Mit verantwortlich hierfür war, dass sich bei der Bautätigkeit der bisherige Abwärtstrend weiter fortgesetzt hat. Die reale

Bruttowertschöpfung im Baugewerbe verminderte sich in der ersten Jahreshälfte abermals recht deutlich um 5,1%. Die Wirtschaftsleistung des Baugewerbes in Deutschland ging damit im Vorjahresvergleich im vierten Halbjahr in Folge zurück. Die Arbeiten zur Beseitigung der gravierenden Hochwasserschäden vom Sommer 2002 dürften sich zumindest vorübergehend positiv auf die Bauwirtschaft auswirken.

Im Berichtshalbjahr hat auch die Industriekonjunktur auffallend an Dynamik verloren. So ging die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im ersten Halbjahr 2002 preisbereinigt um 2,8% zurück, nach +3,2 und -1,9% in den

Tabelle 3: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Jahr Halbjahr	Brutto- inlands- produkt	Alle Wirtschaftsbereiche			Land- und Forstwirt- schaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche			
		Güter- steuern abzüglich Gütersub- ventionen	Brutto- wert- schöpfung (be- reinigt) ¹⁾	Brutto- wert- schöpfung (un- bereinigt)		zu- sammen	darunter		zu- sammen	Handel, Gast- gewerbe und Verkehr	Finan- zierung, Ver- mietung und Unter- nehmens- dienst- leister	öffent- liche und private Dienst- leister
							Verar- beitendes Gewerbe	Bau- gewerbe				
in jeweiligen Preisen												
Mrd. EUR												
1999	1978,6	202,2	1776,4	1843,2	21,6	550,4	406,4	100,5	1271,2	328,1	546,7	396,4
2000	2030,0	206,1	1823,9	1889,4	22,1	554,7	418,8	96,3	1312,7	349,1	560,7	402,9
2001	2071,2	207,4	1863,8	1929,1	23,5	561,7	428,4	91,6	1343,9	359,8	572,3	411,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2000	+2,6	+1,9	+2,7	+2,5	+2,2	+0,8	+3,1	-4,1	+3,3	+6,4	+2,6	+1,6
2001	+2,0	+0,6	+2,2	+2,1	+6,6	+1,3	+2,3	-4,9	+2,4	+3,1	+2,1	+2,2
Mrd. EUR												
1999 1. Hj	960,8	100,0	860,8	894,4	10,9	265,4	194,7	48,1	618,1	158,2	269,3	190,6
2. Hj	1017,8	102,2	915,6	948,8	10,7	285,0	211,6	52,4	653,1	169,9	277,4	205,8
2000 1. Hj	996,8	104,8	892,0	924,9	11,0	271,3	203,9	47,5	642,7	170,0	278,4	194,4
2. Hj	1033,2	101,3	931,9	964,5	11,1	283,4	214,9	48,8	670,0	179,1	282,4	208,5
2001 1. Hj	1019,1	105,6	913,5	946,2	11,8	278,0	213,3	44,2	656,4	175,1	283,3	198,0
2. Hj	1052,1	101,8	950,3	982,9	11,7	283,7	215,1	47,5	687,6	184,7	289,1	213,8
2002 1. Hj	1034,5	105,5	929,0	961,5	11,6	275,1	211,2	42,7	674,8	177,3	292,6	204,9
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres in %												
2000 1. Hj	+3,7	+4,8	+3,6	+3,4	+0,8	+2,2	+4,7	-1,1	+4,0	+7,4	+3,4	+2,0
2. Hj	+1,5	-0,9	+1,8	+1,7	+3,6	-0,5	+1,5	-6,9	+2,6	+5,5	+1,8	+1,3
2001 1. Hj	+2,2	+0,8	+2,4	+2,3	+8,0	+2,5	+4,6	-7,1	+2,1	+3,0	+1,8	+1,9
2. Hj	+1,8	+0,4	+2,0	+1,9	+5,2	+0,1	+0,1	-2,8	+2,6	+3,1	+2,4	+2,5
2002 1. Hj	+1,5	-0,1	+1,7	+1,6	-1,7	-1,1	-1,0	-3,3	+2,8	+1,2	+3,3	+3,5
in Preisen von 1995												
Mrd. EUR												
1999	1914,8	184,5	1730,3	1823,3	24,3	534,9	384,0	105,5	1264,1	335,3	548,3	380,6
2000	1969,5	184,0	1785,5	1885,3	24,3	548,2	400,6	102,6	1312,9	352,9	572,6	387,3
2001	1980,8	179,4	1801,4	1906,5	24,6	543,3	402,9	96,0	1338,6	361,8	585,2	391,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2000	+2,9	-0,3	+3,2	+3,4	+0,1	+2,5	+4,3	-2,7	+3,9	+5,3	+4,4	+1,8
2001	+0,6	-2,5	+0,9	+1,1	+1,1	-0,9	+0,6	-6,5	+2,0	+2,5	+2,2	+1,1
Mrd. EUR												
1999 1. Hj	933,4	92,2	841,2	887,0	12,1	256,5	184,0	50,1	618,4	161,7	267,3	189,4
2. Hj	981,4	92,3	889,1	936,3	12,1	278,4	200,1	55,5	645,8	173,6	281,0	191,2
2000 1. Hj	971,6	94,5	877,1	926,7	12,2	266,8	194,3	50,1	647,7	172,2	281,9	193,6
2. Hj	997,9	89,6	908,3	958,6	12,1	281,3	206,3	52,5	665,1	180,7	290,7	193,7
2001 1. Hj	981,2	92,0	889,2	941,6	12,3	268,7	200,6	46,2	660,6	177,1	288,2	195,3
2. Hj	999,6	87,4	912,2	964,9	12,2	274,6	202,3	49,8	678,1	184,8	297,0	196,3
2002 1. Hj	977,7	88,8	888,9	943,4	12,4	260,9	195,0	43,8	670,1	178,8	293,7	197,6
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres in %												
2000 1. Hj	+4,1	+2,5	+4,3	+4,5	+0,3	+4,0	+5,6	+0,2	+4,7	+6,5	+5,5	+2,2
2. Hj	+1,7	-3,0	+2,2	+2,4	-0,2	+1,0	+3,1	-5,4	+3,0	+4,1	+3,4	+1,3
2001 1. Hj	+1,0	-2,7	+1,4	+1,6	+1,2	+0,7	+3,2	-7,9	+2,0	+2,8	+2,2	+0,9
2. Hj	+0,2	-2,4	+0,4	+0,7	+1,0	-2,4	-1,9	-5,1	+1,9	+2,2	+2,2	+1,3
2002 1. Hj	-0,4	-3,4	-0,0	+0,2	+0,5	-2,9	-2,8	-5,1	+1,4	+1,0	+1,9	+1,2

1) Ohne unterstellte Bankgebühr.

beiden vorangegangenen Halbjahren. Dabei hat sich das Auslandsgeschäft noch als etwas stabiler erwiesen, bei einer Exportquote von knapp 39% (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz). Gemessen am Volumenindex des Umsatzes der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sank der Auslandsumsatz im ersten Halbjahr 2002 um 1,6%; infolge der deutlichen Abkühlung der Weltkonjunktur war auch im Berichtshalbjahr die bis zum ersten Halbjahr 2001 noch sehr lebhaft exportnachfrage schwach. Der Inlandsabsatz ging sogar um 6,2% zurück, sodass insgesamt ein Umsatzrückgang von 4,1% zu verzeichnen war. Bei den Auftragseingängen zeigt sich eine ähnliche Differenzierung für die Inlands- und Auslandsaufträge. Erhöhten sich die Auslandsorders in der ersten Jahreshälfte real noch um 0,8%, so gingen die Inlandsaufträge um 5,9% zurück. Im Verlauf der letzten Monate hat sich die konjunkturelle Abschwächung etwas abgemildert. Während die Industrieproduktion im ersten Vierteljahr noch um 6,5% zurückgegangen war, verringerte sie sich im zweiten Vierteljahr 2002 um 1,7% (gemessen am Produktionsindex für das Verarbeitende Gewerbe, gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum). Auch wenn bei der aktuellen unterjährigen Berechnung des Verarbeitenden Gewerbes nur der Bereich insgesamt fortgeschrieben wird, ist bei detaillierter Betrachtung die bereichsweise Entwicklung teilweise sehr unterschiedlich. Bei einer negativen Veränderung von 4,1% für das gesamte Verarbeitende Gewerbe im ersten Halbjahr 2002 stieg beispielsweise der Volumenindex für die Chemische Industrie sogar um 5,2% an, während das Textil- und Bekleidungs-gewerbe einen zweistelligen Rückgang (-10,8%) verzeichnete.

In den distributiv tätigen Wirtschaftsbereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr hat sich die Konjunkturschwäche der industriellen Bereiche ebenfalls ausgewirkt, sodass die Bruttowertschöpfung preisbereinigt in der ersten Jahreshälfte 2002 mit 1,0% deutlich weniger als in den Vorperioden gestiegen ist. Hier hat sich vor allem die rückläufige Umsatzentwicklung im produktionsnahen und außenhandelsabhängigen Großhandel niedergeschlagen. Andererseits gingen vom Einzelhandel aber auch keine positiven Impulse aus. Lediglich die Nachrichtenübermittlung expandierte, bei kaum noch sinkenden Preisen, weiterhin.

Der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister weist zwar immer noch eine überdurchschnittliche Zunahme der realen Bruttowertschöpfung auf (+1,9%), aber auch hier war die Entwicklung verhaltener als in den Vorjahren. Die Eintrübung im Produzierenden Gewerbe hat offenkundig auch auf die unternehmensnahen Dienstleister ausgestrahlt, deren Bruttowertschöpfung sogar leicht zurückging. Als relativ stabil erweist sich andererseits der Teilbereich Wohnungsvermietung, der die Nutzung des gesamten Wohnungsbestands einschließlich der Eigentümerwohnungen umfasst. Für den Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister ergab sich in der ersten Jahreshälfte 2002 eine Zunahme der realen Wertschöpfung (+1,2%). Dieses Ergebnis wird in starkem Maße durch die öffentlichen Haushalte gedrückt, deren Bruttowertschöp-

fung in konstanten Preisen wegen des weiteren Beschäftigtenabbaus sogar leicht unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums lag. Es sei darauf hingewiesen, dass bei den aktuellen Berechnungen in vielen Dienstleistungsbereichen wegen einer fehlenden unterjährlichen Dienstleistungsstatistik ersatzweise auf Erwerbstätigendaten zurückgegriffen werden muss, aus denen unter Berücksichtigung der (bisherigen) Produktivitätsentwicklung die Wertschöpfungsgrößen abgeleitet werden. In die aktuellen Berechnungen sind die Erkenntnisse aus der Auswertung der Umsatzsteuerstatistik für das Jahr 2000 eingeflossen, die durch den Vergleich mit den bisher fortgeschriebenen Ergebnissen in einigen Bereichen zu einer Anpassung der Produktivitätsansätze führten. Mit der Umsetzung der Konjunkturverordnung²⁾ werden auch für viele marktbestimmte Dienstleistungsbereiche künftig Informationen über Umsatz und Beschäftigtenzahl vorliegen, sodass mittelfristig mit einer Verbesserung der Datenlage zu rechnen ist.

Nach den Berechnungen in jeweiligen Preisen (siehe Tabelle 3) erhöhte sich in der ersten Jahreshälfte 2002 die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche (unbereinigt) um 1,6% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. In den nominalen Ergebnissen spiegelt sich neben der bereits beschriebenen realen Wirtschaftsentwicklung die Preisbewegung in den verschiedenen Branchen und Produktionsstufen wider. Rückschlüsse auf die Preisentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen lassen sich aus der Differenz der Veränderungs-raten der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen zu denen in konstanten Preisen ablesen. Preistreibende Einflüsse gingen vor allem vom Versicherungsgewerbe und vom Kfz-Handel aus. Preissenkende Tendenzen weist die Landwirtschaft aus, in der die Preise nach den starken Anstiegen im ersten Halbjahr 2001 (damals bedingt durch die BSE-Krise und den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche sowie ungünstige Witterungsverhältnisse im Frühjahr) zurückgingen.

2 Verwendung des Inlandsprodukts

Tabelle 4 über die *Verwendung* des Bruttoinlandsprodukts zeigt, dass der Rückgang der realen Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr 2002 (-0,4% gegenüber dem ersten Halbjahr 2001) von der geringeren Nachfrage nach Aggregaten der inländischen Verwendung (-2,2%) bestimmt wurde. Die Zunahme der (jeweils preisbereinigten) Exporte (+0,4%) und die Abnahme der Importe (-5,1%) ergaben einen positiven Wachstumsbeitrag (+17,8 Mrd. Euro bzw. 1,8 Prozentpunkte) des Exportüberschusses (Außenbeitrags), der den Rückgang der inländischen Verwendung jedoch nicht ausgleichen konnte. Von den Komponenten der inländischen Verwendung haben in der ersten Jahreshälfte 2002 allein die Konsumausgaben des Staates (+1,0%) und die Investitionen in sonstige Anlagen (+3,0%, vor allem EDV-Software und Urheberrechte) zugenommen. Dagegen sind die privaten Konsumausgaben (-1,1%) und insbesondere die Investitionen in Ausrüstungen (-0,6%) und in Bauten (-5,2%) im Berichtshalbjahr gegenüber dem ersten Halbjahr 2001

2) Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken (Amtsbl. der EG Nr. L 162 vom 5. Juni 1998, S. 1).

Tabelle 4: Verwendung des Inlandsprodukts

Jahr Halbjahr	Brutto- inlands- produkt	Inländische Verwendung										Außen- beitrag	Nachrichtlich:		
		ins- gesamt	Konsumausgaben			Bruttoinvestitionen					Vorrats- verände- rungen und Netto- zugang an Wert- sachen		Exporte	Importe	
			zu- sammen	private Konsum- aus- gaben ¹⁾	Staat	zu- sammen	Bruttoanlageinvestitionen			sonstige An- lagen ²⁾					von Waren und Dienstleistungen
in jeweiligen Preisen															
Mrd. EUR															
1999	1978,6	1962,3	1535,3	1156,5	378,8	427,0	426,1	159,6	245,2	21,4	0,9	16,3	587,0	570,7	
2000	2030,0	2022,2	1578,2	1190,9	387,2	444,0	438,8	175,8	240,2	22,8	5,2	7,8	685,4	677,6	
2001	2071,2	2032,6	1625,7	1232,2	393,5	406,9	416,3	166,3	226,2	23,7	-9,4	38,6	726,9	688,3	
Veränderung gegenüber dem Vorjahr															
in %															
2000	+2,6	+3,0	+2,8	+3,0	+2,2	+4,0	+3,0	+10,2	-2,1	+6,7	+4,4	-8,4	+16,8	+18,7	
2001	+2,0	+0,5	+3,0	+3,5	+1,6	-8,3	-5,1	-5,4	-5,8	+4,1	-14,6	+30,8	+6,1	+1,6	
Mrd. EUR															
1999 1. Hj	960,8	952,7	741,6	562,1	179,5	211,1	201,5	74,7	116,5	10,2	9,6	8,1	279,6	271,5	
2. Hj	1017,8	1009,7	793,7	594,4	199,3	216,0	224,7	84,9	128,7	11,1	-8,7	8,1	307,4	299,3	
2000 1. Hj	996,8	988,3	766,2	582,3	184,0	222,0	210,9	82,2	117,7	11,0	11,2	8,6	328,0	319,4	
2. Hj	1033,2	1033,9	811,9	608,7	203,3	222,0	227,9	93,7	122,4	11,8	-5,9	-0,7	357,4	358,1	
2001 1. Hj	1019,1	1003,0	792,2	604,0	188,2	210,9	203,9	82,5	110,0	11,5	7,0	16,1	363,8	347,7	
2. Hj	1052,1	1029,6	833,5	628,2	205,3	196,1	212,4	83,9	116,3	12,3	-16,4	22,5	363,1	340,6	
2002 1. Hj	1034,5	993,3	798,8	606,9	191,9	194,6	190,6	74,6	104,2	11,8	4,0	41,2	365,6	324,4	
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres															
in %															
2000 1. Hj	+3,7	+3,7	+3,3	+3,6	+2,5	+5,2	+4,7	+9,9	+1,0	+7,4	+1,5	+0,4	+17,3	+17,7	
2. Hj	+1,5	+2,4	+2,3	+2,4	+2,0	+2,8	+1,4	+10,4	-4,9	+6,0	+2,8	-8,9	+16,3	+19,7	
2001 1. Hj	+2,2	+1,5	+3,4	+3,7	+2,3	-5,0	-3,3	+0,3	-6,6	+4,6	-4,2	+7,5	+10,9	+8,9	
2. Hj	+1,8	-0,4	+2,7	+3,2	+1,0	-11,7	-6,8	-10,4	-5,0	+3,7	-10,5	+23,2	+1,6	-4,9	
2002 1. Hj	+1,5	-1,0	+0,8	+0,5	+2,0	-7,7	-6,5	-9,6	-5,2	+3,0	-3,0	+25,1	+0,5	-6,7	
in Preisen von 1995															
Mrd. EUR															
1999	1914,8	1899,8	1474,2	1099,2	375,0	425,6	432,2	160,3	248,7	23,2	-6,6	15,0	582,5	567,4	
2000	1969,5	1934,5	1494,4	1114,8	379,6	440,2	442,8	175,5	242,1	25,2	-2,7	35,0	662,1	627,1	
2001	1980,8	1918,6	1514,2	1131,6	382,6	404,4	419,5	165,4	227,7	26,5	-15,2	62,2	695,4	633,1	
Veränderung gegenüber dem Vorjahr															
in %															
2000	+2,9	+1,8	+1,4	+1,4	+1,2	+3,4	+2,5	+9,5	-2,6	+8,4	+4,0	+19,9	+13,7	+10,5	
2001	+0,6	-0,8	+1,3	+1,5	+0,8	-8,1	-5,3	-5,8	-6,0	+5,0	-12,5	+27,3	+5,0	+1,0	
Mrd. EUR															
1999 1. Hj	933,4	928,4	721,4	536,2	185,2	207,0	204,0	74,7	118,2	11,1	3,0	5,0	278,7	273,6	
2. Hj	981,4	971,4	752,8	563,0	189,8	218,6	228,3	85,6	130,5	12,2	-9,6	10,0	303,8	293,8	
2000 1. Hj	971,6	953,2	735,8	548,3	187,5	217,3	213,1	82,2	118,8	12,1	4,3	18,5	319,9	301,4	
2. Hj	997,9	981,4	758,6	566,4	192,1	222,8	229,8	93,4	123,3	13,1	-7,0	16,5	342,2	325,7	
2001 1. Hj	981,2	952,5	746,2	556,7	189,5	206,3	205,4	82,1	110,5	12,8	0,9	28,8	346,7	317,9	
2. Hj	999,6	966,1	768,1	574,9	193,2	198,1	214,1	83,3	117,2	13,6	-16,0	33,5	348,7	315,2	
2002 1. Hj	977,7	931,1	741,7	550,4	191,4	189,4	191,4	73,4	104,7	13,2	-2,0	46,6	348,2	301,6	
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres															
in %															
2000 1. Hj	+4,1	+2,7	+2,0	+2,3	+1,3	+5,0	+4,5	+10,0	+0,5	+9,5	+1,3	+13,4	+14,8	+10,2	
2. Hj	+1,7	+1,0	+0,8	+0,6	+1,2	+1,9	+0,7	+9,1	-5,5	+7,5	+2,7	+6,5	+12,7	+10,9	
2001 1. Hj	+1,0	-0,1	+1,4	+1,5	+1,0	-5,1	-3,6	-0,0	-7,0	+6,0	-3,4	+10,3	+8,4	+5,5	
2. Hj	+0,2	-1,6	+1,3	+1,5	+0,6	-11,1	-6,8	-10,8	-5,0	+4,1	-9,1	+17,0	+1,9	-3,2	
2002 1. Hj	-0,4	-2,2	-0,6	-1,1	+1,0	-8,2	-6,8	-10,6	-5,2	+3,0	-2,9	+17,8	+0,4	-5,1	

1) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

zurückgegangen. Auch die Vorratsveränderungen sind um 2,9 Mrd. Euro niedriger ausgefallen.

Für die *privaten Konsumausgaben* wurden im ersten Halbjahr 2002 in Deutschland 607 Mrd. Euro ausgegeben. Sie erhöhten sich gegenüber dem ersten Halbjahr 2001 in jeweiligen Preisen um 0,5%, was der geringste Anstieg in einem

Halbjahr seit der deutschen Vereinigung war. In Preisen des Jahres 1995 verringerten sich die privaten Konsumausgaben um 1,1%. Der Preisanstieg für die privaten Konsumausgaben betrug 1,6% im ersten Halbjahr 2002, was ein leichter Rückgang um 0,3 Prozentpunkte gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 2001 war. Überdurchschnittlich stiegen im Berichtshalbjahr vor allem die Preise für Nah-

rungsmittel (+ 3,0%), für Gaststättenbesuche (+ 3,8%) und für Tabakwaren (+ 6,0%) – letztere infolge der Anhebung der Tabaksteuer. Dagegen sanken die Preise für audiovisuelle, fotografische und Informationsverarbeitungsgeräte um durchschnittlich 4,8%.

Nach Quartalen betrachtet stiegen die privaten Konsumausgaben in jeweiligen Preisen im ersten Quartal um 0,7% und im zweiten Quartal um 0,2% (jeweils gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahres). Preisbereinigt bedeutete das einen Rückgang des Wachstums im ersten Quartal und im zweiten Quartal um jeweils 1,1% gegenüber dem Vorjahresquartal.

Nach wichtigen Verwendungszwecken betrachtet (siehe Tabelle 5), stiegen die Ausgaben der privaten Haushalte für das Wohnen (einschl. der Nebenkosten und der Kosten für Energie) in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 1,6%, also stärker als die Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt. Überdurchschnittlich erhöhten sich auch die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (+ 1,7%), was im Zusammenhang mit dem relativ hohen Preisanstieg zu sehen ist. Dagegen gingen die Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur mit – 0,9% erstmals seit den 1990er-Jahren zurück, und auch für die übrigen Verwendungszwecke (u. a. Bekleidung, Schuhe, Einrichtungsgegenstände und Dienstleistungen) verringerten sich die Ausgaben um 0,3%.

Der im vergangenen Jahr schon einsetzende Rückgang der Ausgaben der privaten Haushalte in der übrigen Welt setzte sich in diesem Jahr verstärkt fort. In jeweiligen Preisen gingen die Reiseausgaben um 6,1% und in Preisen des Jahres 1995 sogar um 7,9% zurück.

Die *Konsumausgaben des Staates* nahmen im ersten Halbjahr 2002 in jeweiligen Preisen um 2,0% und in Preisen von 1995 um 1,0% gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zu. Dabei erhöhten sich die Konsumausgaben der Gebietskörperschaften (+ 1,9%) in jeweiligen Preisen nahezu gleich stark wie die der Sozialversicherung (+ 2,0%). Auf Quartale aufgeteilt verzeichneten die Konsumausgaben folgende Entwicklung:

	2001				2002	
	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj
Konsumausgaben	+2,4	+2,2	+1,5	+0,6	+2,0	+1,9
Gebietskörperschaften .	+2,2	+1,2	+0,4	+2,1	+1,6	+2,2
zivilier Bereich	+2,3	+1,7	+1,1	+1,5	+2,9	+1,8
Verteidigung	+1,4	-2,4	-5,0	+7,0	-7,6	+5,8
Sozialversicherung	+2,8	+3,5	+3,3	-1,8	+2,6	+1,5

Die Konsumausgaben des Staates errechnen sich als Summe der Aufwendungen für soziale Sachleistungen und für die Produktion staatlicher Leistungen (insbesondere Arbeitnehmerentgelt und Vorleistungen) im Rahmen der Nichtmarktproduktion des Staates abzüglich der Einnahmen aus Verkäufen dieser Leistungen und abzüglich der Produktion für die Eigenverwendung. Im Berichtshalbjahr stellte der Staat 2,3% mehr soziale Sachleistungen (insbesondere Sachleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung und der gesetzlichen Pflegeversicherung sowie der Sozialhilfe) privaten Haushalten zur Verfügung (siehe Tabelle 6). Als Entgelt für die in der Nichtmarktproduktion des Staates eingesetzten Arbeitnehmer/-innen zahlte der Staat im Berichtszeit-

Tabelle 5: Private Konsumausgaben¹⁾
in jeweiligen Preisen

Jahr Halbjahr	Insgesamt	Konsumausgaben der privaten Haushalte					Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Private Konsumausgaben je Einwohner	
		zusammen	nachrichtlich: Käufe nach Verwendungszwecken ²⁾						
			Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung und Kultur			übrige Verwendungszwecke ³⁾
Mrd. EUR									
1999	1156,5	1118,8	172,9	262,2	187,3	104,7	363,7	37,7	14 100
2000	1190,9	1151,7	177,2	272,4	186,4	109,1	377,3	39,3	14 500
2001	1232,2	1191,3	187,9	284,9	191,2	112,2	386,3	40,9	15 000
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
2000	+3,0	+2,9	+2,4	+3,9	-0,5	+4,2	+3,7	+4,2	+2,8
2001	+3,5	+3,4	+6,1	+4,6	+2,6	+2,9	+2,4	+4,1	+3,3
Mrd. EUR									
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres in %									
1999 1. Hj	562,1	543,8	83,3	130,2	93,9	49,4	174,3	18,4	6 900
2. Hj	594,4	575,1	89,7	132,1	93,4	55,3	189,4	19,3	7 200
2000 1. Hj	582,3	563,4	86,3	134,2	94,5	52,4	182,1	18,9	7 100
2. Hj	608,7	588,3	90,9	138,2	91,9	56,7	195,3	20,4	7 400
2001 1. Hj	604,0	584,2	90,9	141,7	96,3	54,2	187,1	19,7	7 300
2. Hj	628,2	607,1	97,0	143,2	94,9	58,0	199,2	21,1	7 600
2002 1. Hj	606,9	586,3	92,4	143,9	97,6	53,7	186,6	20,5	7 400
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres in %									
2000 1. Hj	+3,6	+3,6	+3,6	+3,1	+0,6	+6,2	+4,4	+2,8	+3,4
2. Hj	+2,4	+2,3	+1,4	+4,7	-1,6	+2,4	+3,1	+5,6	+2,3
2001 1. Hj	+3,7	+3,7	+5,4	+5,6	+1,9	+3,5	+2,8	+4,6	+3,6
2. Hj	+3,2	+3,2	+6,7	+3,6	+3,3	+2,3	+2,0	+3,6	+3,0
2002 1. Hj	+0,5	+0,4	+1,7	+1,6	+1,3	-0,9	-0,3	+4,1	+0,2

1) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Käufe der privaten Haushalte im Inland. – 3) Bekleidung, Schuhe, Einrichtungsgegenstände für den Haushalt, persönliche Gebrauchsgegenstände und Dienstleistungen.

Tabelle 6: Konsumausgaben des Staates

Jahr Halbjahr	In jeweiligen Preisen									In Preisen von 1995 insgesamt
	insgesamt	Vorleistungen			Bruttowertschöpfung ¹⁾		Verkäufe von Waren und Dienst- leistungen ²⁾	soziale Sach- leistungen	nachrichtlich: Konsum- ausgaben des Staates für zivile Zwecke	
		zusammen	Gebiets- körper- schaften	Sozial- versicherung	zusammen	dar.: Arbeit- nehmer- entgelt				
Mrd. EUR										
1999	378,8	67,8	61,3	6,5	189,2	162,8	26,7	148,5	353,0	375,0
2000	387,2	69,3	62,6	6,8	190,3	163,1	26,5	154,1	361,3	379,6
2001	393,5	72,4	65,6	6,8	190,0	162,4	26,6	157,7	367,5	382,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
2000	+2,2	+2,3	+2,1	+4,0	+0,5	+0,2	-0,7	+3,8	+2,3	+1,2
2001	+1,6	+4,4	+4,8	+1,2	-0,1	-0,4	+0,6	+2,3	+1,7	+0,8
Mrd. EUR										
1999 1. Hj	179,5	30,7	27,7	3,0	88,4	75,2	12,3	72,7	167,4	185,2
2. Hj	199,3	37,1	33,6	3,5	100,8	87,7	14,4	75,8	185,6	189,8
2000 1. Hj	184,0	32,1	28,9	3,2	89,1	75,5	12,3	75,1	171,6	187,5
2. Hj	203,3	37,2	33,7	3,5	101,2	87,6	14,1	79,0	189,8	192,1
2001 1. Hj	188,2	33,8	30,5	3,3	89,4	75,7	12,4	77,4	175,8	189,5
2. Hj	205,3	38,6	35,1	3,5	100,6	86,8	14,2	80,3	191,6	193,2
2002 1. Hj	191,9	34,4	31,1	3,3	90,5	76,5	12,3	79,2	179,7	191,4
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres in %										
2000 1. Hj	+2,5	+4,8	+4,5	+7,7	+0,8	+0,4	+0,6	+3,3	+2,5	+1,3
2. Hj	+2,0	+0,2	+0,2	+0,9	+0,3	-0,1	-1,8	+4,3	+2,2	+1,2
2001 1. Hj	+2,3	+5,1	+5,4	+2,8	+0,2	+0,2	+1,0	+3,2	+2,5	+1,0
2. Hj	+1,0	+3,8	+4,3	-0,3	-0,5	-1,0	+0,3	+1,5	+1,0	+0,6
2002 1. Hj	+2,0	+1,8	+1,9	+0,6	+1,2	+1,1	-1,5	+2,3	+2,2	+1,0

1) Geleistetes Arbeitnehmerentgelt, Abschreibungen, geleistete sonstige Produktionsabgaben abzüglich empfangene sonstige Subventionen. – 2) Einschl. Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

raum 1,1% mehr als vor Jahresfrist. In der schwachen Entwicklung wirkten sich der Personalabbau im öffentlichen Dienst und die Tarifierpassungen gegenläufig aus. Die Beamtenbesoldung wurde zum Jahresbeginn um 2,2% und die Tarife der Angestellten und Arbeiter/-innen um 2,4% erhöht. Gleichzeitig wurden die Tarife in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 88,5 auf 90% der Tarife im früheren Bundesgebiet angepasst. An Vorleistungsgütern für die Nichtmarktproduktion kaufte der Staat 1,8% mehr gegenüber dem ersten Halbjahr 2002, wobei die Vorleistungskäufe für zivile Zwecke um 3,3% zunahm, während die Aufwendungen für Verteidigungsgüter um 6,7% kräftig abnahmen. Die Verkäufe des Staates aus Nichtmarktproduktion (einschließlich der Produktion für die Eigenverwendung) waren im Berichtshalbjahr um 1,5% niedriger als vor Jahresfrist.

Die *Bruttoanlageinvestitionen*, das heißt die Summe der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen sowie der sonstigen Anlagen, sind im ersten Halbjahr 2002 in jeweiligen Preisen um 6,5% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zurückgegangen (siehe Tabelle 7). Bei einer nur leichten Verteuerung der Investitionsgüter um 0,3% ergibt sich real eine Verringerung um 6,8%. Das bedeutet einen gleich starken Rückgang wie im vorangegangenen Halbjahr und kennzeichnet die schwächste Vorjahresentwicklung der Investitionstätigkeit im vereinten Deutschland seit 1991. Von den Hauptverwendungsaggregaten der gesamten inländischen Verwendung hatten die Anlageinvestitionen in konstanten Preisen den stärksten Rückgang im Berichtshalbjahr zu verzeichnen.

Die Vierteljahresbetrachtung zeigt – gemessen an den Entwicklungen im Vorjahresvergleich – eine nach wie vor stetige Abschwächung der Investitionskonjunktur, die ihren Anfang

etwa zu Beginn des Jahres 2001 hatte. Saisonbereinigte Analysen mit dem Blick auf Vorquartalsvergleiche unterstützen diese Aussage.

Bruttoanlageinvestitionen			
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal in %			
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995	Preis- komponente
2001 1. Vj	-2,5	-2,9	+0,4
2. Vj	-4,1	-4,2	+0,1
3. Vj	-5,9	-6,2	+0,3
4. Vj	-7,6	-7,4	-0,2
2002 1. Vj	-8,4	-8,8	+0,5
2. Vj	-4,9	-5,0	+0,2

Wie Tabelle 7 zeigt, veränderten sich die Teilaggregate der Bruttoanlageinvestitionen im ersten Halbjahr 2002 sehr unterschiedlich. Die Ausrüstungsinvestitionen, die im Durchschnitt des Jahres 2001 in jeweiligen Preisen einen Anteil von knapp 40% an den Anlageinvestitionen hatten, nahmen im ersten Halbjahr 2002 nominal um 9,6% und preisbereinigt um 10,6% kräftig ab. Die Bauinvestitionen, deren Anteil an den Anlageinvestitionen im Jahr 2001 bei gut 54% lag, gingen im Berichtshalbjahr weniger stark zurück (nominal und real um -5,2%). Bei den Bauinvestitionen ist dies allerdings, bei einer Unterbrechung im Jahr 1999, bereits das beginnende siebte Jahr in Folge mit rückläufigen Ergebnissen für die Bautätigkeit. Die Ausrüstungsinvestitionen waren dagegen in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre und bis Ende 2000 zum Teil kräftig angestiegen. Von den Anlageinvestitionen zeigen im Berichtshalbjahr lediglich die sonstigen Anlagen Zunahmen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum, und zwar nominal wie real in gleicher Höhe (+3,0%). Die sonstigen Anlageinvestitionen machten

Tabelle 7: Bruttoanlageinvestitionen

Jahr Halbjahr	Bruttoanlageinvestitionen			Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen			Sonstige Anlagen ¹⁾		
	insgesamt	nicht-staatliche Sektoren	Staat	insgesamt	nicht-staatliche Sektoren	Staat	insgesamt	nicht-staatliche Sektoren	Staat	insgesamt	nicht-staatliche Sektoren	Staat
in jeweiligen Preisen												
Mrd. EUR												
1999	426,1	388,4	37,8	159,6	154,3	5,3	245,2	214,2	31,0	21,4	19,9	1,5
2000	438,8	401,8	37,0	175,8	170,7	5,1	240,2	209,9	30,2	22,8	21,2	1,6
2001	416,3	380,6	35,8	166,3	161,1	5,3	226,2	197,4	28,8	23,7	22,1	1,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2000	+3,0	+3,5	-2,1	+10,2	+10,6	-2,7	-2,1	-2,0	-2,5	+6,7	+6,6	+7,4
2001	-5,1	-5,3	-3,3	-5,4	-5,6	+2,1	-5,8	-6,0	-4,6	+4,1	+4,2	+3,7
Mrd. EUR												
1999 1. Hj	201,5	184,7	16,8	74,7	73,1	1,7	116,5	101,9	14,6	10,2	9,8	0,5
2. Hj	224,7	203,7	21,0	84,9	81,3	3,6	128,7	112,3	16,4	11,1	10,1	1,0
2000 1. Hj	210,9	194,6	16,3	82,2	80,4	1,8	117,7	103,7	14,0	11,0	10,4	0,5
2. Hj	227,9	207,2	20,7	93,7	90,3	3,4	122,4	106,2	16,3	11,8	10,8	1,1
2001 1. Hj	203,9	188,3	15,6	82,5	80,6	1,8	110,0	96,7	13,2	11,5	10,9	0,6
2. Hj	212,4	192,3	20,1	83,9	80,5	3,4	116,3	100,7	15,6	12,3	11,2	1,1
2002 1. Hj	190,6	175,6	15,0	74,6	72,8	1,8	104,2	91,5	12,7	11,8	11,2	0,6
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres in %												
2000 1. Hj	+4,7	+5,4	-3,0	+9,9	+10,1	+4,2	+1,0	+1,8	-4,4	+7,4	+7,1	+14,9
2. Hj	+1,4	+1,7	-1,5	+10,4	+11,1	-5,8	-4,9	-5,4	-0,9	+6,0	+6,2	+3,9
2001 1. Hj	-3,3	-3,3	-3,9	+0,3	+0,2	+5,1	-6,6	-6,8	-5,3	+4,6	+4,6	+3,7
2. Hj	-6,8	-7,2	-2,9	-10,4	-10,8	+0,6	-5,0	-5,2	-4,1	+3,7	+3,7	+3,8
2002 1. Hj	-6,5	-6,7	-3,8	-9,6	-9,7	-4,3	-5,2	-5,4	-4,1	+3,0	+2,9	+3,6
in Preisen von 1995												
Mrd. EUR												
1999	432,2	392,5	39,7	160,3	154,8	5,5	248,7	216,2	32,6	23,2	21,5	1,7
2000	442,8	404,2	38,6	175,5	170,2	5,3	242,1	210,7	31,5	25,2	23,4	1,8
2001	419,5	382,2	37,3	165,4	159,9	5,5	227,7	197,8	29,9	26,5	24,5	1,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2000	+2,5	+3,0	-2,9	+9,5	+9,9	-3,5	-2,6	-2,5	-3,4	+8,4	+8,4	+8,9
2001	-5,3	-5,4	-3,4	-5,8	-6,1	+3,2	-6,0	-6,1	-4,9	+5,0	+5,1	+3,8
Mrd. EUR												
1999 1. Hj	204,0	186,4	17,6	74,7	73,0	1,7	118,2	102,9	15,3	11,1	10,5	0,5
2. Hj	228,3	206,1	22,2	85,6	81,8	3,8	130,5	113,2	17,2	12,2	11,0	1,2
2000 1. Hj	213,1	196,1	17,0	82,2	80,3	1,8	118,8	104,3	14,5	12,1	11,5	0,6
2. Hj	229,8	208,1	21,6	93,4	89,9	3,5	123,3	106,4	16,9	13,1	11,9	1,2
2001 1. Hj	205,4	189,2	16,3	82,1	80,2	1,9	110,5	96,8	13,7	12,8	12,2	0,6
2. Hj	214,1	193,1	21,0	83,3	79,7	3,6	117,2	101,0	16,2	13,6	12,3	1,3
2002 1. Hj	191,4	175,8	15,6	73,4	71,6	1,8	104,7	91,6	13,1	13,2	12,6	0,7
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres in %												
2000 1. Hj	+4,5	+5,2	-3,5	+10,0	+10,1	+4,6	+0,5	+1,3	-5,0	+9,5	+9,2	+15,1
2. Hj	+0,7	+1,0	-2,4	+9,1	+9,8	-7,2	-5,5	-6,0	-1,9	+7,5	+7,6	+6,0
2001 1. Hj	-3,6	-3,5	-4,1	-0,0	-0,2	+6,1	-7,0	-7,2	-5,8	+6,0	+6,1	+4,9
2. Hj	-6,8	-7,2	-2,8	-10,8	-11,3	+1,7	-5,0	-5,1	-4,1	+4,1	+4,1	+3,3
2002 1. Hj	-6,8	-7,1	-4,0	-10,6	-10,7	-4,2	-5,2	-5,3	-4,4	+3,0	+3,0	+4,7

1) Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungsgeldern für unbebauten Grund und Boden.

im Jahr 2001 allerdings in jeweiligen Preisen nur rund 5 1/2% des Gesamtwertes der Bruttoanlageinvestitionen aus. Auf die Teilaggregate wird im Folgenden noch etwas ausführlicher eingegangen.

Die Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen blieben im ersten Halbjahr 2002 um 9,6% hinter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zurück. Bei einem Preisanstieg um 1,1% errechnet sich im gleichen Zeitraum in Preisen von 1995 eine Abnahme um 10,6%. Das ist noch einmal ein etwa gleich starker Rückgang wie im zweiten Halbjahr 2001. Gemessen an den kräftigen Zunahmen in den Jahren ab 1998 stellt dies eine Entwicklung dar, die seit der deutschen Vereinigung nur mit dem Einbruch der Ausgaben für Investitionen des Jahres 1993 vergleichbar ist. Nach den bislang noch sehr unvollständigen Berechnungsunterlagen könnten im aktuellen Berichtshalbjahr Maschinen und Geräte sowie

Fahrzeuge etwa gleichermaßen zu dem Rückgang der realen Ausrüstungsinvestitionen beigetragen haben.

Die aktuellen Vierteljahreszahlen weisen für die Ausrüstungsinvestitionen im Vorjahresvergleich noch immer negative Veränderungsrate auf, wenngleich im zweiten Quartal 2002 mit leicht verminderter Rate.

Ausrüstungsinvestitionen			
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal in %			
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995	Preis-komponente
2001 1. Vj	+3,9	+3,3	+0,6
2. Vj	-2,8	-3,0	+0,3
3. Vj	-8,9	-9,6	+0,8
4. Vj	-11,8	-11,8	+0,1
2002 1. Vj	-11,9	-13,2	+1,5
2. Vj	-7,4	-8,0	+0,7

Die Baunachfrage hat sich in der ersten Jahreshälfte 2002 gegenüber dem ersten Halbjahr 2001 mit -5,2% sowohl in jeweiligen als auch in konstanten Preisen erneut verringert. Von diesem nach wie vor erheblichen Rückgang der Bauinvestitionen waren alle Bauarten betroffen. Die Wohnbauten sind preisbereinigt um 5,0%, die Nichtwohnbauten um 5,5% und die Bauinvestitionen des Staates um 4,4% zurückgegangen. Da der Staat per saldo im ersten Halbjahr 2002 weniger bebautes Land verkaufte als im ersten Halbjahr 2001, nahmen die Investitionen des Staates in neue Bauten sogar um 6,3% ab. Die Baupreise stagnierten.

Die Quartalsbetrachtung zeigt für das zweite Quartal 2002 mit real -3,8% eine deutliche Abschwächung des Rückgangs der Bauinvestitionen.

Bauinvestitionen			
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal in %			
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995	Preis-komponente
2001 1. Vj	-7,7	-8,2	+0,6
2. Vj	-5,7	-5,9	+0,3
3. Vj	-4,9	-5,1	+0,2
4. Vj	-5,2	-4,8	-0,4
2002 1. Vj	-6,8	-6,9	+0,0
2. Vj	-3,9	-3,8	-0,0

In beiden Teilen Deutschlands gingen die Bauinvestitionen wiederum in unterschiedlichem Ausmaß zurück: Die Baunachfrage im früheren Bundesgebiet sank um 3,6% und in den neuen Ländern um 11,1%.

Wie bereits erwähnt, dürfte die Beseitigung der großen Hochwasserschäden vom Sommer 2002 zumindest kurzfristig zu einem gewissen Ansteigen der Bautätigkeit führen.

Bauinvestitionen				
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal in %				
	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995
2001 1. Vj	-5,4	-6,2	-15,3	-14,6
2. Vj	-3,6	-4,1	-13,3	-12,5
3. Vj	-2,9	-3,2	-12,3	-11,5
4. Vj	-3,4	-3,1	-12,1	-10,9
2002 1. Vj	-5,5	-5,5	-11,7	-11,6
2. Vj	-2,2	-2,0	-10,7	-10,7

Von den Investitionen in sonstige Anlagen entfielen im Jahr 2001 rund 79% auf Software (erworbene und selbst erstellte), 15% auf Urheberrechte und 5% auf andere immaterielle Anlagegüter sowie Nutztiere und Nutzpflanzen. Über die unterjährig-aktuelle Entwicklung der sonstigen Anlagen liegen keinerlei statistisch abgesicherten Informationen vor. Nach den durch Sonderfaktoren („Jahr-2000-Problem“, Vorbereitung der Euro-Umstellung) geprägten starken Zuwächsen an Software in den Jahren bis 2000 sind in der Folgezeit bei dieser Anlagenart allgemeine Konsolidierungstendenzen zu beobachten. Zusammen mit leichten Abschwächungen auch bei den übrigen Bestandteilen der sonstigen Anlagen ergaben sich für die sonstigen Anlagen insgesamt bei gleich bleibenden Preisen nominal wie real nur noch Zunahmen von 3,0%.

Der *Außenbeitrag* (Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) nahm im ersten Halbjahr 2002 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum sowohl in jeweiligen Preisen (um 25,1 auf 41,2 Mrd. Euro) als auch in Preisen von 1995 gerechnet (um 17,8 auf 46,6 Mrd. Euro) – ähnlich wie im Vorjahr – kräftig zu (siehe Tabelle 8). Ein

Tabelle 8: Exporte und Importe

Jahr Halbjahr	In jeweiligen Preisen							In Preisen von 1995						
	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Exporte minus Importe)
	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen		insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	
Mrd. EUR														
1999	587,0	509,7	77,3	570,7	443,1	127,6	16,3	582,5	507,9	74,5	567,4	449,6	117,8	15,0
2000	685,4	596,9	88,5	677,6	533,9	143,6	7,8	662,1	577,2	85,0	627,1	497,8	129,3	35,0
2001	726,9	636,7	90,2	688,3	536,8	151,5	38,6	695,4	606,7	88,7	633,1	498,0	135,2	62,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr														
in %														
in Mrd. EUR														
2000	+16,8	+17,1	+14,5	+18,7	+20,5	+12,6	-8,4	+13,7	+13,6	+14,0	+10,5	+10,7	+9,8	+19,9
2001	+6,1	+6,7	+2,0	+1,6	+0,5	+5,5	+30,8	+5,0	+5,1	+4,4	+1,0	+0,0	+4,5	+27,3
Mrd. EUR														
1999 1. Hj	279,6	244,6	35,0	271,5	213,2	58,2	8,1	278,7	244,7	34,0	273,6	219,4	54,2	5,1
2. Hj	307,4	265,1	42,3	299,3	229,9	69,4	8,2	303,8	263,2	40,6	293,8	230,2	63,6	10,0
2000 1. Hj	328,0	287,3	40,7	319,4	252,1	67,3	8,6	319,9	280,5	39,4	301,4	240,2	61,3	18,5
2. Hj	357,4	309,6	47,8	358,1	281,8	76,3	-0,7	342,2	296,6	45,6	325,7	257,6	68,1	16,5
2001 1. Hj	363,8	319,9	43,9	347,7	273,8	74,0	16,1	346,7	304,8	41,8	317,9	251,8	66,1	28,8
2. Hj	363,1	316,8	46,3	340,6	263,0	77,6	22,5	348,7	301,9	46,9	315,2	246,1	69,1	33,5
2002 1. Hj	365,6	318,2	47,5	324,4	253,9	70,6	41,2	348,2	304,2	44,0	301,6	239,1	62,5	46,6
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres														
in %														
in Mrd. EUR														
2000 1. Hj	+17,3	+17,5	+16,2	+17,7	+18,2	+15,6	+0,4	+14,8	+14,6	+15,8	+10,2	+9,5	+13,0	+13,4
2. Hj	+16,3	+16,8	+13,0	+19,7	+22,6	+10,0	-8,9	+12,7	+12,7	+12,5	+10,9	+11,9	+7,1	+6,5
2001 1. Hj	+10,9	+11,4	+7,9	+8,9	+8,6	+9,9	+7,5	+8,4	+8,7	+6,3	+5,5	+4,9	+7,9	+10,3
2. Hj	+1,6	+2,3	-3,1	-4,9	-6,7	+1,6	+23,2	+1,9	+1,8	+2,8	-3,2	-4,5	+1,5	+17,0
2002 1. Hj	+0,5	-0,5	+8,1	-6,7	-7,3	-4,6	+25,1	+0,4	-0,2	+5,1	-5,1	-5,0	-5,5	+17,8

Vergleich mit der absoluten Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (nominal +15,4 Mrd. Euro, real -3,5 Mrd. Euro) zeigt, dass die grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungstransaktionen einen deutlich positiven Beitrag zu der ansonsten rückläufigen Konjunkturentwicklung leisteten. Allerdings liegen die Veränderungsraten der Exporte (nominal +0,5%, real +0,4%) bzw. der Importe (nominal -6,7%, real -5,1%) im ersten Halbjahr 2002 deutlich unter denen, die für das Jahr 2001 gegenüber dem Jahr 2000 zu verzeichnen gewesen waren. Da die Importpreise um 1,7% gegenüber dem ersten Halbjahr 2001 sanken und die Exportpreise mit 0,1% Zuwachs nahezu unverändert blieben, verbesserten sich die Terms of Trade im Berichtshalbjahr um 1,7%.

In der Quartalsbetrachtung nahm der nominale Außenbeitrag gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum im ersten Vierteljahr 2002 um 12,1 Mrd. Euro, im zweiten Vierteljahr um 13,0 Mrd. Euro zu. Während die nominalen Exporte im ersten Quartal (verglichen mit dem Vorjahreszeitraum) um 1,9% sanken, stiegen sie im zweiten Quartal um 2,9%. Gleichzeitig gingen die Importe zurück, und zwar im ersten Vierteljahr um 9,0% und - etwas schwächer - im zweiten Vierteljahr um 4,4%.

Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen
in jeweiligen Preisen
Mrd. Euro

	Waren	Dienstleistungen	Zusammen	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal
2001 1. Vj	+23,4	-15,2	+8,2	+3,3
2. Vj	+22,8	-14,9	+7,9	+4,2
3. Vj	+26,5	-19,6	+6,9	+8,4
4. Vj	+27,3	-11,6	+15,7	+14,8
2002 1. Vj	+32,9	-12,7	+20,3	+12,1
2. Vj	+31,4	-10,4	+20,9	+13,0

Ein ähnliches Bild zeigt der preisbereinigte Quartalsvergleich (jeweils gegenüber dem Vorjahr). Der Zunahme des realen Außenbeitrags um 8,3 Mrd. Euro im ersten Vierteljahr folgt ein höherer Anstieg von 9,6 Mrd. Euro im zweiten Vierteljahr. Die preisbereinigten Exporte gingen im ersten Vierteljahr um 1,9% zurück, wogegen sie um 2,8% im zweiten Vierteljahr stiegen. Die preisbereinigten Importe sanken im ersten Quartal stärker (-7,3%) als im zweiten Quartal (-3,0%).

Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen
in Preisen von 1995
Mrd. Euro

	Waren	Dienstleistungen	Zusammen	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal
2001 1. Vj	+27,0	-12,6	+14,4	+5,6
2. Vj	+26,0	-11,6	+14,4	+4,7
3. Vj	+28,4	-12,9	+15,5	+9,0
4. Vj	+27,3	-9,3	+18,0	+8,0
2002 1. Vj	+33,2	-10,6	+22,6	+8,3
2. Vj	+31,8	-7,9	+24,0	+9,6

Aus der nominalen und realen Entwicklung der Exporte und Importe ergibt sich eine Verbesserung der Terms of Trade im ersten Vierteljahr 2002 um 1,9% und eine weniger starke Steigerung um 1,6% im zweiten Vierteljahr (jeweils gemessen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum).

Die im Vergleich zum ersten Halbjahr 2001 leichten Abnahmen der nominalen Warenexporte (-0,5%) und stärkeren Abnahmen der Warenimporte (-7,3%) im Berichtshalbjahr fügen sich ins Bild einer allgemeinen weltweiten Konjunkturabschwächung. Nach den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik (Spezialhandelsstatistik) nahm die deutsche Warenausfuhr in die Länder der Europäischen Union in der ersten Jahreshälfte 2002 um 1,8% ab und in Drittländer um 1,0% zu. Die Einfuhren aus EU-Ländern gingen im gleichen Zeitabschnitt etwas schwächer (-6,8%) zurück als die Einfuhren aus Drittländern (-7,5%).

3 Gesamtwirtschaftliche Einkommen und Vermögensbildung, Verteilung des Volkseinkommens

Das *Bruttonationaleinkommen* als umfassende gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße hatte im ersten Halbjahr 2002 mit +1,3% gegenüber dem Vorjahreszeitraum einen etwas geringeren Zuwachs als das Bruttoinlandsprodukt (+1,5%) zu verzeichnen. Der Grund liegt in der Entwicklung des traditionell negativen Saldos der Primäreinkommen mit der übrigen Welt in Höhe von jetzt rund 10 Mrd. Euro (siehe Tabelle 9).

Höhe und Entwicklung der *grenzüberschreitenden Primäreinkommen* werden vor allem durch die Vermögenseinkommen bestimmt. Nachdem die grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen seit Mitte der 1990er-Jahre im Jahresvergleich kontinuierlich zunahm, zeigt die nachfolgende Übersicht, dass sowohl die an das Ausland geleisteten Vermögenseinkommen (-16,7%) als auch die von dort empfangenen Vermögenseinkommen (-20,7%) im ersten Halbjahr 2002 deutlich zurückgegangen sind. Sinkende Zinssätze und geringere grenzüberschreitende Ausschüttungen sind maßgebend für die aktuelle Entwicklung der Vermögenseinkommen.

Grenzüberschreitende Primäreinkommen

	1. Halbjahr 2002	Veränderung gegenüber 1. Hj 2001
	Mrd. Euro	%
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	56,68	-19,7
Arbeitnehmerentgelt	2,09	+7,2
Vermögenseinkommen	53,43	-20,7
Subventionen	1,16	-6,5
Primäreinkommen an die übrige Welt	66,47	-14,8
Arbeitnehmerentgelt	2,15	+2,4
Vermögenseinkommen	57,83	-16,7
Produktions- und Importabgaben	6,49	+0,3

Aufgrund des nach wie vor hohen Zuwachses der *Abschreibungen* (+2,9%), die den Verschleiß an Investitionsgütern im Produktionsprozess ausdrücken, hat sich das *Nettonatio-*

Tabelle 9: Einkommen, Vermögensbildung, Transaktionen mit der übrigen Welt

Jahr Halbjahr	Brutto- inlands- produkt	Primär- einkom- men von der übrigen Welt (Saldo)	Brutto- national- einkom- men	Abschrei- bungen	Netto- national- einkom- men	Laufende Transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Verfü- gbares Einkom- men	Konsum- ausgaben	Sparen	Ver- mögens- transfers von der übrigen Welt (Saldo) ¹⁾	Netto- investi- tionen	Finanzie- rungs- saldo	Nach- richtlich: Außen- beitrag
Mrd. EUR													
1999	1978,6	-12,7	1965,9	291,4	1674,5	-19,7	1654,8	1535,3	119,5	-0,1	135,6	-16,2	16,3
2000	2030,0	-9,2	2020,9	302,3	1718,5	-19,7	1698,8	1578,2	120,7	15,3	141,7	-5,6	7,8
2001	2071,2	-15,4	2055,8	312,1	1743,7	-20,0	1723,7	1625,7	98,0	-0,8	94,9	2,4	38,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
2000	+2,6	X	+2,8	+3,8	+2,6	X	+2,7	+2,8	+1,0	X	+4,4	X	X
2001	+2,0	X	+1,7	+3,2	+1,5	X	+1,5	+3,0	-18,8	X	-33,0	X	X
Mrd. EUR													
1999 1. Hj	960,8	-5,2	955,6	144,9	810,7	-9,1	801,6	741,6	60,0	0,2	66,2	-6,0	8,1
2. Hj	1017,8	-7,5	1010,3	146,5	863,8	-10,6	853,2	793,7	59,5	-0,3	69,4	-10,2	8,2
2000 1. Hj	996,8	-3,8	993,0	149,8	843,2	-10,1	833,1	766,2	66,8	-0,1	72,2	-5,5	8,5
2. Hj	1033,2	-5,3	1027,9	152,5	875,4	-9,6	865,8	811,9	53,9	15,5	69,5	-0,2	-0,7
2001 1. Hj	1019,1	-7,4	1011,7	154,9	856,8	-11,5	845,2	792,2	53,1	0,0	56,0	-2,9	16,1
2. Hj	1052,1	-8,0	1044,1	157,2	887,0	-8,5	878,5	833,5	45,0	-0,8	38,9	5,3	22,5
2002 1. Hj	1034,5	-9,8	1024,7	159,5	865,3	-11,3	854,0	798,8	55,2	0,1	35,1	20,2	41,2
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres in %													
2000 1. Hj	+3,7	X	+3,9	+3,4	+4,0	X	+3,9	+3,3	+11,4	X	+9,0	X	X
2. Hj	+1,5	X	+1,7	+4,1	+1,3	X	+1,5	+2,3	-9,5	X	+0,1	X	X
2001 1. Hj	+2,2	X	+1,9	+3,4	+1,6	X	+1,5	+3,4	-20,6	X	-22,5	X	X
2. Hj	+1,8	X	+1,6	+3,1	+1,3	X	+1,5	+2,7	-16,5	X	-44,0	X	X
2002 1. Hj	+1,5	X	+1,3	+2,9	+1,0	X	+1,0	+0,8	+4,1	X	-37,3	X	X

1) Im Jahr 2000 einschließlich der Verkäufe von UMTS-Lizenzen (nichtproduzierte Vermögensgüter) an die übrige Welt.

naleinkommen lediglich um 1,0% erhöht. Da der negative Saldo der *laufenden Transfers* von und an die übrige Welt im ersten Halbjahr 2002 in etwa auf dem Vorjahresniveau lag, stieg auch das *verfügbare Einkommen* der gesamten Volkswirtschaft um 1,0%. Ursachen für die per saldo an die übrige Welt geleisteten laufenden Transfers in Höhe von gut 11 Mrd. Euro sind vor allem die an die Europäische Union geleisteten BSP-Eigenmittel (knapp 5 Mrd. Euro) sowie Heimatüberweisungen und Unterstützungszahlungen privater Haushalte an die übrige Welt.

Die konjunkturelle Abschwächung zeigt sich auch an der verhaltenen Entwicklung der *Konsumausgaben* in der Volkswirtschaft (+0,8%). Mit +0,5% stiegen die privaten Konsumausgaben dabei weniger an als die des Staates (+2,0%). Das gesamtwirtschaftliche *Sparen* erhöhte sich demgegenüber um 4,1%. Damit erreichte die gesamtwirtschaftliche Sparquote, die das Verhältnis von Sparen zu verfügbarem Einkommen der Volkswirtschaft ausdrückt, einen Wert von 6,5%. Sie lag damit zwar leicht über dem Vergleichswert im Jahr 2001 (6,3%), aber noch deutlich unter dem Wert im ersten Halbjahr 2000 (8,0%).

Die Entwicklung der *Nettoinvestitionen* – Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen – drückt noch deutlicher die wirtschaftliche Schwäche aus. Mit 35 Mrd. Euro liegen die Nettoinvestitionen um 20 Mrd. Euro unter dem gesamtwirtschaftlichen Sparen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum haben sie sich im ersten Halbjahr 2002 um 37% verringert, im Vergleich zur ersten Hälfte des Jahres 2000 sogar halbiert.

Bestimmt durch den stark gestiegenen positiven *Außenbeitrag* (Exportüberschuss im Waren- und Dienstleistungs-

verkehr) in Höhe von 41 Mrd. Euro einerseits und aus per saldo geleisteten Primäreinkommen von 10 Mrd. Euro und per saldo geleisteten laufenden Transfers in Höhe von gut 11 Mrd. Euro ergab sich ein *Finanzierungsüberschuss* gegenüber der übrigen Welt von 20 Mrd. Euro. Erstmals seit der deutschen Vereinigung hat der Finanzierungssaldo damit in einem Halbjahr einen zweistelligen positiven Wert.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum hat das *Volkseinkommen*, das der Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen der inländischen Wirtschaftseinheiten entspricht, im ersten Halbjahr 2002 um 1,2% auf 759 Mrd. Euro zugenommen (siehe Tabelle 10). Da der Saldo aus den vom Staat empfangenen Produktions- und Importabgaben und den vom Staat gezahlten Subventionen – zur Berechnung des Volkseinkommens muss dieser Saldo vom Nettonationaleinkommen abgezogen werden – niedriger war als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres, lag das Wachstum des Volkseinkommens über dem des Nettonationaleinkommens (+1,0%).

Das *Arbeitnehmerentgelt* stieg in den ersten sechs Monaten des Jahres um 1,1% auf 535,5 Mrd. Euro und damit deutlich schwächer als vor einem Jahr (1. Hj 2001 gegenüber 1. Hj 2000: +2,6%). Der Anteil des Arbeitnehmerentgeltes am Volkseinkommen – die Lohnquote – blieb in der ersten Jahreshälfte 2002 mit 70,6% gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum der Vorjahre nahezu unverändert.

Die *Unternehmens- und Vermögenseinkommen* – als zweite Säule des Volkseinkommens – nahmen im ersten Halbjahr 2002 um 1,5% zu und erreichten 223,4 Mrd. Euro, vor Jahresfrist waren sie noch leicht rückläufig gewesen (-0,1%). Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen

Tabelle 10: Verteilung des Volkseinkommens

Jahr Halbjahr	Nettonational- einkommen	Produktions- und Importabgaben abzüglich Subven- tionen ¹⁾	Volkseinkommen			Nachrichtlich: Lohnquote (Spalte 4 in % von Spalte 3)
			insgesamt	Arbeitnehmerentgelt (Inländer)	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	
	1	2	3	4	5	6
Mrd. EUR						
1999	1 674,5	205,5	1 469,0	1 058,0	411,1	72,0
2000	1 718,5	209,3	1 509,2	1 099,0	410,3	72,8
2001	1 743,7	212,5	1 531,2	1 120,4	410,9	73,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
2000	+2,6	+1,8	+2,7	+3,9	-0,2	X
2001	+1,5	+1,5	+1,5	+1,9	+0,2	X
Mrd. EUR						
%						
1999 1. Hj	810,7	100,6	710,1	496,2	213,9	69,9
2. Hj	863,8	104,9	758,9	561,7	197,1	74,0
2000 1. Hj	843,2	106,3	736,8	516,4	220,4	70,1
2. Hj	875,4	103,0	772,4	582,6	189,8	75,4
2001 1. Hj	856,8	107,0	749,8	529,6	220,2	70,6
2. Hj	887,0	105,5	781,4	590,7	190,7	75,6
2002 1. Hj	865,3	106,3	758,9	535,5	223,4	70,6
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres in %						
2000 1. Hj	+4,0	+5,7	+3,8	+4,1	+3,0	X
2. Hj	+1,3	-1,9	+1,8	+3,7	-3,7	X
2001 1. Hj	+1,6	+0,6	+1,8	+2,6	-0,1	X
2. Hj	+1,3	+2,5	+1,2	+1,4	+0,5	X
2002 1. Hj	+1,0	-0,6	+1,2	+1,1	+1,5	X

1) Vom Staat empfangene Abgaben bzw. vom Staat gezahlte Subventionen.

werden nicht originär, sondern als Saldo zwischen dem Volkseinkommen und dem Arbeitnehmerentgelt berechnet. Eine solche Restgröße unterliegt naturgemäß vielen unterschiedlichen Einflüssen und ist entsprechend vorsichtig zu interpretieren. Bei einer personen- oder haushaltsbezogenen Betrachtung der Einkommensverteilung fließen den Arbeitnehmern bzw. ihren Haushalten neben dem Arbeitnehmerentgelt auch Vermögenseinkommen zu, wie beispielsweise Zinsen aus Sparguthaben und Wertpapieren oder Dividenden. Die Vermögenseinkommen der Arbeitnehmer sind

zusammen mit den Vermögenseinkommen der Selbstständigen, der Nichterwerbstätigen und des Staates in den Unternehmens- und Vermögenseinkommen enthalten.

Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zusammen. Tabelle 11 zeigt die Komponenten des Arbeitnehmerentgeltes. Die Bruttolöhne und -gehälter nahmen im ersten Halbjahr 2002 um 1,0% gegenüber dem ersten Halbjahr 2001 zu. Dies lässt sich auf einen Anstieg der

Tabelle 11: Arbeitnehmerentgelt (Inländer)

Jahr Halbjahr	Arbeitnehmer- entgelt	Sozialbeiträge der Arbeitgeber ¹⁾	Bruttolöhne und -gehälter	Abzüge der Arbeitnehmer			Nettolöhne und -gehälter
				insgesamt	Sozialbeiträge	Lohnsteuer ²⁾	
Mrd. EUR							
1999	1 058,0	202,6	855,4	306,1	139,3	166,8	549,3
2000	1 099,0	213,4	885,5	312,8	141,7	171,0	572,8
2001	1 120,4	215,7	904,6	311,5	144,3	167,2	593,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
2000	+3,9	+5,3	+3,5	+2,2	+1,7	+2,5	+4,3
2001	+1,9	+1,1	+2,2	-0,4	+1,8	-2,2	+3,5
Mrd. EUR							
1999 1. Hj	496,2	96,6	399,7	144,6	66,7	77,9	255,1
2. Hj	561,7	106,0	455,7	161,6	72,6	88,9	294,2
2000 1. Hj	516,4	102,2	414,2	147,7	67,7	80,0	266,5
2. Hj	582,6	111,2	471,4	165,1	74,1	91,0	306,3
2001 1. Hj	529,6	103,8	425,8	148,7	69,3	79,4	277,1
2. Hj	590,7	111,9	478,8	162,9	75,0	87,9	316,0
2002 1. Hj	535,5	105,6	429,9	151,2	70,3	80,9	278,7
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahr in %							
2000 1. Hj	+4,1	+5,8	+3,6	+2,2	+1,5	+2,8	+4,4
2. Hj	+3,7	+4,9	+3,4	+2,2	+2,0	+2,3	+4,1
2001 1. Hj	+2,6	+1,6	+2,8	+0,6	+2,4	-0,8	+4,0
2. Hj	+1,4	+0,6	+1,6	-1,3	+1,2	-3,4	+3,2
2002 1. Hj	+1,1	+1,7	+1,0	+1,7	+1,4	+1,9	+0,6

1) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören insbesondere Beiträge für die Altersversorgung der Beamten u. Ä. –
2) Ohne Lohnsteuer auf Pensionen.

Verdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) um 1,5% bei einer um 0,5% niedrigeren Zahl von Arbeitnehmern zurückführen. Damit schwächt sich der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter, der im zweiten Halbjahr 2001 (gegenüber dem zweiten Halbjahr 2000) noch bei 1,6% lag, weiter ab. Damals nahmen die Verdienste noch um 1,7% zu, während die Zahl der Arbeitnehmer mit -0,1% bereits abnahm. Die gegenüber den genannten Verdienstentwicklungen kräftigeren Tariflohnsteigerungen des Jahres 2002 haben sich nur zum Teil auf das Ergebnis für das erste Halbjahr ausgewirkt. Wichtige Tarifabschlüsse kamen erst im Mai oder Juni zustande, wodurch die Lohnerhöhungen häufig erst im zweiten Halbjahr 2002 zu spüren sein werden. Für die Berechnung der vorliegenden Halbjahresergebnisse fehlen für den Monat Juni noch wichtige Informationen, sodass gegenwärtig noch nicht bekannt ist, welche Lohnerhöhungen aufgrund der aktuellen Tarifabschlüsse schon im Juni wirksam werden.

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber stiegen im ersten Halbjahr 2002 mit 1,7% stärker als die Bruttolöhne und -gehälter. Diese Entwicklung ist zum Teil auf Beitragsatzerhöhungen der gesetzlichen Krankenversicherung, zum Teil auf den starken Anstieg anderer Beiträge der Arbeitgeber, wie die zur Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst, zurückzuführen.

Zieht man von den Bruttolöhnen und -gehältern die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und die Lohnsteuer ab, so blei-

ben die Nettolöhne und -gehälter übrig. Sie stiegen im Berichtszeitraum nur noch um 0,6% und damit etwas schwächer als die Bruttolöhne und -gehälter (siehe Tabelle 11). Damit setzt sich der zuvor positive Trend bei den Nettolöhnen und -gehältern nicht weiter fort.

4 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte lag im ersten Halbjahr 2002 lediglich um 0,7% höher als vor Jahresfrist (siehe Tabelle 12). Dies ist der geringste Anstieg seit 1991, dem Beginn der gesamtdeutschen Zeitreihe.

Ursächlich für diese Entwicklung sind die aus Marktaktivitäten stammenden primären Einkommensbestandteile. Während die Nettolöhne und -gehälter, mit einem Anteil von 41% die größte Komponente des verfügbaren Einkommens, in den ersten sechs Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum noch um 0,6% stiegen, verringerten sich der Betriebsüberschuss bzw. das Selbstständigeneinkommen einschließlich der per saldo empfangenen Vermögenseinkommen – vor Abzug der direkten Steuern – um 1,7%. Zusammen betrachtet lagen diese beiden Einkommensgrößen in den ersten sechs Monaten um 0,5% unter dem Vorjahreswert.

Tabelle 12: Zusammensetzung und Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte¹⁾

Jahr Halbjahr	Nettolöhne und -gehälter	Betriebs- überschuss/ Selbststän- digen- einkommen und Saldo der Vermögens- einkommen	Monetäre Sozial- leistungen	Abzüglich		Verfügbares Einkommen	Zunahme betrieblicher Versorgungs- ansprüche	Private Konsum- ausgaben	Sparen (Sp. 6 + 7 - 8)	Nachrichtlich: Sparquote (Sp. 9 in % von Sp. 6 + 7)
				Abgaben auf Sozial- leistungen ²⁾	Saldo der geleisteten und empfan- genen sonstigen laufenden Transfers ³⁾					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Mrd. EUR										
1999	549,3	429,1	400,6	66,0	42,8	1 270,1	11,5	1 156,5	125,1	9,8
2000	572,8	438,6	408,9	63,5	50,2	1 306,6	13,8	1 190,9	129,5	9,8
2001	593,1	462,4	418,5	64,3	53,8	1 355,9	14,3	1 232,2	138,1	10,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr										
in %			in Mrd. EUR			in %				
2000	+4,3	+2,2	+2,1	-3,8	+7,5	+2,9	+20,5	+3,0	+3,5	X
2001	+3,5	+5,4	+2,3	+1,3	+3,5	+3,8	+3,9	+3,5	+6,7	X
Mrd. EUR										
1999 1. Hj	255,1	223,9	199,6	32,8	19,9	625,9	5,5	562,1	69,3	11,0
2. Hj	294,2	205,1	201,0	33,2	22,9	644,2	6,0	594,4	55,8	8,6
2000 1. Hj	266,5	235,2	203,7	31,2	24,7	649,5	6,6	582,3	73,8	11,2
2. Hj	306,3	203,4	205,2	32,3	25,5	657,1	7,2	608,7	55,7	8,4
2001 1. Hj	277,1	249,5	208,5	31,6	28,0	675,6	6,8	604,0	78,4	11,5
2. Hj	316,0	212,9	210,0	32,7	25,8	680,3	7,6	628,2	59,7	8,7
2002 1. Hj	278,7	245,2	214,0	32,6	24,6	680,6	6,9	606,9	80,7	11,7
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres										
in %			in Mrd. EUR			in %				
2000 1. Hj	+4,4	+5,0	+2,1	-5,0	+4,8	+3,8	+20,1	+3,6	+6,5	X
2. Hj	+4,1	-0,9	+2,1	-2,7	+2,6	+2,0	+20,9	+2,4	-0,2	X
2001 1. Hj	+4,0	+6,1	+2,3	+1,3	+3,2	+4,0	+2,9	+3,7	+6,2	X
2. Hj	+3,2	+4,7	+2,3	+1,3	+0,3	+3,5	+4,8	+3,2	+7,3	X
2002 1. Hj	+0,6	-1,7	+2,6	+3,3	-3,3	+0,7	+2,5	+0,5	+2,9	X

1) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Dazu zählen vor allem Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, Lohnsteuer auf Pensionen. – 3) Dazu zählen vor allem die veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer, geleistete Nettoprämien für Schadensversicherungen, Transfers an die übrige Welt; empfangene Schadensversicherungsleistungen.

Das Wachstum des verfügbaren Einkommens wurde von den empfangenen monetären Sozialleistungen der privaten Haushalte getragen. Mit einem Plus von 2,6% im Vorjahresvergleich erhöhten sich die monetären Sozialleistungen brutto, das heißt vor Abzug der Abgaben auf Sozialleistungen, stärker als in den Jahren zuvor. Rund zwei Drittel der monetären Sozialleistungen sind Geldleistungen der Sozialversicherungen, wovon wiederum gut drei Viertel auf die gesetzliche Rente und 15% auf Arbeitslosengeldzahlungen entfallen. Insgesamt haben sich die Zahlungen der gesetzlichen Sozialversicherungen um 3,2% erhöht. Die Rentenzahlungen stiegen um 3,2%, die Leistungen der Arbeitslosenversicherungen bedingt durch die schlechtere Arbeitsmarktlage um 5,0%. Die anderen Sozialleistungen – hierzu gehören sowohl Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen und von Arbeitgebern wie auch staatliche Sozialleistungen – haben sich zusammen nur um 1,5% erhöht. Überdurchschnittlich nahmen darunter die Arbeitslosenhilfe (+14%) und die Kindergeldzahlungen (+11%) zu.

Stärker als die monetären Sozialleistungen erhöhten sich im ersten Halbjahr 2002 die Abgaben auf Sozialleistungen (+3,3%), sodass die per saldo empfangenen monetären Sozialleistungen (netto) nur um 2,5% höher waren als vor Jahresfrist. Zu den Abgaben auf Sozialleistungen zählen die Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen – von besonderer Bedeutung sind hier die Beiträge der Rentner zur Kranken- und zur Pflegeversicherung – sowie die Lohnsteuer auf Pensionen. Die Abgaben auf Sozialleistungen umfassen ferner die Sozialbeiträge des Staatssektors für Empfänger sozialer Leistungen, das sind beispielsweise Beiträge der Arbeitslosenversicherung für Arbeitslose und Beiträge der Rentenversicherung für Rentner/-innen an die gesetzliche Krankenversicherung.

Ebenfalls einkommensmindernd ist der Saldo der geleisteten und empfangenen sonstigen laufenden Transfers. Im ersten Halbjahr 2002 verringerten sich diese Zahlungen der privaten Haushalte um 3,3 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Bedingt war dies vor allem durch geringere Kapitalertragsteuern privater Haushalte auf Dividendenzahlungen. Weitere Positionen dieses Saldos sind unter anderem die Zinsabschlagsteuer, die veranlagte Einkommensteuer – die Lohnsteuer wird bereits bei den Nettolöhnen und -gehältern bzw. den Abgaben auf Sozialleistungen abgesetzt – sowie die Übertragungen privater Haushalte von und an die übrige Welt.

Der mäßige Anstieg des verfügbaren Einkommens spiegelt sich im Konsum der privaten Haushalte wider. Mit +0,5% haben die privaten Konsumausgaben im ersten Halbjahr 2002 sogar noch etwas schwächer zugenommen als das verfügbare Einkommen. Gespart wurde dagegen mehr (+2,9%). Die Sparquote erreichte damit in der ersten Hälfte dieses Jahres 11,7%, den höchsten Wert seit dem ersten Halbjahr 1998. Dabei ist zu beachten, dass sich die Bezugsgröße für die Sparquote der privaten Haushalte aus dem verfügbaren Einkommen und aus Veränderungen der betrieblichen Versorgungsansprüche zusammensetzt.

5 Einnahmen und Ausgaben des Staates

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die Einnahmen des Staates definiert als Summe aus den Verkäufen sowie den vom Staat empfangenen Subventionen, Vermögenseinkommen, Steuern, Sozialbeiträgen, sonstigen laufenden Transfers und Vermögenstransfers. Die Ausgaben des Staates setzen sich zusammen aus Vorleistungen, Arbeitnehmerentgelt, vom Staat geleisteten Produktionsabgaben, Vermögenseinkommen, Subventionen, sozialen Sachleistungen, monetären Sozialleistungen, sonstigen laufenden Transfers und Vermögenstransfers sowie Bruttoinvestitionen und aus dem Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern. Die Eigenmittel der Europäischen Union (ohne die auf dem Bruttosozialprodukt basierende vierte Eigenmittelquelle) sowie die Direktsubventionen der Europäischen Union zählen nicht zu den Einnahmen und Ausgaben des Staates, sondern werden unmittelbar als Transfers zwischen der übrigen Welt und den jeweils leistenden/empfangenden inländischen Sektoren dargestellt. Als Saldo aus den Einnahmen und den Ausgaben errechnet sich der Finanzierungssaldo des Staates.

Die *Einnahmen des Staates* waren insgesamt, wie aus Tabelle 13 zu ersehen ist, im ersten Halbjahr 2002 um 1,4% niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die einzelnen Einnahmekomponenten entwickelten sich jedoch sehr unterschiedlich. Die Vermögenseinkommen (+8,6%) und die Sozialbeiträge (+1,8%) verzeichneten Zuwächse. Weniger als im ersten Halbjahr 2001 nahm der Staat dagegen ein aus Verkäufen (-2,1%), an Steuern (-4,0%), an sonstigen laufenden Transfers (-3,7%) und an Vermögenstransfers (-13,7%).

Die Zunahme der Einnahmen aus Vermögenseinkommen (+8,6%) erklärt sich insbesondere aus der Entwicklung der an den Bund abgeführten Gewinne der Deutschen Bundesbank. Nach Abzug der in den Gewinnausschüttungen enthaltenen realisierten Kapitalgewinne aus Devisen- und Goldgeschäften, die nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen als finanzielle Transaktion zu buchen sind, vereinnahmte der Bund im ersten Halbjahr 2002 als Vermögenseinkommen 8,4 Mrd. Euro, nach 6,1 Mrd. Euro im Vorjahr. Zu klären ist allerdings noch, ob die in der Gewinn- und Verlustrechnung der Deutschen Bundesbank nachgewiesene Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 2,3 Mrd. Euro ebenso wie die aus der Gewinnabführung herausgerechneten realisierten Kapitalgewinne als finanzielle Transaktion zu behandeln ist.

Im ersten Halbjahr 2002 betrug das Aufkommen des Staates an Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern) 226,7 Mrd. Euro (-4,0%). Hinzu kamen 6,5 Mrd. Euro (+0,3%) Steuern als Eigenmittel der Europäischen Union (EU), die – wie bereits erwähnt – in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen direkt an die übrige Welt fließen und nicht in die Einnahmen des Staates eingerechnet werden. Die Steuern einschließlich des EU-Anteils (zusammen 233,2 Mrd. Euro) nahmen im Berichtshalbjahr um 3,9% ab.

Tabelle 13: Einnahmen und Ausgaben des Staates

Gegenstand der Nachweisung	1. Hj 2001	2. Hj 2001	1. Hj 2002	Veränderung 1. Hj 2002 gegenüber 1. Hj 2001
	in Mrd. EUR			in %
Verkäufe aus Markt- und Nichtmarktproduktion (einschl. Produktion für die Eigenverwendung)	19,2	21,5	18,8	-2,1
+ sonstige Subventionen	0,4	0,5	0,4	-12,5
+ Vermögenseinkommen	12,4	6,5	13,4	+8,6
+ Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern)	236,1	240,1	226,7	-4,0
+ Sozialbeiträge	185,3	198,3	188,6	+1,8
+ sonstige laufende Transfers	6,8	7,5	6,5	-3,7
+ Vermögenstransfers	4,5	3,9	3,9	-13,7
= Einnahmen	464,6	478,4	458,1	-1,4
Vorleistungen	38,0	43,6	38,7	+1,8
+ Arbeitnehmerentgelt	76,8	88,1	77,7	+1,1
+ sonstige Produktionsabgaben	0,0	0,0	0,0	±0,0
+ Vermögenseinkommen	33,7	34,2	34,5	+2,4
+ Subventionen	15,7	18,2	14,5	-7,3
+ soziale Sachleistungen	77,4	80,3	79,2	+2,3
+ monetäre Sozialleistungen	194,4	196,0	202,3	+4,1
+ sonstige laufende Transfers	16,3	17,6	15,9	-2,3
+ Vermögenstransfers	16,7	19,1	17,2	+2,9
+ Bruttoinvestitionen	15,6	20,1	15,0	-3,8
+ Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	-0,6	-0,7	-0,6	-1,6
= Ausgaben	484,0	516,5	494,4	+2,2
	in Mrd. EUR			
Finanzierungssaldo	-19,4	-38,2	-36,3	-16,9

Wie aus der nachstehenden Übersicht hervorgeht, veränderten sich die Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern) nach Steuerarten unterschiedlich:

Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern)

	1. Halbjahr 2002	Veränderung gegenüber 1. Hj 2001
	Mrd. Euro	%
Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern)	233,2	-3,9
Steuern an den Staat	226,7	-4,0
Einkommen- und Vermögensteuern	105,8	-6,8
Lohnsteuer	82,8	+1,9
Veranlagte Einkommensteuer	9,0	+0,8
Körperschaftsteuer	-0,5	-114,4
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	10,8	-32,9
Sonstige direkte Steuern	3,7	-8,7
Produktions- und Importabgaben ...	120,8	-1,5
Umsatzsteuer (ohne EU-Anteil)	61,9	-3,6
Gewerbesteuer	11,2	-9,2
Verbrauchssteuern	31,8	+5,8
darunter:		
Mineralölsteuer	20,8	+5,5
Stromsteuer	2,4	+8,3
Tabaksteuer	6,4	+9,8
Versicherungsteuer	5,3	+9,6
Übrige Produktions- und Importabgaben	10,7	-5,3
Steuern an die übrige Welt (EU)	6,5	+0,3
dar.: Umsatzsteuer (EU-Anteil)	4,9	+4,9

Im Nachfolgenden werden die Steuereinnahmen des Staates, das heißt das Steueraufkommen ohne den EU-Anteil, beschrieben. Trotz eines Rückgangs des Anteils an den

gesamten Einnahmen des Staates um knapp 2 Prozentpunkte auf nunmehr 49% sind die Steuereinnahmen die wichtigste Einnahmeart. Im ersten Halbjahr 2002 waren die Steuereinnahmen um 4,0% niedriger als vor Jahresfrist, nachdem sie bereits in den beiden vorangegangenen Halbjahren (-3,3% im 1. Hj 2001 und -5,5% im 2. Hj 2001, jeweils gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Jahres 2000) rückläufig waren. Dabei nahmen die Einkommen- und Vermögensteuern (-6,8%) stärker ab als die Produktions- und Importabgaben an den Staat (-1,5%). Unter den Produktions- und Importabgaben verzeichneten die Mehrwertsteuer (ohne EU-Anteil) eine Abnahme um 3,6% sowie die Gewerbesteuer um 9,2%. Bei den Verbrauchsteuern (+5,8%) waren die Zunahmen bei der Stromsteuer (+8,3%) und bei der Mineralölsteuer (+5,5%) im Wesentlichen auf Steuersatzanhebungen im Rahmen der vierten Stufe der ökologischen Steuerreform zurückzuführen. Bei der Tabaksteuer (+9,8%) wurde die Abgabe um einen Cent je Zigarette heraufgesetzt. Bei der Versicherungsteuer (+9,6%) wurde der Steuersatz um einen Prozentpunkt auf 16% erhöht. Bei den Einkommen- und Vermögensteuern erhöhten sich das Aufkommen an Lohnsteuer (+1,9%) und an veranlagter Einkommensteuer (+0,8%) im Berichtshalbjahr leicht, nachdem beide Steuerarten in den beiden Halbjahren des Vorjahres rückläufig waren. Bei der Körperschaftsteuer, die im ersten Halbjahr 2001 noch ein Aufkommen von 3,2 Mrd. Euro hatte, überwogen im Berichtshalbjahr die Erstattungen, sodass per saldo 0,5 Mrd. Euro an Körperschaftsteuer vom Staat an die Kapitalgesellschaften gezahlt wurden. Der kräftige Rückgang der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (-32,9%) ist vor allem aus deutlich niedrigeren Ausschüttungen im ersten Halbjahr 2002 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zu erklären.

Die Sozialbeiträge, mit einem Anteil von 41% die zweite große Einnahmekategorie des Staates, erhöhten sich im ersten Halbjahr 2002 um 1,8% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die einzelnen Beitragsarten wiesen im Berichtshalbjahr die folgenden Veränderungsdaten auf:

Sozialbeiträge an den Staat		
	1. Halbjahr 2002	Veränderung gegenüber 1. Hj 2001
	Mrd. Euro	%
Sozialbeiträge an den Staat	188,6	+ 1,8
Tatsächliche Sozialbeiträge ...	178,3	+ 1,8
Arbeitgeberbeiträge	75,7	+ 1,1
Arbeitnehmerbeiträge	69,1	+ 1,1
Sonstige tatsächliche Sozialbeiträge	33,5	+ 4,7
Unterstellte Sozialbeiträge	10,2	+ 1,8

Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung stiegen um 1,1%. Dazu trugen unter anderem Beitragssatzerhöhungen bei einigen Krankenkassen bei. Angehoben wurden ferner die Beitragsbemessungsgrenzen. In der gesetzlichen Kranken- und der gesetzlichen Pflegeversicherung wurden sie ab Januar 2002 in den beiden Teilgebieten Deutschlands einheitlich auf 3 375 Euro monatlich angehoben. In den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten sowie in der Arbeitslosenversicherung galten ab Jahresbeginn als monatliche Beitragsbemessungsgrenzen für das frühere Bundesgebiet bzw. – in Klammern – für die neuen Länder und Berlin-Ost 4 500 Euro (3 750 Euro) und in der knappschaftlichen Rentenversicherung 5 550 Euro (4 650 Euro).

Die Ausgaben nahmen im ersten Halbjahr 2002 um 2,2% zu. Dabei entwickelten sich die einzelnen Ausgabearten unterschiedlich. In der Markt- und Nichtmarktproduktion des Staates zusammengenommen erhöhten sich die Aufwendungen für das Arbeitnehmerentgelt um 1,1%; für den Bereich Nichtmarktproduktion wurde darauf bereits im Zusammenhang mit den Konsumausgaben des Staates eingegangen. Höher als im ersten Halbjahr 2001 waren auch die Aufwendungen für Vorleistungen (+ 1,8%), für Zinsen auf öffentliche Schulden (+ 2,4%), für soziale Sachleistungen (+ 2,3%), für monetäre Sozialleistungen (+ 4,1%) und für Vermögenstransfers (+ 2,9%). Weniger ausgegeben wurde dagegen für Subventionen (- 7,3%), für sonstige laufende Transfers (- 2,3%) und für Investitionen (- 3,8%).

An andere Sektoren leistete der Staat im Berichtszeitraum 2,9% mehr Transfers als im ersten Halbjahr 2001. Zu beachten ist, dass die vom Staat an alle Marktproduzenten geleisteten Gütersubventionen (2,8 Mrd. Euro, - 5,1%) – ebenso wie die von den EU gezahlten Gütersubventionen (0,8 Mrd. Euro, ohne Veränderung gegenüber dem ersten Halbjahr 2001) – im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht auf die einzelnen empfangenden Sektoren aufgeteilt werden. Die übrigen vom Staat geleisteten Transfers werden dagegen nach empfangenden Sektoren dargestellt, wie die nachstehende Übersicht zeigt:

An andere Sektoren geleistete Transfers des Staates

	1. Halbjahr 2002	Veränderung gegenüber 1. Hj 2001
	Mrd. Euro	%
An andere Sektoren geleistete		
Transfers des Staates	249,6	+ 2,9
Gütersubventionen	2,8	- 5,1
an Kapitalgesellschaften	18,4	- 3,5
Sonstige Subventionen	10,5	- 4,8
Sonstige laufende Transfers	2,4	+ 2,2
Vermögenstransfers	5,6	- 3,1
an private Haushalte und private		
Organisationen	219,4	+ 4,0
Sonstige Subventionen	0,9	- 31,6
Monetäre Sozialleistungen	200,0	4,2
Sonstige laufende Transfers	7,4	+ 2,6
Vermögenstransfers	11,0	+ 6,9
an die übrige Welt	9,0	- 7,6
Monetäre Sozialleistungen	2,3	- 3,4
Sonstige laufende Transfers	6,2	- 9,0
Vermögenstransfers	0,5	- 8,9
Nachrichtlich: Subventionen der EU ..	1,2	- 6,5
Gütersubventionen der EU	0,8	± 0,0
Sonstige Subventionen der EU	0,3	- 20,0

Die Kapitalgesellschaften empfangen vom Staat (ohne die nicht zurechenbaren Gütersubventionen) 3,5% weniger Transfers als im ersten Halbjahr 2001. Dabei gewährte der Staat deutlich weniger sonstige Subventionen.

Ohne die nicht zurechenbaren Gütersubventionen erhöhten sich die Transfers an private Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) insgesamt um 4,0%. Allerdings waren die von ihnen empfangenen sonstigen Subventionen für die Produktion der privaten Haushalte (Einzelunternehmen aller Wirtschaftszweige von den Landwirten über Handwerker und Einzelhändler bis hin zu den Selbstständigen der freien Berufe) um 31,6% niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die übrigen Transfers an private Haushalte nahmen dagegen zum Teil kräftig zu. Der starke Zuwachs der von ihnen empfangenen Vermögenstransfers (+ 6,9%) ist vor allem auf den Anstieg der Eigenheimzulage zurückzuführen.

Innerhalb der Übertragungen des Staates an private Haushalte nehmen die monetären Sozialleistungen (+ 4,2%) mit 91% den größten Anteil ein. Sie werden im Folgenden brutto nachgewiesen, enthalten also noch die Lohnsteuer auf Pensionen, die Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen sowie die Eigenbeiträge dieser Personengruppen zur Sozialversicherung. An Renten aus den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten und der knappschaftlichen Rentenversicherung, die zusammen etwas mehr als die Hälfte der sozialen Leistungen an inländische private Haushalte ausmachen, wurden im Berichtshalbjahr 3,4% mehr gezahlt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Ausgaben für Pensionen stiegen um 2,4%.

Die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung waren im Berichtshalbjahr um 5,0% höher als im ersten Halbjahr 2001. Die einzelnen Leistungsarten zeigten im Beobachtungszeitraum eine unterschiedliche Entwicklung:

Monetäre Sozialleistungen der Bundesanstalt für Arbeit

	1. Halbjahr 2002	Veränderung gegenüber 1. Hj 2001
	Mrd. Euro	%
Geldleistungen der Bundesanstalt für Arbeit	21,8	+ 5,0
Arbeitslosengeld	13,9	+ 6,3
nachrichtlich: Arbeitslosenhilfe des Bundes	7,3	+ 14,0
Konkursausfallgeld	0,8	+ 21,9
Kurzarbeitergeld	0,3	+ 42,9
Zuschüsse an Arbeitnehmer für Berufsförderung	4,4	- 0,2
Unterhaltsgeld	2,3	± 0,0
Sonstige Leistungen	0,1	- 6,7

Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung für Arbeitslosengeld stiegen im Berichtshalbjahr um 6,3%. Die Arbeitslosenhilfe, die sich an das zeitlich begrenzte Arbeitslosengeld anschließt und die der Bund trägt, verzeichnete im Berichtshalbjahr aufgrund des Anstiegs der Zahl der Langzeitarbeitslosen ebenfalls eine kräftige Zunahme (+ 14,0%). Für Konkursausfallgeld und Kurzarbeitergeld musste die Bundesanstalt für Arbeit deutlich mehr aufwenden als im ersten Halbjahr 2001, während die Aufwendungen für die übrigen wichtigen Leistungsarten nahezu stagnierten, wie aus der Übersicht hervorgeht. Unter den übrigen monetären Sozialleistungen des Staates stieg das Kindergeld um 11,2% durch die Anhebung des steuerlichen Kindergeldes für das erste und zweite Kind um 15,95 Euro auf nunmehr 154 Euro pro Monat.

Die Transfers des Staates an die übrige Welt nahmen um 7,6% ab. Unter anderem wurde weniger für die auf dem Bruttosozialprodukt basierende vierte Eigenmittelquelle an die EU gezahlt.

Als Saldo aus Einnahmen und Ausgaben errechnete sich im ersten Halbjahr 2002 ein Finanzierungsdefizit des Staates in Höhe von 36,3 Mrd. Euro. Das sind 16,9 Mrd. Euro mehr Defizit als im ersten Halbjahr des Vorjahres. Aufgegliedert nach staatlichen Ebenen erhöhte sich das Defizit des Bundes um 5,9 auf 23,6 Mrd. Euro und das der Länder um 8,8 auf 15,7 Mrd. Euro. Die Gemeinden, die im Vorjahreszeitraum noch einen Überschuss von 1,2 Mrd. Euro verzeichneten, wiesen im ersten Halbjahr 2002 ein Defizit von 1,7 Mrd. Euro auf. Der Überschuss der Sozialversicherung erhöhte sich um 0,6 auf 4,6 Mrd. Euro. [u](#)

Anhangtabelle 1
Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Bruttoinlandsprodukt		Bruttonationaleinkommen		Bruttoinlandsprodukt je Einwohner		Bruttonationaleinkommen je Einwohner	
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995
	Mrd. EUR				EUR			
1991	1 502,20	1 710,80	1 511,14	1 722,46	18 800	21 400	18 900	21 500
1992	1 613,20	1 749,10	1 621,15	1 759,30	20 000	21 700	20 100	21 800
1993	1 654,20	1 730,10	1 661,04	1 738,18	20 400	21 300	20 500	21 400
1994	1 735,50	1 770,70	1 728,43	1 763,83	21 300	21 700	21 200	21 700
1995	1 801,30	1 801,30	1 791,80	1 791,80	22 100	22 100	21 900	21 900
1996	1 833,70	1 815,10	1 825,68	1 808,19	22 400	22 200	22 300	22 100
1997	1 871,60	1 840,40	1 862,48	1 832,34	22 800	22 400	22 700	22 300
1998	1 929,40	1 876,40	1 915,42	1 863,58	23 500	22 900	23 400	22 700
1999	1 978,60	1 914,80	1 965,88	1 903,78	24 100	23 300	23 900	23 200
2000	2 030,00	1 969,50	2 020,85	1 962,08	24 700	24 000	24 600	23 900
2001	2 071,20	1 980,80	2 055,79	1 966,92	25 200	24 100	25 000	23 900
1999 1. Vj	473,10	460,90	468,07	456,22	5 800	5 600	5 700	5 600
2. Vj	487,70	472,50	487,50	472,49	5 900	5 800	5 900	5 800
3. Vj	502,30	487,60	497,68	483,37	6 100	5 900	6 100	5 900
4. Vj	515,50	493,80	512,63	491,70	6 300	6 000	6 200	6 000
2000 1. Vj	492,20	480,00	490,76	478,89	6 000	5 800	6 000	5 800
2. Vj	504,60	491,60	502,24	489,49	6 100	6 000	6 100	6 000
3. Vj	513,30	499,50	506,65	493,27	6 200	6 100	6 200	6 000
4. Vj	519,90	498,40	521,20	500,43	6 300	6 100	6 300	6 100
2001 1. Vj	503,90	486,50	500,49	483,36	6 100	5 900	6 100	5 900
2. Vj	515,20	494,70	511,18	491,01	6 300	6 000	6 200	6 000
3. Vj	520,40	501,50	513,15	494,68	6 300	6 100	6 200	6 000
4. Vj	531,70	498,10	530,97	497,87	6 500	6 000	6 400	6 000
2002 1. Vj	508,30	480,50	502,16	474,84	6 200	5 800	6 100	5 800
2. Vj	526,20	497,20	522,55	493,91	6 400	6 000	6 300	6 000

1) Rechenstand 8/2002.

Anhangtabelle 2
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Bevölkerung (Einwohner)	Erwerbspersonen	Erwerbslose ²⁾	Erwerbstätige Inländer			Nachrichtlich	
				insgesamt	Arbeitnehmer	Selbstständige ³⁾	Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung	Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen
				Durchschnitt in 1 000			%	
1991	79 984	40 632	2 133	38 499	34 919	3 580	50,8	5,2
1992	80 594	40 395	2 510	37 885	34 243	3 642	50,1	6,2
1993	81 179	40 376	3 020	37 356	33 667	3 689	49,7	7,5
1994	81 422	40 501	3 222	37 279	33 491	3 788	49,7	8,0
1995	81 661	40 445	3 115	37 330	33 498	3 832	49,5	7,7
1996	81 896	40 606	3 396	37 210	33 371	3 839	49,6	8,4
1997	82 052	40 932	3 787	37 145	33 231	3 914	49,9	9,3
1998	82 029	41 148	3 594	37 554	33 580	3 974	50,2	8,7
1999	82 087	41 343	3 333	38 010	34 071	3 939	50,4	8,1
2000	82 193	41 752	3 065	38 687	34 686	4 001	50,8	7,3
2001	82 340	41 930	3 074	38 856	34 775	4 081	50,9	7,3
1999 1. Vj	82 028	41 098	3 641	37 457	33 517	3 940	50,1	8,9
2. Vj	82 047	41 026	3 293	37 733	33 801	3 932	50,0	8,0
3. Vj	82 112	41 476	3 241	38 235	34 292	3 943	50,5	7,8
4. Vj	82 161	41 782	3 157	38 625	34 667	3 958	50,9	7,6
2000 1. Vj	82 150	41 433	3 361	38 072	34 100	3 972	50,4	8,1
2. Vj	82 160	41 600	3 013	38 587	34 596	3 991	50,6	7,2
3. Vj	82 207	41 842	2 968	38 874	34 857	4 017	50,9	7,1
4. Vj	82 253	42 138	2 920	39 218	35 181	4 037	51,2	6,9
2001 1. Vj	82 260	41 690	3 238	38 452	34 385	4 067	50,7	7,8
2. Vj	82 300	41 833	2 997	38 836	34 751	4 085	50,8	7,2
3. Vj	82 366	41 963	3 011	38 952	34 864	4 088	50,9	7,2
4. Vj	82 433	42 233	3 050	39 183	35 091	4 092	51,2	7,2
2002 1. Vj	82 454	41 718	3 393	38 325	34 233	4 092	50,6	8,1
2. Vj	82 499	41 795	3 173	38 622	34 526	4 096	50,7	7,6

1) Rechenstand 8/2002. – 2) Abgrenzung der Erwerbslosen nach den Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). – 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger.

Anhangtabelle 3
Inlandsprodukt, Nationaleinkommen und Volkseinkommen
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Bruttoinlands- produkt	Saldo der Primär- einkommen aus der übrigen Welt	Bruttonational- einkommen (Bruttosozial- produkt) (Sp. 1 + 2)	Abschrei- bungen	Nettonational- einkommen (Sp. 3 – 4)	Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen ²⁾	Volkseinkommen		
							insgesamt (Sp. 5 – 6)	Arbeitnehmer- entgelt (Inländer)	Unternehmens- und Vermögens- einkommen (Sp. 7 – 8)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1991	1502,20	+8,94	1511,14	210,32	1300,82	133,75	1167,07	845,98	321,09
1992	1613,20	+7,95	1621,15	230,66	1390,49	147,89	1242,60	916,36	326,24
1993	1654,20	+6,84	1661,04	246,72	1414,32	158,60	1255,72	937,92	317,80
1994	1735,50	-7,07	1728,43	256,88	1471,55	168,92	1302,63	961,17	341,46
1995	1801,30	-9,50	1791,80	266,47	1525,33	166,73	1358,60	996,18	362,42
1996	1833,70	-8,02	1825,68	272,14	1553,54	171,88	1381,66	1005,25	376,41
1997	1871,60	-9,12	1862,48	278,43	1584,05	179,42	1404,63	1009,22	395,41
1998	1929,40	-13,98	1915,42	285,22	1630,20	188,03	1442,17	1030,56	411,61
1999	1978,60	-12,72	1965,88	291,39	1674,49	205,49	1469,00	1057,95	411,05
2000	2030,00	-9,15	2020,85	302,34	1718,51	209,29	1509,22	1098,96	410,26
2001	2071,20	-15,41	2055,79	312,07	1743,72	212,49	1531,23	1120,35	410,88
1999 1. Vj ...	473,10	-5,03	468,07	72,12	395,95	49,40	346,55	241,40	105,15
2. Vj ...	487,70	-0,20	487,50	72,74	414,76	51,17	363,59	254,83	108,76
3. Vj ...	502,30	-4,62	497,68	72,96	424,72	51,52	373,20	263,73	109,47
4. Vj ...	515,50	-2,87	512,63	73,57	439,06	53,40	385,66	297,99	87,67
2000 1. Vj ...	492,20	-1,44	490,76	74,36	416,40	51,71	364,69	252,05	112,64
2. Vj ...	504,60	-2,36	502,24	75,48	426,76	54,63	372,13	264,35	107,78
3. Vj ...	513,30	-6,65	506,65	75,88	430,77	51,59	379,18	274,23	104,95
4. Vj ...	519,90	+1,30	521,20	76,62	444,58	51,36	393,22	308,33	84,89
2001 1. Vj ...	503,90	-3,41	500,49	76,97	423,52	52,09	371,43	259,32	112,11
2. Vj ...	515,20	-4,02	511,18	77,94	433,24	54,88	378,36	270,30	108,06
3. Vj ...	520,40	-7,25	513,15	78,49	434,66	52,69	381,97	278,28	103,69
4. Vj ...	531,70	-0,73	530,97	78,67	452,30	52,83	399,47	312,45	87,02
2002 1. Vj ...	508,30	-6,14	502,16	79,50	422,66	51,89	370,77	262,73	108,04
2. Vj ...	526,20	-3,65	522,55	79,96	442,59	54,43	388,16	272,78	115,38

1) Rechenstand 8/2002. – 2) Vom Staat empfangene Abgaben bzw. vom Staat gezahlte Subventionen.

Anhangtabelle 4
Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen und verfügbares Einkommen
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Bruttoinlands- produkt	Saldo der Primärein- kommen aus der übrigen Welt	Bruttonational- einkommen (Bruttosozial- produkt) (Sp. 1 + 2)	Abschreibungen	Nettonational- einkommen (Sp. 3 – 4)	Laufende Transfers aus der an die übrige(n) Welt		Verfügbares Einkommen (Sp. 5 + 6 – 7)
						6	7	
	1	2	3	4	5	6	7	8
1991	1502,20	+8,94	1511,14	210,32	1300,82	5,08	26,06	1279,84
1992	1613,20	+7,95	1621,15	230,66	1390,49	5,64	21,50	1374,63
1993	1654,20	+6,84	1661,04	246,72	1414,32	5,85	24,57	1395,60
1994	1735,50	-7,07	1728,43	256,88	1471,55	6,16	26,11	1451,60
1995	1801,30	-9,50	1791,80	266,47	1525,33	6,88	23,59	1508,62
1996	1833,70	-8,02	1825,68	272,14	1553,54	7,22	24,33	1536,43
1997	1871,60	-9,12	1862,48	278,43	1584,05	8,14	26,45	1565,74
1998	1929,40	-13,98	1915,42	285,22	1630,20	8,06	28,12	1610,14
1999	1978,60	-12,72	1965,88	291,39	1674,49	9,26	28,92	1654,83
2000	2030,00	-9,15	2020,85	302,34	1718,51	10,04	29,71	1698,84
2001	2071,20	-15,41	2055,79	312,07	1743,72	9,79	29,82	1723,69
1999 1. Vj ...	473,10	-5,03	468,07	72,12	395,95	1,70	7,55	390,10
2. Vj ...	487,70	-0,20	487,50	72,74	414,76	3,07	6,33	411,50
3. Vj ...	502,30	-4,62	497,68	72,96	424,72	2,24	7,47	419,49
4. Vj ...	515,50	-2,87	512,63	73,57	439,06	2,25	7,57	433,74
2000 1. Vj ...	492,20	-1,44	490,76	74,36	416,40	2,01	7,63	410,78
2. Vj ...	504,60	-2,36	502,24	75,48	426,76	3,20	7,67	422,29
3. Vj ...	513,30	-6,65	506,65	75,88	430,77	2,41	6,77	426,41
4. Vj ...	519,90	+1,30	521,20	76,62	444,58	2,42	7,64	439,36
2001 1. Vj ...	503,90	-3,41	500,49	76,97	423,52	1,79	8,25	417,06
2. Vj ...	515,20	-4,02	511,18	77,94	433,24	3,01	8,09	428,16
3. Vj ...	520,40	-7,25	513,15	78,49	434,66	3,08	6,58	431,16
4. Vj ...	531,70	-0,73	530,97	78,67	452,30	1,91	6,90	447,31
2002 1. Vj ...	508,30	-6,14	502,16	79,50	422,66	2,03	8,15	416,54
2. Vj ...	526,20	-3,65	522,55	79,96	442,59	3,03	8,19	437,43

1) Rechenstand 8/2002.

Anhangtabelle 5
Bruttowertschöpfung
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
in jeweiligen Preisen							
1991	1 414,19	19,69	430,48	84,14	250,72	342,68	286,48
1992	1 518,90	19,98	434,69	99,92	265,00	382,03	317,28
1993	1 555,37	19,66	410,92	104,46	271,59	415,26	333,48
1994	1 626,08	20,82	420,11	113,69	286,37	436,94	348,15
1995	1 690,40	21,59	428,30	114,05	299,45	462,27	364,74
1996	1 722,07	22,65	430,06	108,96	297,69	488,65	374,06
1997	1 760,16	22,89	438,20	104,62	306,00	508,81	379,64
1998	1 810,25	22,58	455,22	100,77	316,42	527,24	388,02
1999	1 843,17	21,57	449,90	100,50	328,08	546,70	396,42
2000	1 889,41	22,05	458,37	96,34	349,09	560,71	402,85
2001	1 929,13	23,51	470,08	91,63	359,82	572,32	411,77
1999 1. Vj	440,31	5,22	107,34	22,49	77,11	133,59	94,56
2. Vj	454,09	5,64	110,00	25,58	81,09	135,73	96,05
3. Vj	468,05	5,46	112,45	27,65	84,34	138,90	99,25
4. Vj	480,72	5,25	120,11	24,78	85,54	138,48	106,56
2000 1. Vj	457,24	5,24	111,28	22,84	82,29	138,48	97,11
2. Vj	467,63	5,71	112,45	24,70	87,66	139,87	97,24
3. Vj	478,21	5,62	114,50	25,86	89,52	141,95	100,76
4. Vj	486,33	5,48	120,14	22,94	89,62	140,41	107,74
2001 1. Vj	468,22	5,62	117,41	20,86	84,70	140,67	98,96
2. Vj	477,97	6,21	116,41	23,32	90,40	142,60	99,03
3. Vj	484,87	5,94	116,49	24,97	92,16	142,60	102,71
4. Vj	498,07	5,74	119,77	22,48	92,56	146,45	111,07
2002 1. Vj	472,64	5,64	113,79	19,83	85,73	145,24	102,41
2. Vj	488,86	5,99	118,54	22,91	91,53	147,39	102,50
in Preisen von 1995							
1991	1 598,27	20,08	456,33	103,29	282,12	403,62	332,83
1992	1 635,01	21,27	445,91	110,84	293,26	417,91	345,82
1993	1 619,22	21,72	415,33	110,45	289,18	431,77	350,77
1994	1 654,97	20,59	426,06	116,81	293,66	439,95	357,90
1995	1 690,40	21,59	428,30	114,05	299,45	462,27	364,74
1996	1 709,57	23,02	418,93	109,44	302,57	484,19	371,42
1997	1 742,09	22,94	428,63	107,82	306,01	502,95	373,74
1998	1 783,00	23,47	437,26	104,95	314,26	525,93	377,13
1999	1 823,30	24,27	429,38	105,51	335,27	548,31	380,56
2000	1 885,32	24,29	445,56	102,62	352,91	572,61	387,33
2001	1 906,46	24,55	447,29	95,99	361,83	585,16	391,64
1999 1. Vj	437,70	5,82	101,73	23,36	79,32	132,60	94,87
2. Vj	449,27	6,31	104,68	26,69	82,39	134,72	94,48
3. Vj	464,69	6,21	107,35	29,06	86,12	139,98	95,97
4. Vj	471,64	5,93	115,62	26,40	87,44	141,01	95,24
2000 1. Vj	458,12	5,86	107,64	23,87	83,83	140,24	96,68
2. Vj	468,60	6,31	109,06	26,27	88,35	141,70	96,91
3. Vj	478,60	6,19	111,42	27,67	90,50	145,58	97,24
4. Vj	480,00	5,93	117,44	24,81	90,23	145,09	96,50
2001 1. Vj	467,04	5,91	111,96	21,60	86,54	143,46	97,57
2. Vj	474,57	6,40	110,60	24,57	90,52	144,72	97,76
3. Vj	482,62	6,25	110,61	26,23	92,55	148,57	98,41
4. Vj	482,23	5,99	114,12	23,59	92,22	148,41	97,90
2002 1. Vj	463,75	5,92	106,29	20,04	87,15	145,72	98,63
2. Vj	479,62	6,45	110,77	23,76	91,68	147,97	98,99

1) Rechenstand 8/2002.

Anhangtabelle 6
Arbeitnehmerentgelt im Inland
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
1991	844,00	10,63	301,16	57,77	170,19	87,92	216,33
1992	915,29	8,90	315,84	65,62	187,58	99,26	238,09
1993	937,39	8,92	304,05	70,53	195,48	107,40	251,01
1994	960,96	9,23	303,48	76,47	197,96	113,67	260,15
1995	996,90	9,48	311,00	77,73	203,54	121,40	273,75
1996	1006,17	9,31	309,28	75,05	203,80	127,15	281,58
1997	1010,30	9,34	308,92	71,67	203,71	131,45	285,21
1998	1031,42	9,50	315,70	68,67	206,43	140,74	290,38
1999	1058,81	9,72	317,81	67,43	212,88	151,15	299,82
2000	1099,81	9,80	331,96	65,59	221,40	165,36	305,70
2001	1121,00	9,66	338,15	61,61	226,73	173,96	310,89
1999 1. Vj	241,33	2,21	73,94	15,04	48,34	33,95	67,85
2. Vj	255,08	2,36	80,37	16,95	49,54	35,66	70,20
3. Vj	264,16	2,52	76,24	17,37	55,68	37,88	74,47
4. Vj	298,24	2,63	87,26	18,07	59,32	43,66	87,30
2000 1. Vj	252,02	2,20	76,91	15,14	50,46	37,34	69,97
2. Vj	264,62	2,41	84,30	16,62	51,78	38,84	70,67
3. Vj	274,66	2,57	79,84	16,68	57,75	41,62	76,20
4. Vj	308,51	2,62	90,91	17,15	61,41	47,56	88,86
2001 1. Vj	259,25	2,15	79,63	14,08	51,87	39,94	71,58
2. Vj	270,52	2,37	86,43	15,56	53,01	41,18	71,97
3. Vj	278,67	2,53	80,83	15,78	59,17	43,50	76,86
4. Vj	312,56	2,61	91,26	16,19	62,68	49,34	90,48
2002 1. Vj	262,62	2,20	79,09	13,29	53,16	41,32	73,56
2. Vj	272,95	2,40	85,46	14,68	54,17	42,24	74,00

1) Rechenstand 8/2002.

Anhangtabelle 7
Bruttolöhne und -gehälter im Inland
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
1991	691,36	8,95	245,76	47,12	141,39	72,63	175,51
1992	749,34	7,46	257,21	53,69	155,54	81,99	193,45
1993	769,45	7,44	249,43	57,76	162,00	88,72	204,10
1994	781,08	7,65	245,86	62,32	162,56	93,41	209,28
1995	806,90	7,85	251,06	63,26	165,13	99,71	219,89
1996	815,69	7,70	250,64	60,57	167,28	103,75	225,75
1997	814,45	7,70	248,90	57,67	166,34	106,77	227,07
1998	831,10	7,82	254,13	55,26	168,62	114,11	231,16
1999	855,95	8,01	256,21	54,88	174,27	123,49	239,09
2000	886,11	8,10	264,59	53,53	181,33	134,16	244,40
2001	905,05	7,98	270,04	50,30	186,08	141,61	249,04
1999 1. Vj	194,27	1,81	59,30	12,15	39,50	27,63	53,88
2. Vj	205,49	1,94	64,62	13,77	40,31	28,96	55,89
3. Vj	214,27	2,09	61,66	14,21	45,78	31,08	59,45
4. Vj	241,92	2,17	70,63	14,75	48,68	35,82	69,87
2000 1. Vj	202,15	1,81	61,03	12,29	41,21	30,12	55,69
2. Vj	212,19	1,98	66,98	13,52	42,11	31,28	56,32
3. Vj	222,06	2,14	63,74	13,68	47,55	33,92	61,03
4. Vj	249,71	2,17	72,84	14,04	50,46	38,84	71,36
2001 1. Vj	208,50	1,77	63,37	11,43	42,42	32,35	57,16
2. Vj	217,40	1,95	68,82	12,67	43,22	33,30	57,44
3. Vj	225,71	2,10	64,66	12,94	48,81	35,55	61,65
4. Vj	253,44	2,16	73,19	13,26	51,63	40,41	72,79
2002 1. Vj	210,90	1,81	62,74	10,76	43,45	33,44	58,70
2. Vj	219,01	1,98	67,89	11,93	44,10	34,10	59,01

1) Rechenstand 8/2002.

Anhangtabelle 8
Erwerbstätige im Inland
Durchschnitt in 1 000

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
1991	38454	1555	11321	2796	9333	3707	9742
1992	37878	1325	10458	2914	9356	3909	9916
1993	37365	1224	9730	3025	9341	4054	9991
1994	37304	1172	9229	3165	9313	4248	10177
1995	37382	1115	9001	3227	9309	4404	10326
1996	37270	1008	8745	3126	9326	4566	10499
1997	37208	991	8586	2999	9347	4738	10547
1998	37616	994	8596	2902	9472	5014	10638
1999	38077	974	8487	2850	9619	5347	10800
2000	38752	966	8526	2761	9851	5713	10935
2001	38917	960	8534	2589	9924	5890	11020
1999 1. Vj	37484	937	8449	2759	9479	5155	10705
2. Vj	37808	973	8448	2833	9520	5266	10768
3. Vj	38331	1005	8502	2904	9686	5422	10812
4. Vj	38692	983	8556	2905	9789	5540	10919
2000 1. Vj	38105	924	8412	2713	9689	5533	10834
2. Vj	38664	974	8500	2770	9827	5661	10932
3. Vj	38964	993	8557	2799	9905	5786	10924
4. Vj	39277	976	8630	2761	9983	5874	11053
2001 1. Vj	38482	917	8484	2547	9815	5792	10927
2. Vj	38911	967	8544	2591	9919	5867	11023
3. Vj	39040	986	8546	2628	9953	5933	10994
4. Vj	39237	970	8559	2588	10007	5975	11138
2002 1. Vj	38354	907	8352	2390	9845	5855	11005
2. Vj	38695	955	8364	2439	9943	5919	11075

1) Rechenstand 8/2002.

Anhangtabelle 9
Arbeitnehmer im Inland
Durchschnitt in 1 000

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
1991	34874	775	10982	2536	8143	3229	9209
1992	34236	578	10113	2628	8150	3398	9369
1993	33676	517	9380	2728	8125	3514	9412
1994	33516	507	8874	2849	8059	3666	9561
1995	33550	502	8652	2887	8035	3799	9675
1996	33431	481	8404	2757	8048	3926	9815
1997	33294	484	8238	2631	8059	4044	9838
1998	33642	489	8256	2521	8182	4292	9902
1999	34138	489	8165	2452	8358	4622	10052
2000	34751	481	8203	2351	8591	4967	10158
2001	34836	471	8209	2167	8649	5139	10201
1999 1. Vj	33544	447	8123	2367	8209	4436	9962
2. Vj	33876	489	8128	2435	8256	4546	10022
3. Vj	34388	521	8181	2504	8426	4695	10061
4. Vj	34734	499	8235	2503	8531	4804	10162
2000 1. Vj	34133	439	8091	2310	8432	4790	10071
2. Vj	34673	490	8179	2361	8569	4913	10161
3. Vj	34947	507	8234	2387	8642	5036	10141
4. Vj	35240	489	8306	2345	8716	5124	10260
2001 1. Vj	34415	428	8158	2128	8540	5040	10121
2. Vj	34826	477	8218	2169	8641	5115	10206
3. Vj	34952	497	8220	2205	8678	5182	10170
4. Vj	35145	482	8234	2166	8734	5225	10304
2002 1. Vj	34262	419	8027	1970	8575	5107	10164
2. Vj	34599	468	8039	2020	8675	5171	10226

1) Rechenstand 8/2002.

Anhangtabelle 10
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Brutto- inlandsprodukt	Inländische Verwendung					Außenbeitrag (Exporte minus Importe)
		insgesamt	Konsum	Bruttoinvestitionen			
				zusammen	Bruttoanlage- investitionen	Vorratsverände- rungen und Nettozugang an Wertsachen	
in jeweiligen Preisen							
1991	1502,20	1505,74	1140,87	364,87	356,87	+8,00	-3,54
1992	1613,20	1617,17	1233,18	383,99	387,85	-3,86	-3,97
1993	1654,20	1651,33	1279,43	371,90	380,99	-9,09	+2,87
1994	1735,50	1729,97	1327,95	402,02	401,45	+0,57	+5,53
1995	1801,30	1789,68	1381,58	408,10	404,24	+3,86	+11,62
1996	1833,70	1814,63	1418,01	396,62	399,10	-2,48	+19,07
1997	1871,60	1845,93	1444,24	401,69	401,14	+0,55	+25,67
1998	1929,40	1900,56	1480,71	419,85	412,65	+7,20	+28,84
1999	1978,60	1962,33	1535,30	427,03	426,14	+0,89	+16,27
2000	2030,00	2022,16	1578,15	444,01	438,77	+5,24	+7,84
2001	2071,20	2032,61	1625,67	406,94	416,31	-9,37	+38,59
1999 1. Vj	473,10	469,58	364,63	104,95	92,25	+12,70	+3,52
2. Vj	487,70	483,10	376,98	106,12	109,21	-3,09	+4,60
3. Vj	502,30	500,85	381,84	119,01	111,81	+7,20	+1,45
4. Vj	515,50	508,80	411,85	96,95	112,87	-15,92	+6,70
2000 1. Vj	492,20	487,32	375,83	111,49	98,57	+12,92	+4,88
2. Vj	504,60	500,93	390,41	110,52	112,29	-1,77	+3,67
3. Vj	513,30	514,83	392,58	122,25	113,54	+8,71	-1,53
4. Vj	519,90	519,08	419,33	99,75	114,37	-14,62	+0,82
2001 1. Vj	503,90	495,73	388,44	107,29	96,14	+11,15	+8,17
2. Vj	515,20	507,30	403,72	103,58	107,74	-4,16	+7,90
3. Vj	520,40	513,54	403,11	110,43	106,80	+3,63	+6,86
4. Vj	531,70	516,04	430,40	85,64	105,63	-19,99	+15,66
2002 1. Vj	508,30	488,05	392,49	95,56	88,09	+7,47	+20,25
2. Vj	526,20	505,26	406,26	99,00	102,49	-3,49	+20,94
in Preisen von 1995							
1991	1710,80	1692,27	1292,55	399,72	391,93	+7,79	+18,53
1992	1749,10	1739,89	1335,27	404,62	409,46	-4,84	+9,21
1993	1730,10	1721,24	1336,77	384,47	391,24	-6,77	+8,86
1994	1770,70	1760,26	1355,56	404,70	406,88	-2,18	+10,44
1995	1801,30	1789,68	1381,58	408,10	404,24	+3,86	+11,62
1996	1815,10	1794,32	1398,32	396,00	400,85	-4,85	+20,78
1997	1840,40	1804,21	1405,72	398,49	403,09	-4,60	+36,19
1998	1876,40	1847,96	1431,12	416,84	415,21	+1,63	+28,44
1999	1914,80	1899,76	1474,15	425,61	432,24	-6,63	+15,04
2000	1969,50	1934,53	1494,37	440,16	442,84	-2,68	+34,97
2001	1980,80	1918,57	1514,21	404,36	419,54	-15,18	+62,23
1999 1. Vj	460,90	459,69	356,86	102,83	93,42	+9,41	+1,21
2. Vj	472,50	468,66	364,51	104,15	110,56	-6,41	+3,84
3. Vj	487,60	485,62	365,90	119,72	113,63	+6,09	+1,98
4. Vj	493,80	485,79	386,88	98,91	114,63	-15,72	+8,01
2000 1. Vj	480,00	471,23	361,79	109,44	99,95	+9,49	+8,77
2. Vj	491,60	481,92	374,03	107,89	113,11	-5,22	+9,68
3. Vj	499,50	492,97	370,75	122,22	114,61	+7,61	+6,53
4. Vj	498,40	488,41	387,80	100,61	115,17	-14,56	+9,99
2001 1. Vj	486,50	472,15	367,13	105,02	97,06	+7,96	+14,35
2. Vj	494,70	480,30	379,03	101,27	108,38	-7,11	+14,40
3. Vj	501,50	486,01	375,10	110,91	107,49	+3,42	+15,49
4. Vj	498,10	480,11	392,95	87,16	106,61	-19,45	+17,99
2002 1. Vj	480,50	457,89	365,11	92,78	88,48	+4,30	+22,61
2. Vj	497,20	473,23	376,62	96,61	102,91	-6,30	+23,97

1) Rechenstand 8/2002.

Anhangtabelle 11
Konsum
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt (Sp. 2 + 5 oder 7 + 8)	Konsumausgaben (Ausgabenkonzept)					Konsum (Verbrauchskonzept)	
		private Konsumausgaben			Staat		Individual- konsum (Sp. 2 + 6)	Kollektivkonsum (Sp. 5 - 6)
		zusammen	private Haushalte	private Organi- sationen ohne Erwerbszweck	zusammen	dar.: Individual- konsum		
1	2	3	4	5	6	7	8	
in jeweiligen Preisen								
1991	1 140,87	852,51	832,88	19,63	288,36	158,07	1 010,58	130,29
1992	1 233,18	914,30	892,23	22,07	318,88	177,92	1 092,22	140,96
1993	1 279,43	950,66	926,63	24,03	328,77	182,82	1 133,48	145,95
1994	1 327,95	985,75	959,49	26,26	342,20	194,75	1 180,50	147,45
1995	1 381,58	1 024,79	996,16	28,63	356,79	205,63	1 230,42	151,16
1996	1 418,01	1 052,26	1 021,63	30,63	365,75	211,98	1 264,24	153,77
1997	1 444,24	1 079,77	1 047,55	32,22	364,47	212,27	1 292,04	152,20
1998	1 480,71	1 111,18	1 076,47	34,71	369,53	215,32	1 326,50	154,21
1999	1 535,30	1 156,50	1 118,84	37,66	378,80	219,87	1 376,37	158,93
2000	1 578,15	1 190,91	1 151,66	39,25	387,24	225,77	1 416,68	161,47
2001	1 625,67	1 232,15	1 191,30	40,85	393,52	230,27	1 462,42	163,25
1999 1. Vj	364,63	275,22	266,36	8,86	89,41	53,76	328,98	35,65
2. Vj	376,98	286,90	277,40	9,50	90,08	53,35	340,25	36,73
3. Vj	381,84	288,87	279,60	9,27	92,97	53,56	342,43	39,41
4. Vj	411,85	305,51	295,48	10,03	106,34	59,20	364,71	47,14
2000 1. Vj	375,83	283,88	274,42	9,46	91,95	55,25	339,13	36,70
2. Vj	390,41	298,38	288,97	9,41	92,03	54,79	353,17	37,24
3. Vj	392,58	298,58	288,64	9,94	94,00	54,16	352,74	39,84
4. Vj	419,33	310,07	299,63	10,44	109,26	61,57	371,64	47,69
2001 1. Vj	388,44	294,26	284,33	9,93	94,18	56,68	350,94	37,50
2. Vj	403,72	309,71	299,90	9,81	94,01	56,10	365,81	37,91
3. Vj	403,11	307,66	297,44	10,22	95,45	56,18	363,84	39,27
4. Vj	430,40	320,52	309,63	10,89	109,88	61,31	381,83	48,57
2002 1. Vj	392,49	296,41	286,06	10,35	96,08	57,89	354,30	38,19
2. Vj	406,26	310,46	300,27	10,19	95,80	57,02	367,48	38,78
in Preisen von 1995								
1991	1 292,55	966,12	942,26	23,86	326,43	177,53	1 143,65	148,90
1992	1 335,27	992,47	966,89	25,58	342,80	189,66	1 182,13	153,14
1993	1 336,77	993,60	967,46	26,14	343,17	190,80	1 184,40	152,37
1994	1 355,56	1 004,12	976,94	27,18	351,44	199,60	1 203,72	151,84
1995	1 381,58	1 024,79	996,16	28,63	356,79	205,63	1 230,42	151,16
1996	1 398,32	1 035,05	1 004,99	30,06	363,27	211,16	1 246,21	152,11
1997	1 405,72	1 041,21	1 010,02	31,19	364,51	215,13	1 256,34	149,38
1998	1 431,12	1 059,79	1 027,01	32,78	371,33	220,94	1 280,73	150,39
1999	1 474,15	1 099,16	1 064,43	34,73	374,99	222,30	1 321,46	152,69
2000	1 494,37	1 114,75	1 079,32	35,43	379,62	226,57	1 341,32	153,05
2001	1 514,21	1 131,57	1 095,70	35,87	382,64	229,32	1 360,89	153,32
1999 1. Vj	356,86	263,71	255,31	8,40	93,15	56,59	320,30	36,56
2. Vj	364,51	272,49	263,93	8,56	92,02	54,87	327,36	37,15
3. Vj	365,90	273,20	264,58	8,62	92,70	54,49	327,69	38,21
4. Vj	386,88	289,76	280,61	9,15	97,12	56,35	346,11	40,77
2000 1. Vj	361,79	267,61	259,04	8,57	94,18	57,30	324,91	36,88
2. Vj	374,03	280,71	271,76	8,95	93,32	55,91	336,62	37,41
3. Vj	370,75	277,68	268,96	8,72	93,07	54,98	332,66	38,09
4. Vj	387,80	288,75	279,56	9,19	99,05	58,38	347,13	40,67
2001 1. Vj	367,13	271,98	263,27	8,71	95,15	58,30	330,28	36,85
2. Vj	379,03	284,72	275,66	9,06	94,31	56,83	341,55	37,48
3. Vj	375,10	280,96	272,14	8,82	94,14	56,53	337,49	37,61
4. Vj	392,95	293,91	284,63	9,28	99,04	57,66	351,57	41,38
2002 1. Vj	365,11	268,86	260,00	8,86	96,25	59,16	328,02	37,09
2. Vj	376,62	281,52	272,31	9,21	95,10	57,33	338,85	37,77

1) Rechenstand 8/2002.

Anhangtabelle 12
Bruttoanlageinvestitionen
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Insgesamt	Ausstattungsinvestitionen			Bauinvestitionen				Sonstige Anlagen ³⁾
		zusammen	Maschinen und Geräte ²⁾	Fahrzeuge	zusammen	Wohnbauten	Nichtwohnbauten		
							Hochbau	Tiefbau	
in jeweiligen Preisen									
1991	356,87	153,71	116,06	37,65	190,92	94,70	60,80	35,42	12,24
1992	387,85	150,72	116,13	34,59	223,62	110,74	70,62	42,26	13,51
1993	380,99	130,28	103,13	27,15	236,57	120,96	72,92	42,69	14,14
1994	401,45	128,27	100,97	27,30	258,21	138,24	74,85	45,12	14,97
1995	404,24	129,82	100,66	29,16	258,76	141,98	74,26	42,52	15,66
1996	399,10	131,87	102,04	29,83	250,32	141,69	70,20	38,43	16,91
1997	401,14	137,22	103,39	33,83	245,98	142,13	66,78	37,07	17,94
1998	412,65	150,06	113,26	36,80	243,02	142,35	65,42	35,25	19,57
1999	426,14	159,59	120,32	39,27	245,19	144,22	64,38	36,59	21,36
2000	438,77	175,83	131,26	44,57	240,15	140,92	63,26	35,97	22,79
2001	416,31	166,34	127,18	39,16	226,24	131,22	60,86	34,16	23,73
1999 1. Vj ...	92,25	35,23	25,51	9,72	52,02	30,78	14,36	6,88	5,00
2. Vj ...	109,21	39,51	29,38	10,13	64,48	37,88	16,69	9,91	5,22
3. Vj ...	111,81	38,91	29,97	8,94	67,46	39,69	17,40	10,37	5,44
4. Vj ...	112,87	45,94	35,46	10,48	61,23	35,87	15,93	9,43	5,70
2000 1. Vj ...	98,57	38,70	28,53	10,17	54,41	32,08	14,99	7,34	5,46
2. Vj ...	112,29	43,47	31,32	12,15	63,30	37,29	16,33	9,68	5,52
3. Vj ...	113,54	43,27	32,81	10,46	64,54	37,98	16,69	9,87	5,73
4. Vj ...	114,37	50,39	38,60	11,79	57,90	33,57	15,25	9,08	6,08
2001 1. Vj ...	96,14	40,19	30,29	9,90	50,24	29,22	14,30	6,72	5,71
2. Vj ...	107,74	42,26	31,78	10,48	59,71	34,59	15,84	9,28	5,77
3. Vj ...	106,80	39,43	30,69	8,74	61,39	35,66	16,17	9,56	5,98
4. Vj ...	105,63	44,46	34,42	10,04	54,90	31,75	14,55	8,60	6,27
2002 1. Vj ...	88,09	35,40	46,81	27,17	13,30	6,34	5,88
2. Vj ...	102,49	39,15	57,40	33,49	15,00	8,91	5,94
in Preisen von 1995									
1991	391,93	161,14	119,80	41,34	218,85	109,77	70,45	38,63	11,94
1992	409,46	154,31	117,47	36,84	242,16	121,32	77,25	43,59	12,99
1993	391,24	131,00	102,90	28,10	246,53	126,78	76,42	43,33	13,71
1994	406,88	128,47	100,77	27,70	263,58	141,56	76,58	45,44	14,83
1995	404,24	129,82	100,66	29,16	258,76	141,98	74,26	42,52	15,66
1996	400,85	132,09	102,41	29,68	251,34	141,75	69,87	39,72	17,42
1997	403,09	137,01	103,89	33,12	247,63	142,31	66,19	39,13	18,45
1998	415,21	149,56	114,43	35,13	245,18	142,64	64,75	37,79	20,47
1999	432,24	160,31	123,46	36,85	248,70	144,91	64,17	39,62	23,23
2000	442,84	175,51	134,53	40,98	242,14	141,12	62,67	38,35	25,19
2001	419,54	165,38	130,53	34,85	227,71	131,08	60,25	36,38	26,45
1999 1. Vj ...	93,42	35,32	26,16	9,16	52,70	30,97	14,31	7,42	5,40
2. Vj ...	110,56	39,38	29,88	9,50	65,52	38,11	16,66	10,75	5,66
3. Vj ...	113,63	39,25	30,88	8,37	68,46	39,88	17,34	11,24	5,92
4. Vj ...	114,63	46,36	36,54	9,82	62,02	35,95	15,86	10,21	6,25
2000 1. Vj ...	99,95	38,98	29,58	9,40	54,93	32,21	14,85	7,87	6,04
2. Vj ...	113,11	43,17	31,92	11,25	63,87	37,37	16,17	10,33	6,07
3. Vj ...	114,61	43,22	33,65	9,57	65,07	38,01	16,54	10,52	6,32
4. Vj ...	115,17	50,14	39,38	10,76	58,27	33,53	15,11	9,63	6,76
2001 1. Vj ...	97,06	40,25	31,37	8,88	50,42	29,14	14,12	7,16	6,39
2. Vj ...	108,38	41,86	32,52	9,34	60,07	34,54	15,67	9,86	6,45
3. Vj ...	107,49	39,07	31,31	7,76	61,77	35,62	15,99	10,16	6,65
4. Vj ...	106,61	44,20	35,33	8,87	55,45	31,78	14,47	9,20	6,96
2002 1. Vj ...	88,48	34,92	46,96	27,08	13,09	6,79	6,60
2. Vj ...	102,91	38,51	57,77	33,42	14,83	9,52	6,63

1) Rechenstand 8/2002. – 2) Einschl. Textilien, Bekleidung, Leder-, Holz-, Kunststoff-, Glas-, Keramik- und Eisenwaren, Verlagserzeugnissen. – 3) Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

Anhangtabelle 13
Exporte und Importe
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Sp. 1 – 4)
	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	
	1	2	3	4	5	6	
in jeweiligen Preisen							
1991	395,18	343,11	52,07	398,72	326,55	72,17	- 3,54
1992	395,81	344,43	51,38	399,78	322,00	77,78	- 3,97
1993	376,66	325,31	51,35	373,79	292,91	80,88	+ 2,87
1994	409,22	357,07	52,15	403,69	317,68	86,01	+ 5,53
1995	441,04	383,99	57,05	429,42	337,99	91,43	+ 11,62
1996	463,99	402,13	61,86	444,92	347,74	97,18	+ 19,07
1997	522,53	452,32	70,21	496,86	388,92	107,94	+ 25,67
1998	560,19	487,46	72,73	531,35	417,52	113,83	+ 28,84
1999	586,98	509,67	77,31	570,71	443,11	127,60	+ 16,27
2000	685,39	596,90	88,49	677,55	533,93	143,62	+ 7,84
2001	726,90	636,68	90,22	688,31	536,77	151,54	+ 38,59
1999 1. Vj	134,34	118,33	16,01	130,82	103,37	27,45	+ 3,52
2. Vj	145,24	126,26	18,98	140,64	109,85	30,79	+ 4,60
3. Vj	146,75	126,36	20,39	145,30	110,36	34,94	+ 1,45
4. Vj	160,65	138,72	21,93	153,95	119,53	34,42	+ 6,70
2000 1. Vj	159,89	140,20	19,69	155,01	122,74	32,27	+ 4,88
2. Vj	168,07	147,09	20,98	164,40	129,37	35,03	+ 3,67
3. Vj	168,83	146,15	22,68	170,36	132,07	38,29	- 1,53
4. Vj	188,60	163,46	25,14	187,78	149,75	38,03	+ 0,82
2001 1. Vj	180,26	159,17	21,09	172,09	135,79	36,30	+ 8,17
2. Vj	183,53	160,73	22,80	175,63	137,96	37,67	+ 7,90
3. Vj	176,96	156,48	20,48	170,10	130,02	40,08	+ 6,86
4. Vj	186,15	160,30	25,85	170,49	133,00	37,49	+ 15,66
2002 1. Vj	176,83	155,74	21,09	156,58	122,81	33,77	+ 20,25
2. Vj	188,79	162,42	26,37	167,85	131,04	36,81	+ 20,94
in Preisen von 1995							
1991	413,62	355,21	58,41	395,09	318,50	76,59	+ 18,53
1992	410,27	354,90	55,37	401,06	320,46	80,60	+ 9,21
1993	387,73	334,10	53,63	378,87	295,98	82,89	+ 8,86
1994	417,27	364,06	53,21	406,83	319,94	86,89	+ 10,44
1995	441,04	383,99	57,05	429,42	337,99	91,43	+ 11,62
1996	463,48	402,45	61,03	442,70	347,53	95,17	+ 20,78
1997	515,59	447,26	68,33	479,40	377,62	101,78	+ 36,19
1998	551,49	480,88	70,61	523,05	417,37	105,68	+ 28,44
1999	582,45	507,91	74,54	567,41	449,62	117,79	+ 15,04
2000	662,10	577,15	84,95	627,13	497,79	129,34	+ 34,97
2001	695,37	606,67	88,70	633,14	497,97	135,17	+ 62,23
1999 1. Vj	134,21	118,57	15,64	133,00	107,12	25,88	+ 1,21
2. Vj	144,48	126,13	18,35	140,64	112,32	28,32	+ 3,84
3. Vj	145,27	125,73	19,54	143,29	111,36	31,93	+ 1,98
4. Vj	158,49	137,48	21,01	150,48	118,82	31,66	+ 8,01
2000 1. Vj	156,84	137,72	19,12	148,07	118,36	29,71	+ 8,77
2. Vj	163,04	142,81	20,23	153,36	121,82	31,54	+ 9,68
3. Vj	162,39	140,80	21,59	155,86	121,84	34,02	+ 6,53
4. Vj	179,83	155,82	24,01	169,84	135,77	34,07	+ 9,99
2001 1. Vj	172,25	152,02	20,23	157,90	125,04	32,86	+ 14,35
2. Vj	174,40	152,79	21,61	160,00	126,80	33,20	+ 14,40
3. Vj	171,10	148,46	22,64	155,61	120,06	35,55	+ 15,49
4. Vj	177,62	153,40	24,22	159,63	126,07	33,56	+ 17,99
2002 1. Vj	168,92	149,26	19,66	146,31	116,05	30,26	+ 22,61
2. Vj	179,25	154,93	24,32	155,28	123,09	32,19	+ 23,97

1) Rechenstand 8/2002.

Anhangtabelle 14
Verfügbares Einkommen, Sparen und Finanzierungssaldo der Volkswirtschaft
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr ¹⁾	Verfügbares Einkommen	Konsum	Sparen (Sp. 1 – 2)	Vermögens- transfers aus der übrigen Welt	Vermögens- transfers an die übrige Welt	Brutto- investitionen	Abschreibungen	Finanzierungs- saldo (Sp. 3 + 4 – 5 – 6 + 7)
	1	2	3	4	5	6	7	8
1991	1 279,84	1 140,87	138,97	0,69	2,94	364,87	210,32	-17,83
1992	1 374,63	1 233,18	141,45	0,91	1,81	383,99	230,66	-12,78
1993	1 395,60	1 279,43	116,17	1,17	2,09	371,90	246,72	-9,93
1994	1 451,60	1 327,95	123,65	1,33	2,57	402,02	256,88	-22,73
1995	1 508,62	1 381,58	127,04	1,26	3,27	408,10	266,47	-16,60
1996	1 536,43	1 418,01	118,42	2,11	3,49	396,62	272,14	-7,44
1997	1 565,74	1 444,24	121,50	2,54	2,45	401,69	278,43	-1,67
1998	1 610,14	1 480,71	129,43	2,98	2,28	419,85	285,22	-4,50
1999	1 654,83	1 535,30	119,53	2,82	2,95	427,03	291,39	-16,24
2000	1 698,84	1 578,15	120,69	18,79	3,45	444,01	302,34	-5,64
2001	1 723,69	1 625,67	98,02	2,15	2,94	406,94	312,07	+ 2,36
1999 1. Vj	390,10	364,63	25,47	0,71	0,49	104,95	72,12	-7,14
2. Vj	411,50	376,98	34,52	0,48	0,52	106,12	72,74	+ 1,10
3. Vj	419,49	381,84	37,65	0,21	1,06	119,01	72,96	-9,25
4. Vj	433,74	411,85	21,89	1,42	0,88	96,95	73,57	-0,95
2000 1. Vj	410,78	375,83	34,95	0,71	0,53	111,49	74,36	-2,00
2. Vj	422,29	390,41	31,88	0,59	0,91	110,52	75,48	-3,48
3. Vj	426,41	392,58	33,83	17,25	1,37	122,25	75,88	+ 3,34
4. Vj	439,36	419,33	20,03	0,24	0,64	99,75	76,62	-3,50
2001 1. Vj	417,06	388,44	28,62	1,13	0,57	107,29	76,97	-1,14
2. Vj	428,16	403,72	24,44	0,50	1,08	103,58	77,94	-1,78
3. Vj	431,16	403,11	28,05	0,20	0,62	110,43	78,49	-4,31
4. Vj	447,31	430,40	16,91	0,32	0,67	85,64	78,67	+ 9,59
2002 1. Vj	416,54	392,49	24,05	0,67	0,51	95,56	79,50	+ 8,15
2. Vj	437,43	406,26	31,17	0,44	0,51	99,00	79,96	+ 12,06

1) Rechenstand 8/2002.

Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik

Bericht des Statistischen Beirats an die Bundesregierung

Der Statistische Beirat – das durch § 4 Bundesstatistikgesetz berufene Gremium der Nutzer, Befragten und Produzenten der Bundesstatistik – möchte durch seine Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik dazu beitragen, die amtliche Statistik als Teil der öffentlichen Infrastruktur den veränderten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technologischen Anforderungen und Bedingungen anzupassen. In seinem Bericht an die Bundesregierung evaluiert der Statistische Beirat den Stand der Umsetzung seiner Empfehlungen aus dem Jahr 1999 und legt Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik in der 15. Legislaturperiode vor.

Die Evaluation der Umsetzung der 38 Empfehlungen aus dem Jahr 1999 ergibt, dass im Sommer 2002 19 Empfehlungen vollständig umgesetzt sind.¹⁾ Zu den wichtigsten Empfehlungen des Statistischen Beirats, die umgesetzt werden konnten, gehören die Einführung einer Dienstleistungsstatistik mit Auskunftspflicht und die Verabschiedung des Gesetzes über die Energiestatistiken. Bei weiteren für die Weiterentwicklung der amtlichen Statistik bedeutsamen Empfehlungen wurden wichtige Teilergebnisse erzielt. So ermöglicht das Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus den Test eines modernen Zensusverfahrens, das belastungsärmer und wesentlich kostengünstiger als eine herkömmliche Volkszählung sein soll.

Für die 15. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags legt der Statistische Beirat der Bundesregierung 55 Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Bundesstatistik vor.

Erhebung, Aufbereitung, Veröffentlichung und Analyse von Daten lassen sich durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien verbessern. Zu einem der dringendsten Ziele der amtlichen Statistik, der Erhöhung der Aktualität, werden Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen die Ergebnisbereitstellung beschleunigt werden kann. Das Leistungsspektrum der amtlichen Statistik soll durch das Angebot von anonymisierten Einzeldaten systematisch erweitert werden.

Der Bericht des Statistischen Beirats ist am 31. Juli 2002 von einer Delegation des Statistischen Beirats, die sich aus dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes (Johann Hahlen) und je einem Vertreter oder einer Vertreterin der Wirtschaft (Solveigh Gross), der Gewerkschaften (Martin Stuber), der Wissenschaft (Prof. Dr. Gert G. Wagner), der Kommunen (Bernd Röll) und der Statistischen Landesämter (Eckhart Hohmann) zusammensetzte, der Bundesregierung übergeben worden. Der Statistische Beirat wird zum Ende der 15. Legislaturperiode der Bundesregierung über die Fortschritte bei der Weiterentwicklung der amtlichen Statistik berichten. Um den Bericht einem breiteren Fachpublikum bekannt zu machen, wird er hier nochmals veröffentlicht.

1 Amtliche Statistik und Statistischer Beirat

Bessere Information, stärkere Mitsprache, mehr Demokratie – die Menschen in unserer Informationsgesellschaft stel-

1) Da im Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz) vom 20. Juni 2002 (BGBl. I S. 1946) die Einstellung der Erhebung über die Empfänger von Zuschüssen in der Asylbewerberleistungsstatistik angeordnet wurde, sind mittlerweile 20 Empfehlungen umgesetzt.

len Forderungen, die weit über die Nutzung der technischen Möglichkeiten von „Multimedia“ und „Datenautobahnen“ hinausgehen. Als Bürgerinnen und Bürger eines demokratischen Staates können sie mit Recht einen verlässlichen, objektiven, neutralen, wissenschaftlich fundierten und für jeden zugänglichen Informationsservice erwarten.

Die Ergebnisse der amtlichen Statistik nutzen der gesamten Gesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland können sich mit Hilfe der Ergebnisse der Bundesstatistik ein Urteil bilden. Statistische Daten dienen der Gesellschaft als Diskussions-, Entscheidungs- und Evaluierungsgrundlage. Das Datenangebot der 17 Statistischen Ämter des Bundes und der Länder hilft, teure Fehlentscheidungen zu vermeiden. Amtliche Statistik nutzt allen, sie gehört zur *Infrastruktur unserer Demokratie*.

Um ihrer Aufgabe gerecht zu werden, muss die amtliche Statistik kontinuierlich an gesellschaftliche, wirtschaftliche und wissenschaftliche Veränderungen angepasst werden. Oberste Maxime muss sowohl beim Erhebungsprogramm als auch bei der Qualität und Veröffentlichung der Informationen die Orientierung an den Bedürfnissen der Nutzer und an den Grundsätzen der Neutralität, der Objektivität und der wissenschaftlichen Unabhängigkeit sein. Zugleich muss die amtliche Statistik der Forderung nach Effizienz und möglichst geringer Belastung der Befragten genügen.

Der *Statistische Beirat* – das durch § 4 Bundesstatistikgesetz zur Beratung des Statistischen Bundesamtes berufene Gremium der Nutzer, Befragten und Produzenten der Bundesstatistik – fördert aktiv die Weiterentwicklung der amtlichen Statistik. Bei der Meinungsbildung im Statistischen Beirat sind die Vertreter der Wirtschaftsverbände, der Tarifparteien, der Wissenschaft und der Kommunen stimmberechtigt; die Bundesressorts und die Statistischen Ämter von Bund und Ländern sowie die Deutsche Statistische Gesellschaft haben nur beratende Stimme. Durch die Diskussionen im Statistischen Beirat fließen Wissen und Erfahrungen externer Sachverständiger in die Entwicklung der amtlichen Statistik ein. Sowohl Nutzer und Befragte als auch Produzenten der amtlichen Statistik haben an den Vorschlägen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik mitgewirkt.

2 Aktuelle Ziele und Rahmenbedingungen der amtlichen Statistik

Ein *Vergleich mit dem Statistiksystem der USA* zeigt, dass es im Europäischen Statistischen System (ESS) derzeit in bestimmten Bereichen Nachholbedarf gibt. Die Schwächen des ESS – und dies gilt auch für die Bundesstatistik – liegen dabei nicht nur in der geringeren Aktualität von Ergebnissen und geringeren Ressourcen, sondern auch in den größeren Schwierigkeiten beim Zugang zu Mikrodaten und beim Verknüpfen von Datenbanken. Die Abwägung der unterschiedlichen Komponenten der „Datenqualität“, die Suche nach einem geeigneten Zusammenspiel von Verwaltungsdaten, Total- und Stichprobenerhebungen, die Reduzierung der

Belastung der Befragten und die Zusammenarbeit von amtlicher Statistik und Wissenschaft gehören deshalb zu den grundlegenden Fragen der Weiterentwicklung der amtlichen Statistik auch in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei sollte die Stärke des ESS, die Bereitstellung von Daten auch auf kleinräumlicher Ebene, nicht verloren gehen.

Die *EU-Kommission* möchte den Standort der Europäischen Union (EU) im Vergleich zu den USA und Japan sowie die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verfassung der EU mit regelmäßigen Syntheseberichten verfolgen. Diese erfordern sowohl mehr als auch bessere statistische Informationen. Die Fortentwicklung und Erweiterung der Wirtschafts- und Währungsunion verlangen verlässliche und aktuelle statistische Daten: Deshalb hat der ECOFIN-Rat im September 2000 einen Aktionsplan zu den Statistikanforderungen der Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen. Der Europäische Rat von Barcelona hat sich im März 2002 für eine Verbesserung und Harmonisierung der Methoden für die Erstellung von Statistiken und die Aufstellung von Indikatoren im Euro-Raum ausgesprochen und zum Frühjahr 2003 einen umfassenden Bericht erbeten.

Deutschland wird – wie bisher – bei jeder neuen europäischen Informationsanforderung kritisch deren Erfordernis und Kostenwirksamkeit prüfen und sie auch unter dem Aspekt der Befragungslasten beurteilen. Jedoch können die von den europäischen Gremien beschlossenen zusätzlichen Aufgaben im Allgemeinen ohne eine angemessene Aufstockung der finanziellen und personellen *Ressourcen* bei den Statistischen Ämtern von Bund und Ländern in Deutschland nicht in der erforderlichen Zeitnähe bewältigt werden.

Soweit das statistische Programm in Deutschland durch *verpflichtende Informationsanforderungen* von europäischer Seite bestimmt wird – und das ist inzwischen zu einem großen Teil der Fall –, ist das in Deutschland seit Mitte der 1990er-Jahre praktizierte so genannte „Omnibusprinzip“, das heißt eine neue Statistik wird nur dann ins nationale Programm aufgenommen, wenn eine andere Statistik aus dem Programm herausgenommen wird, kaum mehr vollziehbar. Dieses Prinzip darf nicht zu einer „Erstarrung“ des Informationsangebots der amtlichen Statistik führen. Die Statistik muss auf europäischer und nationaler Ebene die wesentlichen Entwicklungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft begleiten, um den strukturellen Wandel zeitnah abzubilden. Den statistischen Ämtern sollten deshalb sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene die Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, die sie zur Erfüllung der neuen Anforderungen benötigen.

Da sich der Wandel der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen immer schneller vollzieht, haben auch die Anforderungen an die *Flexibilität des statistischen Programms* in den letzten Jahren zugenommen. Verglichen mit anderen modernen Volkswirtschaften sind die Rahmenbedingungen für eine flexible Anpassung des statistischen Programms in Deutschland zu starr. Amtliche Statistiken müssen in Deutschland – im Gegensatz zu sehr vielen anderen Staaten – grundsätzlich durch förmliches Gesetz angeordnet werden. Da Programmanpassungen den Gesetzgebungsprozess durchlaufen müssen, gestalten sie sich

relativ zeitraubend. Der Statistische Beirat empfiehlt, die amtliche Statistik durch geeignete Änderungen des institutionellen Rahmens in die Lage zu versetzen, ihr Datenangebot aktuell und zuverlässig an die sich ändernden sozialen und wirtschaftlichen Informationsanforderungen anzupassen.

Der Statistische Beirat begrüßt in diesem Zusammenhang die Initiative der Bundesregierung zur *Änderung des Agrarstatistikgesetzes*. Die im Mai 2002 abgeschlossene Novellierung (BGBl. I S. 1648) enthält neben der Vereinfachung und Straffung bestehender Erhebungen sowie der Anpassung an veränderten Datenbedarf auch Regelungen zur Flexibilisierung des Programms der Agrarstatistik, die beispielhaft für andere Bundesstatistiken sein können: Neue Verordnungsermächtigungen gestatten Entlastungen in den Statistiken ohne zeitliche Befristung, den Austausch von Merkmalen unter Beibehaltung des Erhebungsumfangs für einen Zeitraum von höchstens vier Jahren und die kurzfristige Aufnahme von Merkmalen zur Umsetzung von EG-Rechtsakten. Die Möglichkeit zur Nutzung von Verwaltungsdaten wird auf alle in dem Gesetz angeordneten Agrarstatistiken ausgedehnt. Zusatzaufbereitungen können künftig zentral im Statistischen Bundesamt durchgeführt werden.

3 Empfehlungen aus dem Jahr 1999: Bewertung und Umsetzung

Der Statistische Beirat hatte am 10. August 1999 der Bundesregierung 38 Empfehlungen zur Straffung, Rationalisierung und Weiterentwicklung der amtlichen Statistik vorgelegt. Diese Vorschläge streben neben Effizienzgewinn und Qualitätssteigerung eine Fortentwicklung der amtlichen Statistik an, welche die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen berücksichtigt.

Die Empfehlungen des Statistischen Beirats enthielten:

- 13 Maßnahmen zur rationelleren Gestaltung der statistischen Arbeiten und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen,
- 3 Maßnahmen zur Verbesserung des Leistungsangebots,
- 3 Maßnahmen zur Ergänzung des statistischen Programms,
- 4 Maßnahmen zur Einstellung von Statistiken,
- 5 Maßnahmen zur Einschränkung bestehender Statistiken,
- 8 Prüfaufträge/Neukonzeptionen von Berichtssystemen und
- 2 Sonstige.

Der Statistische Beirat hat die Umsetzung seiner Empfehlungen überprüft (im Einzelnen siehe Anhang 1). Als Ergebnis der Evaluation ist hier festzuhalten:

Im Sommer 2002 sind von den 38 Empfehlungen 19 umgesetzt.²⁾ Die Bearbeitung von 17 Empfehlungen ist noch nicht abgeschlossen. 2 Empfehlungen wurden – aus unterschiedlichen Gründen – nicht umgesetzt.

Übersicht über den Stand der Umsetzung der Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik aus dem Jahr 1999

Art der Maßnahme	Insgesamt	Und zwar:		
		umgesetzt	noch in Bearbeitung	nicht umgesetzt
Rationellere Gestaltung der statistischen Arbeit und Verbesserung der Rahmenbedingungen	13	6	7	0
Verbesserung des Leistungsangebots	3	1	2	0
Durchführung ergänzender Statistiken	3	2	1	0
Einstellung von Statistiken	4	2	1	1
Einschränkung bestehender Statistiken	5	3	2	0
Prüfaufträge/Neukonzeption von Berichtssystemen	8	3	4	1
Sonstige	2	2	0	0
Insgesamt ...	38	19	17	2

Eine der wichtigsten Empfehlungen des Statistischen Beirats, die umgesetzt werden konnte, ist die Einführung einer *Dienstleistungsstatistik* mit Auskunftspflicht. Nachdem am 1. Januar 2001 das Dienstleistungsstatistikgesetz in Kraft trat, wurden im Sommer 2001 zum ersten Mal wichtige Strukturdaten für den Berichtszeitraum 2000 bei Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit im Dienstleistungsbereich mit einer Flächenstichprobe erfragt. Von mehr als 72 000 Unternehmen und Einrichtungen wurden verwertbare Daten erhoben. Erste Ergebnisse werden Mitte des Jahres 2002 erwartet.³⁾ Somit wird eine gesamtwirtschaftlich bedeutende Datenlücke bei modernen Dienstleistungsbereichen wie Nachrichtenübermittlung, Forschung und Entwicklung, Datenverarbeitung und Datenbanken geschlossen.

Entsprechend der Empfehlung des Statistischen Beirats trat am 29. November 1999 die *Pflegestatistik-Verordnung* in Kraft und wird seit Dezember 1999 regelmäßig durchgeführt.

Um die unterjährige Entwicklung der Erwerbstätigkeit auf der Basis gesicherter Daten zu analysieren und auf EU-Ebene vergleichbare, unterjährige Ergebnisse zu erhalten, empfahl der Statistische Beirat 1999 das Konzept einer *unterjährigen Durchführung des Mikrozensus* zu prüfen. Nach umfangreichen Voruntersuchungen und einer Organisationsuntersuchung liegt jetzt ein Konzept zur Einführung eines unterjährigen Mikrozensus vor. Ab dem Jahr 2005 könnte das neue Erhebungskonzept im Mikrozensus – wenn der Gesetzgeber zustimmt – unterjährige Ergebnisse liefern.

Um die energiewirtschaftliche Entwicklung insbesondere im Hinblick auf den Europäischen Binnenmarkt beobach-

²⁾ Siehe Fußnote 1.

³⁾ Erste Ergebnisse wurden am 26. August 2002 veröffentlicht.

ten und die nationalen und internationalen Ziele bei der nachhaltigen Gestaltung der Energieversorgung überprüfen zu können, werden die *Energiestatistiken* neu gestaltet. Hierzu werden die verschiedenen Einzelstatistiken mit Energiebezug im Gesetz über Energiestatistik [BGBl. I (2002) S. 2867] zusammengefasst und entsprechend den veränderten Informationsbedürfnissen angepasst und ergänzt. Mit Kosteneinsparungen aufgrund der im Bereich des produzierenden Gewerbes deutlich reduzierten Erhebungen werden die dringend notwendigen, zusätzlichen Erhebungen in energiepolitisch wichtigen Bereichen, wie erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung, finanziert.

Eine ganze Reihe für die Weiterentwicklung der amtlichen Statistik bedeutsamer Empfehlungen konnte zwar noch nicht abgeschlossen werden, jedoch wurden wichtige Teilergebnisse erreicht:

Mit dem Gesetz zur Vorbereitung eines *registergestützten Zensus*, das am 3. August 2001 in Kraft trat, wird der Test eines modernen Zensusverfahrens ermöglicht, das belastungsärmer und wesentlich kostengünstiger als eine herkömmliche Volkszählung sein soll. Durch die Nutzung vorhandener Daten aus Verwaltungsregistern und -dateien kann weitgehend auf eine Befragung der Bürgerinnen und Bürger verzichtet werden. Der angestrebte Methodenwechsel, mit dem die amtliche Statistik in Deutschland Neuland betreten würde, bedarf umfangreicher Testuntersuchungen, die zum Stichtag 5. Dezember 2001 begannen. Für diese Testphase sind zunächst auch Befragungen erforderlich, die bei einem späteren registergestützten Zensus weitestgehend entfallen. Ziel der Testerhebungen ist, die Aussagekraft der Melderegister und anderer Register (der Bundesanstalt für Arbeit) zu prüfen. Des Weiteren werden die bei einem registergestützten Zensus vorgesehenen statistischen Verfahren, insbesondere zur Generierung von Haushalten aus den vorhandenen Informationen und zur Zusammenführung der Daten, erprobt. Erste Ergebnisse der Testuntersuchungen sind im Jahr 2003 zu erwarten. Auf der Grundlage der Testergebnisse wird die amtliche Statistik dem Gesetzgeber Empfehlungen zur Durchführung eines künftigen Zensus in Deutschland vorlegen.

Zur Einführung einer *bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer* für Unternehmen, Betriebe und sonstige wirtschaftlich Tätige wurde mit dem Gesetz zur Vorbereitung einer bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer [BGBl. I (2002) S. 1644] ein erstes Etappenziel erreicht. Die bundeseinheitliche Wirtschaftsnummer soll im Verkehr mit Behörden, der amtlichen Statistik und anderen öffentlichen Stellen zur Bezeichnung und Identifizierung des wirtschaftlich Tätigen verwendet werden und die bestehende Nummernvielfalt ersetzen. Mit der Nummer soll ein Datensatz geschaffen werden, der die Grunddaten eines wirtschaftlich Tätigen enthält und regelmäßig aktualisiert wird. Ob die Unternehmen durch die Einführung der bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer in großem Umfang von Meldungen und damit von bürokratischen Hemmnissen entlastet und damit die für die amtliche Statistik erwarteten Vorteile erreicht werden können, hängt von der Konzeption zur Vergabe und Führung dieser Nummer ab. Die Bundesanstalt für Arbeit, als zentrale Vergabe- und Speicherstelle, wird die bundeseinheitliche

Wirtschaftsnummer in Teilen Bayerns (Regensburg und Neu- markt) erproben. Das endgültige Gesetz soll zum 1. Januar 2005 in Kraft treten.

Das *System der Lohnstatistik* ist gemäß der Empfehlung des Statistischen Beirats in Abstimmung mit den Produzenten und Nutzern der Statistik umfassend geprüft worden. Zu den wichtigsten Verbesserungsvorschlägen gehören die Erfassung der Verdienste in modernen unternehmensbezogenen Dienstleistungsbereichen in der laufenden Verdienstatistik, die Integration der Verdiensterhebung für das Handwerk in die allgemeine Verdiensterhebung sowie der Nachweis von Jahresverdiensten für Berufe, die aus dem Jahreszeitraummaterial der Beschäftigtenstatistik entnommen werden und die Jahresdaten der Verdienstatistik ergänzen sollen. Der Statistische Beirat empfiehlt, diese Vorschläge zügig umzusetzen.

Aufgrund der Empfehlung des Statistischen Beirats liegt ein Bericht zur *„Fortentwicklung der Erwerbstätigenstatistiken“* vor, welcher Maßnahmen zum Erhebungsprogramm, zum Auswertungs- und Veröffentlichungsprogramm und zum Zugang zu den erwerbsstatistischen Quellen empfiehlt. Insbesondere werden eine inhaltliche Neukonzeption des Mikrozensus, die Flexibilisierung des erwerbsstatistischen Erhebungsprogramms durch den Einsatz kleiner Stichproben sowie die Verbesserung der Aktualität der monatlichen Erwerbstätigenrechnung angestrebt. Entsprechend den Empfehlungen des Statistischen Beirats sollen die vorgeschlagenen Maßnahmen realisiert werden.

Da der EGKS-Vertrag am 23. Juli 2002 ausgelaufen ist, kann ab 2003 der Erhebungsumfang der speziellen *Eisen- und Stahlstatistiken* reduziert werden. Eine EU-Verordnung wird jährliche Stahlstatistiken sowie monatliche Erhebungen auf der Basis der Ratsverordnung PRODCOM vorsehen. Die Umsetzung in nationales Recht im Rahmen einer Neuordnung des Rohstoffstatistikgesetzes ist in Vorbereitung.

Die Empfehlung des Statistischen Beirats, *kostengünstig anonymisierte Mikrodaten für die Wissenschaft* bereitzustellen, wurde von der Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik in ihrem Gutachten aufgegriffen. Die zum 1. Oktober 2001 beim Statistischen Bundesamt und zum 1. April 2002 bei den Statistischen Landesämtern eingerichteten Forschungsdatenzentren treten gegenüber der Wissenschaft koordiniert auf. Zu ihren Aufgaben gehört die Klärung von Grundsatzfragen des Datenzugangs, die Entwicklung von weiteren Scientific und auch Public Use Files sowie die Durchführung von Gastaufenthalten zu Forschungszwecken in den statistischen Ämtern. Der Aufbau einer Infrastruktur zur kontrollierten Datenfernverarbeitung soll durch die Einrichtung eines Datennetzes zwischen den statistischen Ämtern und eines zu diesen Daten gehörenden Metadaten-systems vorangetrieben werden.

Erhebliche Probleme bereitet die Umsetzung der Empfehlungen zur Nutzung von Verwaltungsregistern durch die amtliche Statistik. Mit dem Aufbau des Unternehmensregistersystems, den Arbeiten an einem Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Nutzung von Verwaltungsdaten

für Zwecke der Wirtschaftsstatistik und dem Gesetz zur Vorbereitung einer bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer zeichnen sich hier jedoch Fortschritte ab. Die damit verfolgte Ablösung von Primärerhebungen durch Nutzung von Verwaltungsdaten wird letztlich von der Qualität der so erstellbaren Statistiken abhängen.

4 Empfehlungen zur Weiterentwicklung in der 15. Legislaturperiode

Für die 15. Legislaturperiode legt der Statistische Beirat der Bundesregierung wiederum Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Bundesstatistik vor. Der Statistische Beirat hat insgesamt 76 Maßnahmen erörtert. Als Ergebnis seiner Überprüfung empfiehlt er die in Anhang 2 aufgeführten 55 Maßnahmen. Hierin enthalten sind 16 Empfehlungen aus dem Jahr 1999, deren Umsetzung noch nicht abgeschlossen ist, und die aus Sicht des Statistischen Beirats in der kommenden Legislaturperiode zügig weiterverfolgt werden sollten.

Die Empfehlungen des Statistischen Beirats setzen sich zusammen aus:

- 16 Maßnahmen zur rationelleren Gestaltung der statistischen Arbeiten und zur Verbesserung der Rahmenbedingungen,
- 15 Maßnahmen zur Verbesserung des Leistungsangebots,
- 6 Maßnahmen zur Ergänzung des statistischen Programms,
- 1 Maßnahme zur Einschränkung bestehender Statistiken und
- 17 Prüfaufträgen/Neukonzeptionen von Berichtssystemen.

Anders als im Jahr 1999 wird keine neue Einschränkung des statistischen Programms vorgeschlagen. Die Möglichkeiten zur Bereinigung des nationalen statistischen Programms sind derzeit – will man nicht substanzielle Informationsverluste hinnehmen – nach Ansicht des Statistischen Beirats praktisch ausgeschöpft. Gleichwohl werden Empfehlungen vorgelegt, um zum Beispiel durch die verstärkte Nutzung von Verwaltungsdaten die Belastung der Unternehmen sowie der Bürgerinnen und Bürger durch die amtliche Statistik zu reduzieren.

Der Statistische Beirat wird sich auch in Zukunft der Aufgabe stellen, in regelmäßigen Abständen das statistische Programm zu überprüfen und zu bereinigen. So wird der Statistische Beirat neue Anforderungen der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank zu den Konjunkturstatistiken in Hinblick auf ihre Erforderlichkeit, den innerstaatlich damit verbundenen Mehraufwand und die zusätzliche Belastung der Befragten prüfen und Umsetzungsempfehlungen erarbeiten.

Zahlreiche Empfehlungen dienen der Verbesserung des Leistungsangebots. Der Statistische Beirat unterstützt den Strategiewechsel der amtlichen Statistik hin zu mehr *Nutzerorientierung*. In der Vergangenheit wurde das statistische

Programm weitgehend von der Inputseite her definiert, indem einzelstatistische Gesetze Erhebungen im Detail regelten. Da für die Nutzer der amtlichen Statistik weniger die Erhebungen als deren Ergebnisse von Interesse sind, muss sich die amtliche Statistik mit ihren strategischen Planungen stärker an ihren Produkten und Dienstleistungen ausrichten. Die Empfehlungen des Statistischen Beirats sollen dazu beitragen, das Aufgabenprogramm konsequent vom Informationsbedarf her neu zu strukturieren.

Eines der dringendsten Ziele bei der Verbesserung des Leistungsangebots ist die Erhöhung der *Aktualität* der amtlichen Statistik, die vor allem von der Europäischen Union, u. a. im Aktionsplan des ECOFIN-Rates, nachdrücklich gefordert wird. Durch Optimierung der vorhandenen Methoden lassen sich weitere Verbesserungen der Aktualität erzielen.

So ist zu prüfen, bei welchen weiteren Statistiken Vorabergebnisse für Deutschland auf der Basis der Ergebnisse einzelner Bundesländer veröffentlicht werden können. Bei den Verbraucherpreisindizes wird dies bereits erfolgreich praktiziert, in der Einzelhandelsstatistik ist das vorgesehen. Um genauso aktuelle Ergebnisse wie in den USA veröffentlichen zu können, sollen Schnellstatistiken und geeignete mathematisch-statistische Schätzverfahren in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft entwickelt werden. Dabei darf der Anspruch an die Zuverlässigkeit solcher Frühinformation nicht außer Betracht bleiben.

Das Leistungsspektrum der amtlichen Statistik sollte auch durch das *Angebot von anonymisierten Einzeldaten* erweitert werden, weil dadurch Flexibilität und Aussagekraft statistischer Daten erhöht werden können. Diesem Ziel dienen sowohl der Ausbau der faktisch anonymisierten Einzeldaten in den Haushalts- und Personenstatistiken als auch die Weiterführung der Untersuchungen zur faktischen Anonymisierung von Unternehmens- und Betriebsdaten. Außerdem sollen Public Use Microdata Files für Haushalts- und Personenstatistiken entwickelt werden. Das sind so weitgehend anonymisierte Einzeldatensätze, dass ihre Weitergabe nicht an das Wissenschaftsprivileg gebunden ist und sie daher als Standardprodukt allen Interessierten angeboten werden können. Diese Arbeiten werden durch die neu eingerichteten Forschungsdatenzentren beim Statistischen Bundesamt und bei den Statistischen Landesämtern durchgeführt.

Die Strukturreform des Gesundheitswesens erfordert statistische Informationen. Daher soll das Leistungsangebot der *Gesundheitsstatistik* ausgebaut werden. Der Statistische Beirat empfiehlt, die Gesundheitsausgabenrechnung um eine Finanzierungsrechnung zu erweitern, eine kontinuierliche Gesundheitspersonalrechnung einzuführen und das Konzept einer diagnosebezogenen Krankheitskostenrechnung fortzuführen.

Die Nutzung des Internets eröffnet der amtlichen Statistik neue Möglichkeiten, um sowohl ihr Leistungsangebot als auch die Effizienz der statistischen Arbeiten zu verbessern. Erhebung, Aufbereitung, Veröffentlichung und Analyse von Daten als Kernprozesse der amtlichen Statistik lassen sich durch weiteren Einsatz moderner Informations- und Kom-

munikationstechnologien verbessern. Um die Belastung der Befragten zu reduzieren, Kosten zu sparen und die Fehleranfälligkeit der Meldungen zu verringern, empfiehlt der Statistische Beirat den verstärkten Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologie bei der Datenerhebung. Auch das statistische Informationsangebot soll durch die Veröffentlichung über das Internet aktueller, nutzerfreundlicher und kostengünstiger gestaltet werden.

Über die eigentliche Durchdringung aller Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens durch die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sollte die amtliche Statistik Auskunft geben können. Deshalb empfiehlt der Statistische Beirat den systematischen Aufbau von *Statistiken über die Informationsgesellschaft*. Dafür sollen Konzepte zur Abgrenzung des IKT-Wirtschaftsbereichs und zur Messung des gesamtwirtschaftlichen Beitrags des IKT-Sektors entwickelt werden. Die Aufwendungen für bzw. die Ausstattung mit modernen IK-Technologien in Wirtschaft und Gesellschaft und deren Nutzung sind statistisch nachzuweisen. Auch für die Biotechnologie als wichtiger Querschnittstechnologie ist ein Konzept zu ihrem statistischen Nachweis zu entwickeln und umzusetzen. Um der Verpflichtung aller EU-Mitgliedstaaten, die Gleichstellung von Frauen und Männern zu einer Querschnittsaufgabe der Politik zu machen (Gender Mainstreaming), zu genügen, soll geprüft werden, ob in diesem Bereich noch Informationslücken bestehen.

Die *Nutzung von Verwaltungsdaten* wird in Zukunft für die amtliche Statistik an Bedeutung gewinnen. Neben die Empfehlungen für die 14. Legislaturperiode tritt nun der Vorschlag, die Möglichkeit einer gesetzlichen Regelung zu prüfen, welche die Datenverknüpfung für rein statistische Zwecke erlaubt, ohne dass im Einzelfall alle Befragten ausdrücklich zustimmen. Auch der Einsatz registergestützter Schätzverfahren ist, wie die Erfahrungen in anderen Staaten zeigen, ein wirkungsvolles Verfahren zur Verbesserung der Ergebnisgenauigkeit (small area estimation), zur Entlastung der Befragten und zur Kostensenkung. In diesem Zusammenhang wird die verstärkte Nutzung von Verwaltungsdaten für die Zwecke kurzfristiger Wirtschaftsstatistiken angestrebt. Geprüft werden soll u. a., ob die Handwerksberichterstattung auf eine Sekundärerhebung auf Basis unterjähriger Verwaltungsdaten umgestellt werden kann.

Um die *Belastung der Befragten* auf das unbedingt erforderliche Ausmaß zu begrenzen und so gerecht wie möglich zu verteilen, empfiehlt der Statistische Beirat zu prüfen, wie das kumulierte Einbeziehen von kleinen Unternehmen in Stichprobenerhebungen vermieden werden kann.

Die Weiterentwicklung und Harmonisierung der *Wirtschaftsrechnungen* ist – vor dem Hintergrund europäischer Anforderungen – weiterzuerfolgen. Dafür muss die amtliche Statistik ein methodisches Konzept erarbeiten, das den zusätzlichen Datenbedarf erfüllt, ohne die Bedarfsdeckung für die Verbraucherpreisstatistik zu beeinträchtigen. Neue Nutzeranforderungen ergeben sich vor allem aufgrund der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung und des europäischen Datenbedarfs im Rahmen der Gemeinschaftsstatistiken zu Einkommen und Lebensbedin-

gungen (EU-SILC). Angesichts der großen methodischen Herausforderungen arbeitet die amtliche Statistik in diesem Feld – ebenso wie im Feld der Erwerbstätigenstatistik – besonders eng mit der Wissenschaft zusammen.

5 Empfehlung an die Bundesregierung

Der Statistische Beirat möchte durch seine Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik in der 15. Wahlperiode dazu beitragen, die *amtliche Statistik als Teil der öffentlichen Infrastruktur weiter zu modernisieren*. Er empfiehlt der Bundesregierung, diese gemeinsamen Vorschläge von Nutzern und Produzenten der amtlichen Statistik aufzugreifen und deren Umsetzung zu fördern.

Der Statistische Beirat wird zum Ende der 15. Legislaturperiode der Bundesregierung über die Fortschritte bei der Weiterentwicklung der amtlichen Statistik berichten. [u](#)

Anhang 1

Evaluation der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Jahr 1999

Umgesetzte Empfehlungen

- Abgleich der Betriebe, die zur vierteljährlichen Handwerksberichterstattung und zu anderen Statistiken melden
- Angleichung der Durchführungsregelungen für die statistische Geheimhaltung
- Anpassung der rechtlichen Bestimmungen zur Verdiensterhebung im Handwerk an die geltende Handwerksordnung
- Berücksichtigung der Belange der Statistik beim Einsatz von Software bei der Unfallaufnahme in der Straßenverkehrsunfallstatistik
- Bessere Nutzung des behördlichen Überwachungs- und Nachweisverfahrens in der Umweltstatistik
- Einführung einer Dienstleistungsstatistik
- Einstellung der Statistik der Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau
- Einstellung des Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes
- Fortsetzung der Ost-West-Aufteilung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, soweit dies aufgrund der Datenbasis noch möglich ist
- Intensivere Zusammenarbeit von Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Statistik
- Neuordnung der Energiestatistik

- Prüfung anhand der Erfahrungen der jüngsten Anhebung der Assimilationsschwellen in der Intrahandelsstatistik, ob eine weitere Anhebung möglich ist
- Prüfung des Konzepts einer unterjährigen Erhebung des Mikrozensus
- Teilweiser Verzicht auf Erhebungen im Bäcker- und Metzgerhandwerk
- Überarbeitung der Regelung zur Statistik der Schwangerschaftsabbrüche
- Verabschiedung der Pflegestatistik-Verordnung
- Verlängerung der Periodizität beim Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Unternehmenserhebung) auf jährlich
- Verzicht auf Erhebungen zur Umsetzung der produktbezogenen Regelungen im Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
- Verzicht auf schwierige Differenzierungen bei den Statistiken im Baugewerbe

Empfehlungen, die noch bearbeitet werden

- Bereitstellung kostengünstiger anonymisierter Mikrodaten für die Wissenschaft
- Berücksichtigung statistischer Belange bei der Ausgestaltung von Verwaltungsregistern
- Beteiligung an der Zensusrunde zu Beginn dieses Jahrhunderts mit einer registergestützten Volkszählung
- Einführung eines einheitlichen Unternehmenskennzeichens
- Einheitlichere Gestaltung des Internet-Angebots der statistischen Ämter
- Einstellung der Erhebung über die Empfänger von Zuschüssen in der Asylbewerberleistungsstatistik
- Fortentwicklung der Erwerbstätigenstatistiken
- Langfristiger Übergang auf das Einstromsystem in der Intrahandelsstatistik
- Prüfung, ob die Tiefengliederung der Kombinierten Nomenklatur reduziert werden kann
- Revision des Systems der Lohnstatistiken
- Schaffung eines allgemeinen Zugangsrechts zu bereits vorhandenen Verwaltungsdaten
- Spürbare Reduzierung der speziellen Eisen- und Stahlstatistiken
- Stärkere Standardisierung der Erhebungsverfahren, insbesondere der Erhebungsbogen
- Verbesserung der maschinellen Geheimhaltungsverfahren

- Verlängerung der Periodizität der Ergebnisveröffentlichung bei der Statistik der Baufertigstellungen von monatlich auf jährlich
- Verstärkter Einsatz moderner Erhebungsinstrumente
- Verzicht auf eine wiederkehrende Abfrage von Strukturdaten im Baugewerbe, wenn die Daten dem Register entnommen werden können

Empfehlungen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht umgesetzt werden

- Einstellung der Statistik der Holzbearbeitung
- Weiterentwicklung der Beherbergungsstatistik, insbesondere mit Blick auf eine stärkere Nutzung von Daten der Fremdenverkehrsbehörden

Anhang 2

Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Statistischen Programms in der 15. Legislaturperiode

Rationellere Gestaltung der statistischen Arbeit und Verbesserung der Rahmenbedingungen

- Aufbau und intensive Nutzung des Unternehmensregisters
- Berücksichtigung statistischer Belange bei der Ausgestaltung von Verwaltungsregistern
- Datenveröffentlichung mit Hilfe moderner Techniken
- Effiziente Ergebnisveröffentlichung bei der Statistik der Baufertigstellungen
- Einführung eines einheitlichen Unternehmenskennzeichens
- Einstromverfahren in der Intrahandelsstatistik
- Flexible und schnelle Anpassung der Systematiken an die Realitäten
- Geheimhaltungsverfahren in Tabellen
- Gesetzliche Regelung eines Forschungsdatengeheimnisses
- Gesetzliche Regelung zur Nutzung des Unternehmensregisters durch die Kommunalstatistik
- Online-Datenerhebung
- Prüfung, ob eine gesetzliche Regelung zur exakten Datenverknüpfung für rein statistische Zwecke – ohne ausdrückliche Zustimmung aller einzelnen Befragten – möglich ist

- Schaffung eines allgemeinen Zugangsrechts zu bereits vorhandenen Verwaltungsdaten
- Vereinheitlichung der Erhebungsverfahren der Statistischen Landesämter
- Verstärkte Nutzung von Verwaltungsdateien für kurzfristige Wirtschaftsstatistiken
- Verstärkung der Forschungstätigkeit (mit Einbeziehung der Wissenschaft) zur Entwicklung registergestützter Schätzverfahren

Verbesserung des Leistungsangebots

- Ausbau der Scientific Use Microdata Files in den Haushalts- und Personenstatistiken
- Einführung einer kontinuierlichen Gesundheitspersonalrechnung
- Einrichtung von Forschungsdatenzentren beim Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern
- Entwicklung von Public Use Microdata Files in den Haushalts- und Personenstatistiken
- Erfassung der Unternehmensdemographie
- Erstattung der Kosten für Anonymisierung
- Erweiterung der Gesundheitsausgabenrechnung um eine Finanzierungsrechnung
- Erweiterung des Datenbestandes von „Statistik regional“
- Hedonische Methoden zur Preismessung
- Reduzierung der Aufbereitungszeit bei der Statistik im Ausbaugewerbe
- Verbesserung der Aktualität statistischer Ergebnisse
- Verbesserung der Datenqualität der Statistik der Einzelhandelsumsätze, möglicherweise durch Revision des Basis- und Hochrechnungskonzepts
- Verbesserung des Konzepts der diagnosebezogenen Krankheitskostenrechnung
- Veröffentlichung vergleichbarer Gemeindedaten
- Weiterführung der Untersuchungen zur faktischen Anonymisierung von Unternehmens- und Betriebsdaten

Durchführung ergänzender Statistiken

- Aktuelle Erfassung der ausgegliederten öffentlichen Einrichtungen
- Durchführung einer Volkszählung
- Erweiterung der Statistik über Einrichtungen der Kindertagesbetreuung und Verkürzung der Periodizität der Erhebung von bisher vierjährlich auf jährlich

- Statistiken über die Informationsgesellschaft
- Statistische Erfassung der Biotechnologie
- Statistische Erfassung des Finanzvermögens der öffentlichen Hand

Einschränkung bestehender Statistiken

- Spürbare Reduzierung der speziellen Eisen- und Stahlstatistiken

Prüfaufträge/Neukonzeptionen von Berichtssystemen

- Entwicklung eines neuen Konzepts bei der Statistik des Bauhauptgewerbes
- Fortentwicklung der Erwerbstätigenstatistiken
- Neukonzeption der Fachserie 12 „Gesundheitswesen“
- Prüfung der Begrenzung der Teilnahme von kleinen Unternehmen an Stichprobenerhebungen
- Prüfung der Ergebnisse der Dienstleistungsstatistik und, falls erforderlich, Verbesserung des Erhebungskonzeptes
- Prüfung der Umstellung der Vierteljährlichen Handwerksberichterstattung
- Prüfung des Aufbaus einer unterjährigen Immobilienpreisstatistik auf der Basis vorhandener Daten
- Prüfung des Ausweises des Handwerks in der Gewerbeanzeigenstatistik
- Prüfung des separaten Ausweises des Handwerks in den amtlichen Statistiken
- Prüfung, ob die Jahreserhebung bei den Mehrbetriebsunternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe durch eine Auswertung des Unternehmensregisters ersetzt werden kann
- Prüfung, ob die Tiefengliederung der Kombinierten Nomenklatur reduziert werden kann
- Prüfung, welche weiteren Strukturdaten im Baugewerbe dem Unternehmensregister entnommen werden können
- Revision des Systems der Lohnstatistiken
- Schließen von Informationslücken in Bezug auf Gender Mainstreaming
- Umstellung der Finanzstatistiken auf die Doppik
- Weiterentwicklung des Mikrozensus
- Weiterentwicklung und Harmonisierung der Wirtschaftsrechnungen

Dipl.-Kaufmann Günter Kopsch

Neue Ideen für die Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems

Der vorliegende Beitrag gibt einen Vortrag wieder, den der Autor während der Konferenz der Leiter der nationalen statistischen Zentralämter am 19. und 20. September 2002 (88. DGINS-Konferenz) in Palermo (Italien) gehalten hat. Diese Konferenz stand unter dem Motto „Die Zukunft des Europäischen Statistischen Systems“ (ESS).

1 Neue Ideen für das bestehende System oder Ideen für ein neues System?

Die deutsche amtliche Statistik begrüßt die Initiative Eurostats, eine intensive Diskussion über die strategische Ausrichtung des Europäischen Statistischen Systems (ESS) zu führen. Angesichts des Aktionsplans der Europäischen Kommission und der massiven Forderungen der Europäischen Zentralbank nach schnelleren und zusätzlichen Informationen über die konjunkturelle Entwicklung in Europa, aber auch der Zielsetzungen verschiedener europäischer Gipfel, deren Erfolgskontrolle quantitative Informationen, wie vor allem die Strukturindikatoren, voraussetzt, sieht sich die europäische amtliche Statistik einem verschärften Druck ausgesetzt, dem sie sich stellen muss. Dazu bedarf es einer klaren strategischen Ausrichtung, die von allen Partnern im ESS gemeinsam entwickelt und partnerschaftlich getragen werden sollte. Ray Freeman hat einmal gesagt: „Die beste Zeit, ein Problem anzupacken, ist die Zeit vor seiner Entstehung“. So schnell sind wir in der Statistik leider nur sel-

ten, aber der jetzige Zeitpunkt ist sicher ein guter, denn es besteht dringender Handlungsbedarf.

Das Thema dieses Vortrags „Neue Ideen für die Weiterentwicklung des ESS“ unterstellt zunächst einmal, dass es überhaupt ein Europäisches Statistisches System gibt. Dies wird gelegentlich bestritten und stattdessen von einer unstrukturierten Kooperation gesprochen. Wenn man allerdings die vielfältigen, bereits bestehenden Strukturen auf dem Gebiet der Statistik betrachtet – angefangen von der bestehenden europäischen Gesetzgebung über die regelmäßigen laufenden Gesetzgebungsverfahren bis zu dem System von Ausschüssen und Arbeitsgruppen mit dem Ausschuss für das Statistische Programm (ASP) an der Spitze und dem umfangreichen Lieferprogramm von den nationalen Ämtern an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, Eurostat – so besteht wohl kein Zweifel, dass es ein ESS gibt und dieses ESS auch sehr aktiv ist und in weiten Teilen gut funktioniert. Insofern gibt es, trotz aller aktuellen Probleme aufgrund der vielfältigen, sprunghaft steigenden Anforderungen an die europäische Statistik, keinen Grund, das ESS völlig neu zu gestalten. Auf dem Gebiet der Statistik besteht bereits eine europäische Zusammenarbeit, die im Vergleich zu vielen anderen Bereichen als besonders intensiv und vertrauensvoll bezeichnet werden darf.

Die Arbeitsteilung und die Prinzipien des ESS wurden, nachdem sie vor einigen Jahren umfassend diskutiert wurden, vom Rat der Europäischen Union beschlossen. Vor allem durch die Verordnung über die Gemeinschaftsstatistiken vom 17. Februar 1997¹⁾ ist ein normativer Rahmen für

1) Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates vom 17. Februar 1997 über die Gemeinschaftsstatistiken (Amtsbl. der EG Nr. L 52, S. 1).

das ESS und die Erstellung von Gemeinschaftsstatistiken geschaffen worden, der die Zusammenarbeit im Rahmen des ESS umfassend regelt. Artikel 285 des EG-Vertrags²⁾ hat der Statistik sogar Verfassungsrang gegeben. An dem fachlich konzentrierten und regional dezentralisierten System sollte, ja vielleicht sogar muss festgehalten werden, denn etwas anderes lässt sich aus der politischen Ordnung in Europa überhaupt nicht ableiten. Die Nationalstaaten spielen nach wie vor eine wichtige, meist sogar dominierende Rolle in den verschiedenen Politikfeldern. Deshalb wird der nationale Datenbedarf unverändert von großer Bedeutung sein und muss von den nationalen statistischen Ämtern befriedigt werden. Auch der regionale Datenbedarf spielt eine große Rolle, jedenfalls in einem föderal aufgebauten Staat wie Deutschland. Für die Durchführung der Gemeinschaftsstatistik bleiben grundsätzlich die einzelstaatlichen Stellen zuständig, so wie die Verordnung (EG) Nr. 322/97 es vorsieht.

Ziel der Weiterentwicklung sollte es deshalb nicht sein, ein grundlegend neues System zu schaffen, sondern das bestehende gute System noch besser zu machen. So hat es auch der Amtsleiter von Statistics Denmark, Jan Plovsing, in seinem Schreiben vom 3. Dezember 2001 an den Generaldirektor von Eurostat, Yves Franchet, zur Strategiediskussion gesagt.

Gefragt sind also neue Ideen, die das bestehende gute System noch besser machen. Besser machen im Hinblick auf welches Ziel? Dies ist die erste Frage, die zunächst noch beantwortet werden muss. In Deutschland haben wir unseren strategischen Zielen für die Jahre bis 2005 die Devise vorangestellt, die Kundenorientierung in der Informationsgesellschaft zu stärken und die hohe Produkt- und Dienstleistungsqualität, insbesondere im Hinblick auf Aktualität und Relevanz der Information, weiter zu verbessern. Diese Ausrichtung der Arbeit der amtlichen Statistik lässt sich problemlos auf Europa übertragen. Die zweite Frage ist: Lassen sich überhaupt noch neue Ideen entwickeln, nach den vielen Diskussionen, die wir schon in den vergangenen Jahren bei vielen Anlässen und in vielen Gremien, wie zum Beispiel der Leadership Group (LEG) Qualität, geführt haben? Wirklich neue Ideen zu entwickeln, das sollte ganz offen gesagt werden, dürfte sehr schwer fallen. Dafür gibt es aber eine ganze Reihe von Ideen, die hier und da schon einmal angeklungen sind, die aber bislang keineswegs konsequent umgesetzt wurden, sodass es sich lohnt, sie wieder aufzugreifen. Überschneidungen mit anderen Papieren, die im Zuge dieser Diskussion oder in ihrer zeitlichen Nähe entstanden sind, sind unvermeidbar, so zum Beispiel mit dem Strategiepapier von Yves Franchet vom 19. Oktober 2001, dem Papier des Amtsleiters des britischen Office for National Statistics (ONS), Len Cook, aus diesem Jahr und den Überlegungen der Nordischen Strategieguppe vom November 2001. Wertvolle Anregungen zur Weiterentwicklung des ESS enthalten auch die beiden von Eurostat dem ASP im März 2002 vorgelegten Studien "Mid-Term Evaluation of the Community Statistical Programme 1998 – 2002" und "Partner's Satisfaction Survey".

2 Setzen von Prioritäten

Der Bedarf nach statistischen Informationen ist im Prinzip unendlich, die verfügbaren Ressourcen aber keineswegs. Es ist deshalb erforderlich, im Rahmen einer Programmplanung Prioritäten zu setzen und eine Auswahl vorzunehmen. Die Aktivitäten statistischer Ämter sind letztlich immer das Ergebnis einer Auswahl zwischen verschiedenen Alternativen und einer Kalkulation der Kosten, die dafür benötigt werden. Eines der zentralen Probleme besteht darin, dass es nicht möglich ist, die Wahl zwischen konkurrierenden Aktivitäten in einer ausschließlich objektiven Art zu gestalten, dass es also kein Verfahren gibt, um Prioritäten allgemein verbindlich festzulegen. Sehr wohl möglich ist es aber, den Auswahlprozess transparent zu gestalten, alle wichtigen Statistikproduzenten und -nutzer von Anfang an in den Prozess einzubeziehen und die Kriterien offen zu legen, die letztlich zur Entscheidung geführt haben.

Besondere Schwierigkeiten für die Prioritätensetzung im ESS entstehen daraus, dass das gemeinschaftsstatistische Programm letztendlich nicht nur den Bedarf Europas befriedigen sollte, sondern zunehmend auch den Bedarf der Nationalstaaten und – so weit wie möglich – auch den der größeren Regionen. Jedenfalls ist Letzteres in einem föderalen Staat wie Deutschland, in dem die Länder die Hauptarbeit in der Statistikproduktion leisten, unabdingbar. Infolge der enorm gestiegenen europäischen Statistikanforderungen ist kein Mitgliedstaat mehr in der Lage, in einzelnen Gebieten Doppelarbeiten, einerseits für Europa, andererseits für den nationalen Bedarf, zu leisten. Deshalb müssen sich in allen Gebieten, in denen es europäische Anforderungen in größerem Umfang gibt, europäisches und nationale Programme so weit wie möglich angleichen.

Um die Mitgliedstaaten stärker und von Anfang an in den Prozess der Programmplanung und damit der Prioritätensetzung einzubeziehen, ist es erforderlich, sie ganz unmittelbar an allen Diskussionen mit den Generaldirektionen der Kommission und mit anderen europäischen Stellen zu beteiligen. Sie können dort zum einen die nationalen und regionalen Anforderungen mit einbringen und zum anderen den Gesichtspunkt der begrenzten Ressourcen in den nationalen statistischen Ämtern besser vertreten als Eurostat. Im Übrigen würde es dem Prozess die nötige Transparenz verschaffen. Für Eurostat erwachsen im Hinblick auf eine sinnvolle Prioritätensetzung besondere Probleme aus der Art seiner Finanzierung, die zu einem erheblichen Teil projektbezogen durch einzelne Generaldirektionen der Kommission erfolgt. Aufgrund seiner organisatorischen Zuordnung und der Art seiner Finanzierung nimmt Eurostat viel zu wenig seine Funktion wahr, den Statistikbedarf zu filtern und die Ressourcensituation in den Mitgliedstaaten ausreichend zu berücksichtigen. Letzteres ist auch deshalb kaum möglich, weil Eurostat die Kenntnisse über die in den Mitgliedstaaten für eine Statistik entstehenden Kosten fehlen. Dies ist ein entscheidender Mangel für den gesamten Planungsprozess, der dringend behoben werden muss und nur von den einzelstaatlichen Stellen behoben werden kann.

2) Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, u. a. veröffentlicht im Bundesanzeiger, Jg. 53, ausgegeben am 11. Oktober 2001, Nr. 190a.

Jedes neue Mehrjahresprogramm, jedes neue Jahresprogramm darf sich nicht darauf beschränken, eine Vielzahl neuer Wünsche zu formulieren und gleichzeitig alles Bisherige nahezu ohne Einschränkungen zu belassen. Zu jedem Planungsprozess muss vielmehr eine strenge Überprüfung des Vorhandenen gehören. Dies ist nur möglich, wenn wir es wagen, jede Statistik einer Kosten-Nutzen-Analyse zu unterwerfen. Die Notwendigkeit größerer Kostentransparenz auch auf der Ebene der Mitgliedstaaten wurde weiter oben schon erwähnt. Die Schätzung des Nutzens ist sicher ungleich schwieriger. Es kann uns nur gelingen, wenn wir die Auftraggeber unserer Statistik zwingen, ihren Statistikbedarf klar zu begründen, die Implikationen zu benennen, die sich aus einem Verzicht auf eine Statistik, sei es eine neue oder eine bereits existierende, ergeben. Dies lässt Vergleiche zwischen Statistiken zu und könnte damit Entscheidungsgrundlagen liefern, ob eine Statistik dringend erforderlich ist oder nur wünschenswert.

Hilfreich für die Erfüllung dieser Aufgabe könnte eine regelmäßige Überprüfung aller Statistikbereiche durch ein dafür eingesetztes, unabhängiges Gremium kundiger Persönlichkeiten sein, deren Urteil aufgrund ihrer Stellung und/oder Expertise ein erhebliches Vertrauen entgegengebracht wird. Vorschläge eines derartigen Gremiums werden sich sehr viel besser umsetzen lassen als die Vorschläge der Datenproduzenten selbst, die gegenüber den Auftraggebern in der Regel eine eher schwache Position haben.

Stärker als bisher müssen sich die Statistiker bei Eurostat und in den nationalen statistischen Ämtern in die Prozesse einschalten, die zur Formulierung von Anforderungen an die Statistik führen. Dies ist sozusagen Prioritätensetzung im frühestmöglichen Stadium. Der Bedarf an Information, die Anforderung an die Statistik muss von der politischen Seite formuliert werden. Die Statistik hat aber nur dann eine Chance, ihr Expertenwissen erfolversprechend einzubringen, wenn sie sich in einem sehr frühen Stadium der Diskussion in den zuständigen Arbeitsgremien einbringt und ihre Stimme zu Gehör bringt. Nur der Statistiker kann sagen, wie Phänomene, deren Entwicklung beobachtet werden soll, abgegrenzt werden sollten, damit sie sinnvoll und mit vertretbaren Mitteln quantifiziert werden können. Gerade in der Entwicklung von aussagekräftigen Indikatorenssystemen sollte das ESS kompetenter und einflussreicher Ansprechpartner der Politik sein. Je mehr das ESS als die verlässliche Autorität auf dem Gebiet der statistischen Information anerkannt ist, desto eher wird man bereit sein, unsere eigenen Vorschläge zur Prioritätensetzung anzuerkennen.

„Europe first“, der Begriff, den Yves Franchet in seinem Strategiepapier benutzt hat, könnte ebenfalls eine Methode zur Setzung von Prioritäten sein. Aus der Sicht eines großen Mitgliedstaats wie Deutschland wäre eine derartige Vorgehensweise allerdings nicht akzeptabel. Wir sind in Europa politisch weit entfernt von einem Bundesstaat, wie ihn die Bundesrepublik Deutschland darstellt, und selbst in Deutschland wäre es auf dem Gebiet der Statistik nicht vorstellbar und würde von den Ländern nicht hingenommen, wenn wir „Der Bund zuerst“ fordern würden. Insofern sollten wir in allen Fällen Lösungen finden, die für Europa, aber auch für die Mitgliedstaaten akzeptabel sind, gerade auf

dem Gebiet der breites Interesse findenden Konjunkturindikatoren. Dies muss keineswegs Modelle ausschließen, die Abstufungen in der zeitlichen Verfügbarkeit einzelner Indikatoren enthalten: die allererste Schätzung regional und fachlich hochaggregiert nur für die EU oder den Euro-Raum und spätere Berechnungen dann auf der Ebene der Mitgliedstaaten und – je nach Bedarf – der großen Regionaleinheiten. Im Übrigen, in vielen Bereichen der europäischen Statistik gilt längst „Europe first“, jedenfalls, was die Anforderungen an die Statistik angeht, ohne dass wir dieses „Reiz“wort unbedingt benutzen müssen.

3 Input- oder Outputharmonisierung

Im Kapitel über die Prioritätensetzung wurde festgestellt, dass es aus Kapazitätsgründen unausweichlich ist, europäisches und nationale Programme einander anzugleichen. Dies kann grundsätzlich auf zwei Wegen – Mischformen eingeschlossen – geschehen: der Input- oder der Outputharmonisierung der Ergebnisse.

Unter Inputharmonisierung von Erhebungen wird die Verwendung von standardisierten Fragebögen, identischen Stichprobendesigns sowie die Anwendung derselben Gewichtungs- und Imputationsregeln verstanden. Dagegen werden bei der Outputharmonisierung nicht standardisierte Daten im Nachhinein vergleichbar gemacht. Bedeutung gewinnt diese Unterscheidung vor allem dann, wenn nationale Anforderungen an die Erhebungen mit EU-Anforderungen in Konflikt geraten. Um Unterschiede in nationalen Statistiken nicht aufzuheben, aber dennoch international vergleichbare Daten zur Verfügung stellen zu können, ist – so weit wie möglich – die Outputharmonisierung zu bevorzugen. Neue Erhebungen sollten in jedem Fall vermieden werden, wenn bestehende im Ergebnis den gleichen Zweck erfüllen können. Viele europäische Rechtsakte lassen eine derartige Vorgehensweise durchaus zu, weil sie im Wesentlichen die Lieferung von Ergebnissen vorsehen. Trotzdem sollte immer wieder darauf hingewiesen werden, weil nur dieses Prinzip Gemeinsamkeit in Europa und nationale Individualität gleichzeitig und in einem Arbeitsgang möglich macht. Andererseits darf dieses Prinzip kein Dogma sein, wenn der Datenbedarf zwingend eine Inputharmonisierung voraussetzt. Dies muss dann allerdings überzeugend begründet werden.

4 Arbeitsteilung im ESS

Die Zusammenarbeit gleichberechtigter Partner, das heißt zwischen Eurostat und den nationalen statistischen Ämtern, ist zwar zum Teil mühsam und zeitaufwändig, in einer Staatengemeinschaft wie der Europäischen Union (EU) aber unvermeidbar und kann durchaus sehr fruchtbar sein. Bisher noch viel zu wenig praktizieren wir Modelle der Arbeitsteilung nach der Devise „Einer für alle“. In Deutschland hat das Statistische Bundesamt beispielsweise eine enge Kooperation mit den 16 Statistischen Ämtern der Länder im Bereich Datenverarbeitung. Bei jeder Statistik ist eines der Ämter zuständig für die Entwicklung und Pflege der Datenverarbeitungsprogramme, die dann von allen 17 sta-

tistischen Ämtern gemeinsam genutzt werden. Eine Übertragung dieses Modells auf die europäische Ebene kann nur für solche Bereiche in Betracht kommen, in denen die Datengewinnung in gleicher oder ähnlicher Form durchgeführt wird, was eher die Ausnahme als die Regel ist, nicht zuletzt wegen der Forderung nach Outputharmonisierung. Trotzdem ist die Entwicklung einzelner IT-Bausteine³⁾, die von allen oder doch von vielen genutzt werden können, ein Ziel, das verstärkt verfolgt werden sollte.

Noch einen Schritt weiter gehen die Überlegungen zur Einrichtung von Kompetenzzentren. Ein nationales statistisches Amt allein oder in Kooperation mit ein oder zwei anderen Ämtern wird mit der Weiterentwicklung von Inhalt und Methodik einzelner Statistikbereiche beauftragt. Ein derartiges Modell setzt Ausgleichsmechanismen voraus, vor allem in finanzieller Hinsicht, könnte aber erhebliche Synergieeffekte mit sich bringen. Ob auch die gesamte Statistikproduktion in Teilbereichen für ganz Europa an einzelne Ämter übertragen werden könnte, wirft rechtliche Fragen auf, die zunächst zu klären wären.

Der britische Roman-Autor Joseph Conrad hat einmal gesagt: „Jede Nation ist durch ihre Untugenden bekannt.“ Im ESS sollten wir dieses Zitat umwandeln in „Jede Nation ist durch ihre Tugenden bekannt“. Wir können gegenseitig voneinander viel lernen und alle gemeinsam davon profitieren. Um Doppelarbeiten zu vermeiden und so die ohnehin angespannten Personalkapazitäten der statistischen Ämter zu schonen, gewinnt die Frage nach der Suche und Anwendung von in anderen Mitgliedstaaten bereits bewährten Verfahren an Bedeutung. Warum soll jeder Mitgliedstaat – wie man in Deutschland sagt – „das Rad neu erfinden“? Wichtige Bereiche, in denen bereits ein fruchtbarer Austausch von so genannten „best practices“ oder „good practices“ stattfindet, sind die Verbreitung, die Datengewinnung über das Internet, aber auch methodische Fragen wie die Saisonbereinigung. Die Weitergabe von good practices hat sich in den letzten Jahren auch im Rahmen der Beratung der Statistiker in den Beitrittsländern sehr bewährt.

Der Austausch von „good practices“ sollte auf allen Gebieten der amtlichen Statistik systematisch organisiert werden; er erfordert allerdings eine große Offenheit von allen Beteiligten. Alle Eurostat-Arbeitsgruppen sollten den Auftrag erhalten sich mit dieser Frage zu befassen. Auch die Durchführung von finanziell unterstützten Eurostat-Projekten durch die statistischen Ämter der Mitgliedstaaten sollte in diesem Zusammenhang ausgebaut werden. Warum sollten Eurostat und die Kommission nicht vermehrt die Hilfe der statistischen Ämter der Mitgliedstaaten in Anspruch nehmen und hierfür entsprechende Ressourcen bereitstellen, anstatt Aufträge an private Projektnehmer zu vergeben?

Was die Gremien der Statistiker auf europäischer Ebene angeht, so existiert wie erwähnt bereits ein bewährtes System von Arbeitsgruppen, Task Forces und Direktorentreffen, allen voran der ASP. Sehr bewährt im Rahmen der Vorbereitung der ASP-Sitzungen haben sich aus meiner Sicht die im

Jahr 1999 mit größeren Kompetenzen ausgestattete Partnerschaftsgruppe und die ebenfalls 1999 gegründete Network-Group. Beide haben die Effizienz der ASP-Sitzungen wesentlich verbessert. Wichtig ist, dass auf europäischer Ebene eher weniger, dafür aber leistungsstarke und erfolgsorientierte Gremien eingesetzt werden. Es bietet sich an, im Abstand von mehreren Jahren die Gremienstruktur immer wieder zu überprüfen.

Um sich von Aufgaben zu entlasten und auf die Kernaufgaben zu konzentrieren, plant Eurostat die Einrichtung von Exekutivagenturen für einige Aufgabenfelder. Dieses Ansinnen wird in Deutschland mit „Argusaugen“ beobachtet. Aus Sicht von Eurostat hat eine Exekutivagentur im Vergleich zur Außenvergabe von Aufträgen den Vorteil, dass langfristig Fachpersonal auf Zeitvertragsbasis durch Mittelzuweisungen der EU-Kommission finanziert, Fachwissen in einem Bereich angesammelt und eine höhere Qualität der Arbeitsergebnisse erreicht werden kann.

Da eine Aufsplitterung Eurostats und des ESS aus deutscher Sicht weder mit Artikel 285 des EG-Vertrages, noch mit der Verordnung über die Gemeinschaftsstatistik Nr. 322/97 vereinbar ist, können die Kernaufgaben des ESS keinesfalls an eine Exekutivagentur delegiert werden. Aufgaben, die sich für die Übertragung an eine Exekutivagentur eignen könnten, sind allenfalls Randbereiche der amtlichen Statistik, wie zum Beispiel der Vertrieb. In jedem Fall muss die alle Teilgebiete der Gemeinschaftsstatistik einschließende Zuständigkeit des ASP erhalten bleiben und darf nicht auf diesem Wege ausgehebelt werden.

5 Weiterentwicklung der europäischen Verbreitungspolitik

Ein Gebiet, auf dem eine sehr enge Kooperation von Eurostat und den nationalen statistischen Ämtern besteht, ist die Verbreitung. Durch die Einsetzung einer „Reflexionsgruppe“, die sich mit der Zukunft der Verbreitungspolitik innerhalb des ESS beschäftigt, hat Eurostat vor kurzem eine eigene Strategiediskussion im Veröffentlichungsbereich initiiert. Um die Akzeptanz des ESS bei den Bürgerinnen und Bürgern der EU zu fördern, müssen die Daten des ESS nicht nur für Politik und Verwaltung der EU, sondern verstärkt auch für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft bereitgestellt werden. Alle Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten und Regionen der EU sind Nutzer der europäischen Statistik. Deshalb sollten das kostenlose Datenangebot verbreitert, die Nutzerfreundlichkeit des Datenangebots verbessert und die nationalen statistischen Ämter verstärkt in die Verbreitung europäischer Zahlen eingeschaltet werden.

Neben diesen Themen befasst sich die Reflexionsgruppe auch mit Fragen der Preisgestaltung, der Kosten, des Copyrights und den in den Publikationen zu verwendenden Sprachen. Zu begrüßen ist aus unserer Sicht auch die enge Kooperation der Reflexionsgruppe mit dem für Verbreitung

3) IT= Informationstechnik.

zuständigen CEIES-Gremium, das heißt mit wichtigen Nutzern der europäischen amtlichen Statistik.

Aus deutscher Sicht darf es keine Exklusivität der Datennutzer geben, das heißt alle Nutzer müssen zum selben Zeitpunkt zu denselben Daten Zugang erhalten. Die Datenveröffentlichung gehört zu den Kernaufgaben des ESS und darf nicht an Dritte übertragen werden.

Im Rahmen der Strategiediskussion über die europäische Verbreitungspolitik sollte unseres Erachtens verstärkt auch über Möglichkeiten für gemeinsame Publikationen nachgedacht werden. Die Identifikation mit dem ESS ist wesentlich größer, wenn nicht auf allen Publikationen nur Eurostat als Autor steht, sondern wenn wenigstens auf ausgewählten Veröffentlichungen die Mitwirkung der Mitgliedstaaten klar erkennbar ist. In diesem Zusammenhang müsste auch über ein geeignetes Branding (Markenname) nachgedacht werden. „Europäisches Statistisches System“ ist sicherlich ein zutreffender, aber kein werbeträchtiger Name. Hier ist die Kreativität aller Beteiligten gefragt.

6 Schlussbemerkung

Lassen Sie mich mit zwei Zitaten enden. Das erste ist ein italienisches Sprichwort, das besagt: *„Zwischen Reden und Tun liegt das Meer.“*

Die Problematik einer Strategiediskussion über das ESS liegt sicherlich nicht darin, dass zu wenig gute Ideen vorhanden wären. Schwierig ist die Umsetzung dieser guten Ideen. Wir sollten Schritt für Schritt auf dem bereits betretenen Weg weitergehen und Prioritäten setzen.

Das zweite Zitat stammt von dem Londoner Dichter Gilbert Keith Chesterton und lautet: *„Fortschritt besteht nicht darin, dass wir in einer bestimmten Richtung unendlich weiterlaufen, sondern dass wir einen Platz finden, auf dem wir wieder eine Zeitlang stehen bleiben können.“* Die Ergebnisse dieser Tagung helfen uns sicherlich, einen solchen Platz für das moderne ESS zu finden. [u](#)

Dr. Sandra Jung

Erfahrungen mit dem Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA für den Produktionsindex

In der Vergangenheit wurden in Deutschland im Statistischen Bundesamt und in der Deutschen Bundesbank unterschiedliche Methoden zur Saisonbereinigung angewandt. Das hatte zur Folge, dass zwei unterschiedliche offizielle Ergebnisse der saisonbereinigten Zahlen veröffentlicht wurden. Um dem Wunsch vieler Datennutzer nach einem einzigen offiziellen saisonbereinigten Ergebnis entgegenzukommen, ist das Statistische Bundesamt dazu übergegangen, saisonbereinigte Ergebnisse nach der Methode X-12-ARIMA zu berechnen. Um ein identisches Resultat für Deutschland zu erhalten, geschieht dies in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank, die diese Methode ebenfalls verwendet. Die Zusammenarbeit erfolgte zunächst auf dem Gebiet der Vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und wird nun auf weitere monatliche Konjunkturindikatoren der Industriestatistiken ausgedehnt.

Vorbemerkung

In der Vergangenheit wurde im Statistischen Bundesamt die Saisonbereinigung für die monatlichen Konjunkturindikatoren allein mit der Methode „Berliner Verfahren Version 4 (BV4)“ durchgeführt. Das Berliner Verfahren wurde 1969 in Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) entwickelt. Die momentan im Einsatz befindliche Version 4 stammt aus dem Jahr 1983 und läuft unter einer Großrechnerumgebung.¹⁾ Seit Juli 2001 erfolgt die Saisonbereinigung zusätzlich mit der Methode X-12-ARIMA (Version 0.2.8), wel-

che eine Weiterentwicklung des vom US-amerikanischen Bureau of the Census entwickelten Census-X-11-Verfahrens ist. Dieses Verfahren ist weltweit das am weitesten verbreitete Saisonbereinigungsverfahren. Das Programm wird im Statistischen Bundesamt in der Unix- und in der MS-DOS-Version angewandt und läuft jeweils unter einer SAS-Benutzeroberfläche.

Seit Berichtsmonat Juli 2001 wurde zunächst der Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe mit dem Verfahren X-12-ARIMA saisonbereinigt und seit Berichtsmonat Mai 2002 auch der Index des Auftragseingangs. Im Laufe der nächsten Zeit werden weitere kurzfristige Konjunkturindikatoren folgen, wie zum Beispiel der Umsatzindex.

Die Saisonbereinigung mit dem Verfahren X-12-ARIMA erfordert die Setzung *reihenspezifischer* Steuerungsparameter, wie zum Beispiel die Wahl des ARIMA-Modells, die Festlegung der Kalenderregressoren und der Ausreißerererkennung sowie die Länge der Saison- bzw. Trendfilter. Das saisonbereinigte Ergebnis ist somit *anwenderabhängig*. Um die Datennutzer mit einem identischen offiziellen saisonbereinigten Ergebnis bedienen zu können, erfolgt die Saisonbereinigung partnerschaftlich mit der Deutschen Bundesbank. Dabei wurde an die erfolgreiche Zusammenarbeit, die im Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen begonnen wurde, angeknüpft.²⁾

Das Statistische Bundesamt wird auch weiterhin interessierten Nutzern saisonbereinigte Zahlen nach dem *Berliner*

1) Siehe Nourmey, M.: „Umstellung der Zeitreihenanalyse“ in WiSta 11/1983, S. 841 ff.

2) Siehe Hauf, S.: „Saisonbereinigung des Statistischen Bundesamts im Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“ in Allgemeines Statistisches Archiv 86, 1/2002.

Verfahren anbieten. Dies beinhaltet auch den Ausweis der so genannten „Glatten Komponente“ (Trendkomponente).

Ziel des vorliegenden Artikels ist es, einen Einblick in die praktische Anwendung des Verfahrens X-12-ARIMA im Rahmen der Massenproduktion saisonbereinigter Zahlen in der amtlichen Statistik zu geben. Für eine Darstellung der Methode X-12-ARIMA sei auf die entsprechende Literatur des Bureau of the Census verwiesen.³⁾

Die vorliegenden Ausführungen unterteilen sich in drei Kapitel: Zunächst wird die für das Produzierende Gewerbe angewandte Kalenderbereinigung erläutert. Anschließend wird beispielhaft dargelegt, welche Anlässe eine Aktualisierung des Saisonmusters für ausgewählte Reihen des Produktionsindex notwendig machten. Schließlich wird die Berechnungsweise für die saisonbereinigten Hauptaggregate dargestellt.

1 Kalenderbereinigung

Zunächst gilt für die Begriffsbestimmung von Kalender- und Saisonkomponente die folgende Definition: Der Saisonkomponente werden die Jahr für Jahr in gleichem Ausmaß wiederkehrenden Effekte zugeordnet, die unter normalen Umständen zu erwarten sind. Hierzu zählen zum Beispiel das jahreszeitliche Witterungsgefälle zwischen den Sommer- und den Wintermonaten, die Zahlung von Weihnachtsgeld sowie die Länge der einzelnen Monate. Stromgrößen sind zudem häufig von der Kalenderkonstellation abhängig. Gleichnamige Monate aufeinander folgender Jahre können eine unterschiedliche Anzahl von Arbeitstagen und Wochenenden innerhalb eines Beobachtungszeitraums aufweisen. Diese Kalenderunregelmäßigkeiten führen beispielsweise dazu, dass in gleichnamigen Monaten die Produktion allein deshalb höher ist, weil zum Beispiel der aktuelle März einen Arbeitstag mehr hat als der Monat März des Vorjahres. Da sich diese Strukturverschiebungen des Kalenders nicht jährlich in gleichem Ausmaß wiederholen, werden sie nicht der Saison-, sondern der Kalenderkomponente zugerechnet. Im Rahmen der Kalenderbereinigung werden diese Unregelmäßigkeiten entsprechend modelliert.

Die Kalenderbereinigung erfolgt mit Hilfe des RegARIMA-Teils⁴⁾ von X-12-ARIMA grundsätzlich immer dann, wenn eine Reihe einen statistisch nachweisbaren Kalendereffekt und eine ökonomische sinnvolle Begründung von arbeits-täglichen Einflüssen aufweist.

Im Rahmen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit hat das Statistische Bundesamt die Methodik der Kalenderbereinigung der Deutschen Bundesbank übernommen, welche von dieser auch schon unter dem Verfahren Census X-11 angewandt wurde.⁵⁾ Ausgangspunkt für die Berech-

Übersicht 1: Komponenten einer Zeitreihe

Mit Hilfe der Zeitreihenanalyse ist es möglich, eine empirische Reihe in einzelne (unbeobachtbare) Komponenten zu zerlegen. Hierzu zählen die systematischen Komponenten wie der Trend, die Saison und der Kalender sowie eine irreguläre Restkomponente.

Der **Trend (T)** kennzeichnet dabei die längerfristige Entwicklungstendenz einer Reihe. Häufig wird noch eine Konjunkturkomponente unterschieden, die eine mehrjährige, nicht notwendig regelmäßige Schwankung aufweist. Die beiden ersten Komponenten werden bisweilen zu einer einzigen, der so genannten **glatten Komponente** zusammengefasst. Die **Saisonkomponente (S)** stellt die periodisch wiederkehrenden saisonalen bzw. jahreszeitlichen Schwankungen dar und die **Kalenderkomponente (K)** die Kalenderunregelmäßigkeiten. Der **irregulären** Restkomponente (I) sind alle übrigen Einflüsse zugeordnet.

Die einzelnen Komponenten und ihr Zusammenwirken müssen entsprechend definiert werden, um sie mittels geeigneter Methoden analysieren zu können.

Das Ziel einer Saisonbereinigung besteht darin, die saisonale und kalendarische Komponente einer Zeitreihe zu eliminieren, um einen Einblick in die aktuelle Entwicklungstendenz der Reihe zu erhalten. Diese ist für die aktuelle Konjunkturdiagnose bedeutsam.

Nachdem die einzelnen Komponenten entsprechend definiert und voneinander abgegrenzt wurden, ergibt sich ein Modell, das zum Beispiel **additiver** oder **multiplikativer** Struktur sein kann.

Additiv:
 $Y = T + S + K + I$

Multiplikativ:
 $Y = T \cdot S \cdot K \cdot I$

Saison- und kalenderbereinigte Werte erhält man (beim multiplikativen Modell) durch Division der **Originalwerte (Y)** durch die Kalender- und die Saisonfaktoren.

Die saisonbereinigte Reihe enthält jedoch noch die irreguläre Komponente. Ist deren Streuung groß, sind die saisonbereinigten Werte, insbesondere am aktuellen Rand, hinsichtlich der Aussagefähigkeit einer mittelfristigen Entwicklung mit Vorsicht zu interpretieren.

nung ist die Anzahl der Arbeitstage in einer 5-Tage-Woche. Bei der Festlegung der Arbeitstage werden Feiertage (sofern sie nicht auf einen Samstag oder Sonntag fallen) speziell gewichtet (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Gewichtung von Feiertagen im Rahmen der Kalenderbereinigung
Früheres Bundesgebiet

Feiertag	wird behandelt wie ... Werktag
Neujahr	0,0
Heilige Drei Könige	0,7
Rosenmontag	0,8
Fastnachtsdienstag	0,8
Karfreitag	0,0
Ostermontag	0,0
1. Mai	0,0
Christi Himmelfahrt	0,0
Pfingstmontag	0,0
Fronleichnam	0,3
Mariae Himmelfahrt	0,8
Tag der Deutschen Einheit	0,0
Reformationstag	0,9
Allerheiligen	0,4
Buß- und Bettag	0,0 (bis 1994), 1,0 (ab 1995)
Heiligabend	0,0
1. Weihnachtstag	0,0
2. Weihnachtstag	0,0
Silvester	0,0

3) Siehe U.S. Census Bureau: "X-12-ARIMA Reference Manual (Version 0.2.8)", Washington 2001 (erhältlich unter http://www.census.gov/srd/www/x12a/x12down_pc.html), sowie Findley, D. F., u. a.: "New Capabilities and Methods of the X-12-ARIMA Seasonal Adjustment Program" in Journal of Business and Economic Statistics, 16/1998, S. 127 ff.

4) Der RegARIMA-Teil des Verfahrens X-12-ARIMA verbindet regressionsanalytische Techniken mit der Methodik der ARIMA Modellierung. Mit Hilfe von RegARIMA können vorab z. B. Kalendereffekte modelliert, Ausreißer bereinigt und Prognosen der Ursprungswerte durchgeführt werden. Im Anschluss daran kann dann die eigentliche Saisonbereinigung erfolgen.

5) Siehe Kirchner, R.: „Auswirkungen des neuen Saisonbereinigungsverfahrens Census X-12-ARIMA auf die aktuelle Wirtschaftsanalyse in Deutschland“ in Volkswirtschaftliche Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank, 7/1999, S. 20 ff.

Im Produzierenden Gewerbe werden drei unterschiedliche arbeitstägliche Effekte bzw. Einflüsse unterschieden:

- Der normale arbeitstägliche Einfluss in den Monaten Januar bis November, der die unterschiedliche Anzahl der Arbeitstage in den entsprechenden Monaten berücksichtigt. Die Anzahl der Arbeitstage wird für die Analyse in Abweichung von ihrem monatspezifischen Durchschnitt ausgedrückt.⁶⁾
- Ein gesonderter arbeitstäglicher Einfluss für den Monat Dezember, mit dem berücksichtigt werden kann, dass Betriebe um Weihnachten herum schließen. In diesem Fall wird eine verminderte Wirkung eines Arbeitstages in diesem Monat auf die Produktion unterstellt (ein Dezemberarbeitstag entspricht in diesem Fall etwa zwei Dritteln eines normalen Arbeitstages).⁷⁾
- Grundsätzlich wird die Wirkung eines Schaltjahres auf die Produktion bereits in der Anzahl der Arbeitstage Januar bis November berücksichtigt. Ein zusätzlicher gesondert berücksichtigter Effekt tritt immer dann ein, wenn der 29. Februar auf ein Wochenende fällt, an dem produziert wird (kontinuierliche Produktion). Diese Konstellation ist in einigen Wirtschaftszweigen häufig anzutreffen (z. B. im Bereich der Chemischen Industrie).

Anzumerken ist, dass diese Art der Kalenderbereinigung nicht gesondert untypische Konstellationen der Schulferien, außergewöhnliche Witterungsverhältnisse oder Brückentage, insbesondere in den Monaten Mai und Juni, berücksichtigt.⁸⁾ Diese zusätzlichen Effekte (die definitionsgemäß der irregulären Komponente zuzurechnen sind) werden in der Regel durch Informationen aus externen Quellen in geeigneter Weise, insbesondere am aktuellen Rand, in offiziellen Kommentaren erläutert.

2 Anlass für die Neuschätzung der Saisonfaktoren

Bei der erstmaligen Durchführung bzw. bei der jährlichen Überprüfung der Spezifikationseinstellungen der Reihen fallen prognostizierte Saison- und Kalenderfaktoren an. Die prognostizierten Faktoren werden auf jeden neu vorliegenden Originalwert angewandt, um die entsprechenden saison- und arbeitstäglich bereinigten Werte zu berechnen. Dieses Prozedere gilt für die Massenproduktion saisonbereinigter Daten der 258 Viersteller der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93), in der Regel uneingeschränkt.

Bei 20 ausgewählten Eckreihen für den Produktionsindex (ausgewählte Spezifikationseigenschaften dieser Eckreihen siehe Tabelle 2) gilt ein hiervon abweichendes Verfahren. Der Grund für diese gesonderte Behandlung ist die Berech-

nung der saisonbereinigten Hauptaggregate anhand dieser Eckreihen. Durch dieses Vorgehen soll sichergestellt werden, dass jeweils neueste, für die Saisonbereinigung relevante Informationen angemessen berücksichtigt werden können.

Tabelle 2: Ausgewählte Spezifikationseigenschaften der Eckreihen des Produktionsindex für das Verfahren X-12-ARIMA

(Eck-)Reihen	Art der Transformation ¹⁾	ARIMA-Modell
Hauptgruppen/Hoch- und Tiefbau Früheres Bundesgebiet		
Vorleistungsgüterproduzenten	multiplikativ	(011) (011)*
Investitionsgüterproduzenten	multiplikativ	(011) (011)
Gebrauchsgüterproduzenten	multiplikativ	(011) (011)
Verbrauchsgüterproduzenten	multiplikativ	(011) (011)
Energie	multiplikativ	(012) (011)
Hochbau	additiv	(011) (011)
Tiefbau	additiv	(011) (011)
Neue Länder und Berlin-Ost		
Vorleistungsgüterproduzenten	multiplikativ	(011) (011)
Investitionsgüterproduzenten	multiplikativ	(000) (011)
Gebrauchsgüterproduzenten	multiplikativ	(100) (011)
Verbrauchsgüterproduzenten	multiplikativ	(011) (011)
Energie	multiplikativ	(011) (011)
Hochbau	multiplikativ	kein ARIMA
Tiefbau	multiplikativ	(011) (011)
Ausgewählte Wirtschaftszweige Deutschland		
Chemische Industrie	multiplikativ	(01[1,3]) (001)**
Metallerzeugung und -verarbeitung	multiplikativ	(012) (011)
Herstellung von Büromaschinen, Daten- verarbeitungsgeräten und -einrich- tungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	multiplikativ	(011) (011)
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung ..	multiplikativ	(011) (011)
Maschinenbau	multiplikativ	(011) (011)
Herstellung von Kraftwagen und -teilen ...	multiplikativ	(011) (011)

1) Bei den meisten Reihen des Produktionsindex ist festzustellen, dass auf lange Sicht die Ursprungswerte proportional mit dem Niveau der Reihe variieren. In solchen Fällen wird eine multiplikative Zerlegung der Reihe zugrunde gelegt. In Fällen, in denen die Schwankungen der Reihen unabhängig vom Reihenniveau sind, ist eine additive Zerlegung unterstellt worden.

*) *Modellspezifikation (011)(011)*: Hierbei wird ein Modell spezifiziert (sog. Airline-Modell), welches jeweils einmal regulär und saisonal differenziert wird sowie jeweils einen MA(1)-Term im regulären und saisonalen Modellteil verwendet:

$$(1 - B)(1 - B^{12}) \ln y_t = (1 - \theta B)(1 - \Theta_{12} B^{12}) a_t$$

**) *Modellspezifikation (0 1[1,3])(001)*: Einmalige Differenzierung und Verwendung eines MA(1) und MA(3)-Terms im regulären Modellteil sowie die Verwendung eines MA(1)-Terms im saisonalen Teil:

$$(1 - B) \ln y_t = (1 - \theta B - \theta_3 B^3)(1 - \Theta_{12} B^{12}) a_t$$

(Die verwendete Notation lehnt sich an das X-12-ARIMA Reference Manual an – siehe Fußnote 3 im Text.)

Das hat zur Folge, dass für die Eckreihen bei jedem neu vorliegenden Originalwert zum Zwecke der Überprüfung und gegebenenfalls Änderung der Parametereinstellungen bzw. zur Aktualisierung der Saisonschätzung aktuelle X-12-ARIMA Kontroll-Läufe durchgeführt werden. In der Regel geschieht dies zweimal monatlich, und zwar zum Veröffentlichungstermin der vorläufigen und der berichtigten Ergebnisse.

6) Nur die Abweichungen vom langjährigen Durchschnitt zählen zur Kalenderkomponente.

7) Grundsätzlich kann natürlich nicht ausgeschlossen werden, dass die Monate Mai bzw. Juni – wegen der in diesen Monaten häufig auftretenden so genannten Brückentage – nicht ebenfalls einem solchen Effekt unterliegen. Für die laufende Produktion der saisonbereinigten Zahlen werden diese Monate jedoch, wegen der geringeren Bedeutung dieses Effekts, nicht gesondert modelliert. Um die Datennutzer aber über entsprechende Besonderheiten am aktuellen Rand angemessen zu informieren, wird auf solche Einflüsse entsprechend hingewiesen.

8) Zum Beispiel hat die Lage der Sommerferien und die Verteilung dieser Ferien innerhalb der einzelnen Bundesländer Einfluss auf die Produktion bestimmter Industriezweige (z. B. Werksferien während der Sommerferien bei einigen Automobilherstellern). Des Weiteren wirken sich die Anzahl und die Lage der Frosttage auf die Bauproduktion in den hiervon betroffenen Monaten aus.

Da verfahrensbedingt unterschiedliche saisonbereinigte Resultate, je nach Einschätzung der Lage und Wahl der verwendeten Parametereinstellungen, erzielt werden können, wird diese Analyse im Statistischen Bundesamt und in der Deutschen Bundesbank parallel durchgeführt; anschließend wird eine einvernehmliche Vorgehensweise abgestimmt.

In der bisherigen Praxis der monatlich durchgeführten X-12-ARIMA Kontroll-Läufe haben zum Beispiel folgende Ereignisse zu einer Neuschätzung der Saisonfaktoren bzw. zu Eingriffen in die Spezifikationseinstellungen der Eckreihen geführt:

- Zunächst sind die jeweils neuesten Originalwerte sowie die Besonderheiten ihrer Berechnung für die Saisonbereinigung von großer Bedeutung. Hierzu zählt zum Beispiel die Berücksichtigung größerer Revisionen im Rahmen der Berechnung der Originalwerte (z. B. die Anpassung des Produktionsindex an die Vierteljährliche Produktionserhebung, der Berichtskreiswechsel beim Baugewerbe oder Veränderungen bei den Fortschreibungsreihen einzelner Wirtschaftszweige). Sofern diese Aspekte für die Saisonbereinigung relevant waren, sind diese durch geeignete Parametereinstellungen beim RegARIMA Modell angemessen berücksichtigt worden.
- Zu Kontrollzwecken werden die wichtigsten Hauptaggregate des Produktionsindex *direkt* mit X-12-ARIMA saisonbereinigt. Zum Zwecke der Veröffentlichung werden diese Aggregate jedoch anhand der Hauptgruppen der beiden Teilgebiete Früheres Bundesgebiet und Neue Länder und Berlin-Ost berechnet (somit *indirekt* saisonbereinigt). Bei größeren Abweichungen zwischen dem direkt saisonbereinigten Aggregat und dem abgeleiteten (indirekt bereinigten) Aggregat ist eine Neuschätzung der Saison-

faktoren entsprechender Teilreihen (d.h. der Hauptgruppen) durchgeführt worden.

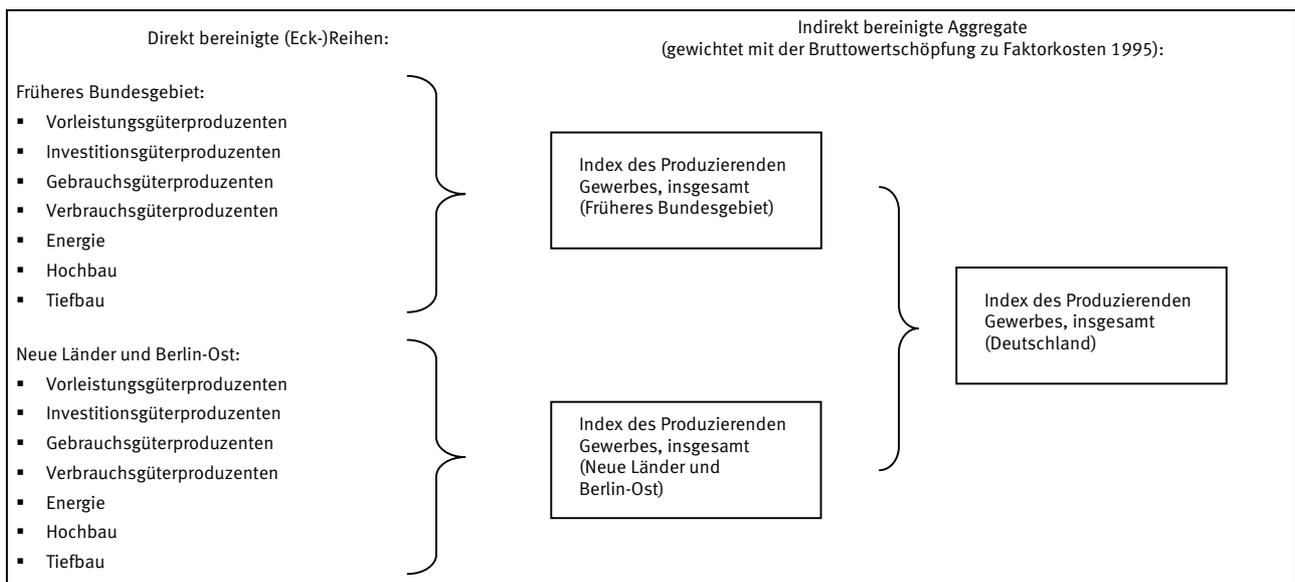
- Mit jedem neu berechneten Originalwert wird geprüft, ob der vorausgeschätzte (alte) Saisonfaktor noch hinreichend gut den typischen Verlauf der neu berechneten Saisonfigur widerspiegelt. Da diese sich in der Regel nur langsam und allmählich verändert, trifft das in den meisten Fällen zu. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass am aktuellen Rand unerwartete Änderungen im Saisonbild auftreten, die eine Aktualisierung des Saisonmusters notwendig machen. Bei begründetem Bedarf ist in einem solchen Fall eine Neuschätzung der Saisonfaktoren durchgeführt worden.

3 Berechnung der saisonbereinigten Hauptaggregate

Die bei der aktuellen Konjunkturdiagnose besonders wichtigen Größen sind die gesamtdeutschen Reihen für das Produzierende Gewerbe insgesamt sowie für das Produzierende Gewerbe ohne Bau und ohne Energie⁹⁾. Diese beiden Aggregate werden nicht direkt saisonbereinigt, sondern mittels der dazugehörigen saisonbereinigten Eckreihen zunächst für die west- und ostdeutschen Reihen und dann zu den gesamtdeutschen Reihen gewichtet auf aggregiert (d. h. indirekt bereinigt).¹⁰⁾

Durch diese Vorgehensweise soll vermieden werden, dass räumliche Inkonsistenzen zwischen den Indizes der drei Gebietsstände auftreten. Die Berechnung der Hauptaggregate für Deutschland erfolgt, indem die entsprechenden Teilaggregate gewichtet aufaddiert werden. Das Gewichtungsschema bildet die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Basisjahres 1995.

Übersicht 2: Schema zur Berechnung der saisonbereinigten Hauptaggregate für das Produzierende Gewerbe insgesamt



9) Dieses Aggregat wird von der Deutschen Bundesbank und dem Bundesministerium der Finanzen als „Industrie“ bezeichnet.
 10) Eine direkte Bereinigung erfolgt jedoch im Rahmen der laufenden Kontrollarbeiten. Siehe das vorherige Kapitel 2.

4 Fazit

Die Einführung des Saisonbereinigungsverfahrens Census X-12-ARIMA im Statistischen Bundesamt erfolgte vor dem Hintergrund, ein einheitliches saisonbereinigtes Ergebnis in der offiziellen deutschen Statistik zu gewährleisten. Bei der Entscheidung zugunsten von X-12-ARIMA waren die große internationale Verbreitung dieses Verfahrens sowie die langjährige erfolgreiche Anwendung durch die Deutsche Bundesbank ausschlaggebend.

Im Vergleich zu dem bisher im Statistischen Bundesamt verwendeten Berliner Verfahren, welches vollautomatisch ohne Eingriffe des Bearbeiters in einer Standardeinstellung auf alle Reihen angewendet wird, erfordert die Methode X-12-ARIMA eine aufwändigere Anwendungspraxis. Hierzu zählt zum einen die erstmalige Festlegung der reihenspezifischen Spezifikationseinstellungen und zum anderen die permanente Kontrolle und gegebenenfalls die Aktualisierung der Saisonschätzung bei jedem neu vorliegenden Originalwert.

Da eine Vielzahl von Reihen in einer vergleichsweise kurzen Bearbeitungszeit einer Saisonbereinigung unterzogen werden müssen, werden die monatlichen X-12-ARIMA Kontrollläufe nur auf die ausgewählten Eckreihen beschränkt; alle übrigen Reihen werden mit den vorausgeschätzten Faktoren behandelt. Neuschätzungen und die Überprüfung der Parametereinstellungen erfolgen für diese Reihen (dies sind die Viersteller der WZ 93) einmal jährlich. [u](#)

Dipl.-Ökonom Klaus Pöttsch

Preise im August 2002

Die Preisentwicklung auf den hier beobachteten Wirtschaftsstufen war im August 2002 uneinheitlich. Im Jahresvergleich erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um +1,1% (Juli 2002: +1,0%) und der Index der Einzelhandelspreise stieg um +0,1% (+0,2%). Gleichzeitig lag das Niveau der Erzeugerpreise um 1,0% unter dem Vorjahresstand (Juli 2002: –1,0%); der Index der Großhandelsverkaufspreise verringerte sich um 0,5% (–0,8%).

Im Vormonatsvergleich war die Preisentwicklung auf fast allen Wirtschaftsstufen rückläufig. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte sank von Juli auf August 2002 um 0,1%, die Einzelhandelspreise gingen um 0,2% zurück. Die industriellen Erzeugerpreise ermäßigten sich im Vergleich zum Vormonat um 0,1%. Die Großhandelsverkaufspreise waren gegenüber dem Vormonat unverändert.

Eine leicht ansteigende Tendenz zeigten im Vormonatsvergleich die Preise für *Mineralölprodukte*. Sie lagen im Erzeugerpreisindex um 0,6%, im Großhandelspreisindex um 0,8% und im Preisindex für die Lebenshaltung um 0,7% über dem Niveau vom Juli 2002. Die Erzeuger- bzw. Verbraucherpreise für Mineralölserzeugnisse waren damit um 0,4 bzw. 1,0% höher als im Vorjahr, während die entsprechenden Großhandelsverkaufspreise im selben Zeitraum um 1,6% zurückgingen.

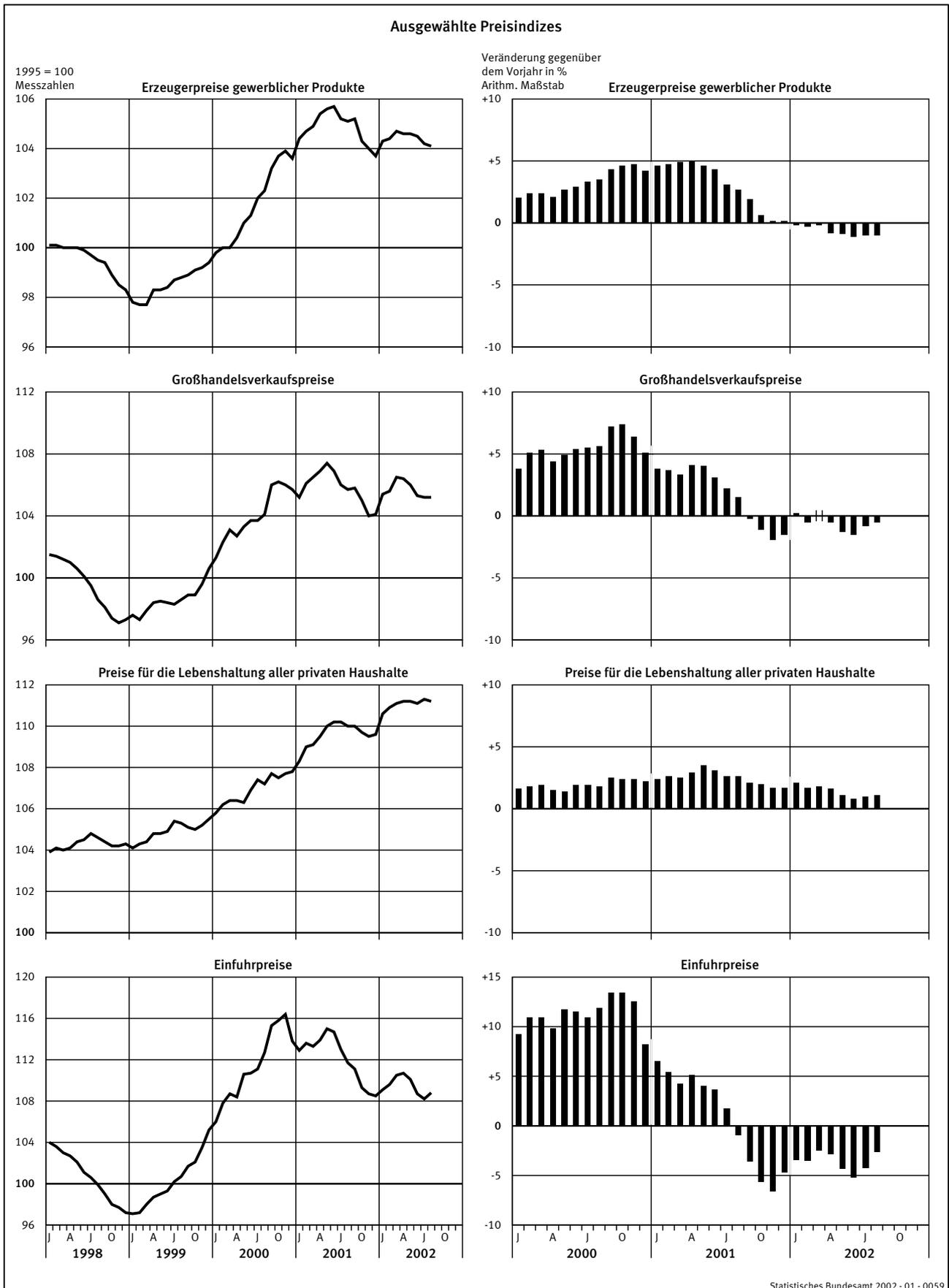
Der *Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte* ist im August 2002 um 0,1% gegenüber dem Juli gesunken und lag um 1,0% niedriger als im August des Vorjahres. Die Entwicklung wurde – wie schon in den vergangenen Monaten –

vor allem vom Preisrückgang bei Energie (–5,6% gegenüber August 2001) geprägt. Dabei waren bei den einzelnen Energiearten jedoch unterschiedliche Tendenzen zu beobachten. Während sich gegenüber dem Vorjahr Kohle (–10,0%), leichtes Heizöl (–9,6%) und Erdgas (–16,9%) erheblich verbilligten, stiegen die Preise für Kraftstoffe um 2,4% (darunter Benzin +3,6%, Diesel +0,7%), für schweres Heizöl um 4,5%, für Strom um 1,4% und für Fernwärme um 1,2%.

Ohne Energie war der Index der Erzeugerpreise im August 2002 um 0,5% höher als im Vorjahr. Dazu trugen leichte Preiserhöhungen sowohl bei Investitionsgütern (+1,1%) als auch bei Konsumgütern (+0,5%) bei.

	Veränderungen August 2002 gegenüber	
	Juli 2002	August 2001
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	– 0,1	– 1,0
ohne Mineralölserzeugnisse	– 0,1	– 1,0
Mineralölserzeugnisse	+ 0,6	+ 0,4
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	–	– 0,5
ohne Mineralölserzeugnisse	– 0,1	– 0,4
Mineralölserzeugnisse	+ 0,8	– 1,6
ohne Saisonwaren	– 0,1	– 0,6
Saisonwaren	+ 2,1	+ 2,4
Index der Einzelhandelspreise	– 0,2	+ 0,1
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
insgesamt	– 0,1	+ 1,1
ohne Heizöl und Kraftstoffe	– 0,2	+ 1,1
Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,7	+ 1,0
ohne Saisonwaren	– 0,1	+ 1,1
Saisonwaren	– 3,5	– 1,9

Schaubild 1



Im August 2002 verteuerten sich gegenüber dem Vorjahresmonat besonders folgende Güter: synthetische Spinnfasern (+12,9%), Tabakerzeugnisse (+8,2%), Fischerzeugnisse (+7,0%), Spielwaren (+6,7%), Polyethylen (+6,1%), mehrlagige Papiere und Pappen (+5,8%), Polyvinylchlorid (+5,4%), Instrumente und Apparate für physikalische und chemische Untersuchungen (+5,3%), Rindfleisch (+5,2%),

Industriegase sowie Teile und Zubehör für Werkzeugmaschinen (jeweils +4,8%), raffinierte Pflanzenöle (+4,7%), pharmazeutische Grundstoffe (+4,6%), Cola und Colamischgetränke (+4,5%), Schachteln und Kartons aus Wellpapier oder -pappe (+4,1%), Betondachsteine (+4,0%), Mauerziegel (+3,6%), Süßwaren (+3,6%), Bier (+3,5%), Sanitärarmaturen (+3,4%), Kies und Sand (+3,1%) sowie Drehmaschinen (+3,1%).

Ausgewählte Preisindizes
1995 = 100

Jahr Monat	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	Großhandels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzelhandels- preise ²⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
				Deutschland		Früheres Bundes- gebiet
1997 D	99,9	101,5	101,3	103,3	103,2	104,2
1998 D	99,5	99,5	101,7	104,3	104,1	105,3
1999 D	98,5	98,6	101,9	104,9	104,8	105,7
2000 D	101,8	104,0	103,0	106,9	106,9	107,5
2001 D	104,9	105,8	104,6	109,6	109,4	110,6
2001 Aug. ..	105,1	105,7	104,8	110,0	109,8	111,0
Sept. ..	105,2	105,8	105,1	110,0	109,8	111,0
Okt. ..	104,3	105,0	105,0	109,7	109,5	110,7
Nov. ..	104,0	104,0	104,8	109,5	109,3	110,5
Dez. ..	103,7	104,1	104,8	109,6	109,4	110,7
2002 Jan. ..	104,3	105,4	105,3	110,6	110,4	111,7
Febr. ..	104,4	105,6	105,4	110,9	110,7	111,9
März ..	104,7	106,5	105,6	111,1	110,9	112,0
April ..	104,6	106,4	105,7	111,2	111,0	112,1
Mai ...	104,6	106,0	105,6	111,2	111,0	112,0
Juni ...	104,5	105,3	105,3	111,1	110,9	111,7
Juli ...	104,2	105,2	105,1	111,3	111,2	111,9
Aug. ...	104,1	105,2	104,9	111,2	111,1	111,7
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %						
2001 Aug. ..	- 0,1	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,3
Sept. ..	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	-	-	-
Okt. ..	- 0,9	- 0,8	- 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Nov. ..	- 0,3	- 1,0	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Dez. ..	- 0,3	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
2002 Jan. ..	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
Febr. ..	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
März ..	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
April ..	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Mai ...	-	- 0,4	- 0,1	-	-	- 0,1
Juni ..	- 0,1	- 0,7	- 0,3	- 0,1	- 0,1	- 0,3
Juli ...	- 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2
Aug. ...	- 0,1	-	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,2
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
1997 D	+ 1,1	+ 1,9	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,3
1998 D	- 0,4	- 2,0	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1
1999 D	- 1,0	- 0,9	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4
2000 D	+ 3,4	+ 5,5	+ 1,1	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,7
2001 D	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,9
2001 Aug. ..	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,4	+ 3,0
Sept. ..	+ 1,9	- 0,2	+ 1,4	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,8
Okt. ..	+ 0,6	- 1,1	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,7
Nov. ..	+ 0,1	- 1,9	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0
Dez. ..	+ 0,1	- 1,5	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,2
2002 Jan. ..	- 0,1	+ 0,2	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,4
Febr. ..	- 0,3	- 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9
März ..	- 0,2	-	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8
April ..	- 0,8	- 0,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5
Mai ...	- 0,9	- 1,3	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,8
Juni ..	- 1,1	- 1,5	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,4
Juli ...	- 1,0	- 0,8	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,5
Aug. ...	- 1,0	- 0,5	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,6

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer.

Billiger als vor Jahresfrist waren im August 2002 unter anderem: Steinkohle und Steinkohlenbriketts (-16,3%), raffiniertes Blei (-16,2%), Gipserzeugnisse für den Bau (-14,3%), raffiniertes Zink (-14,2%), anorganische Grundstoffe und Chemikalien (-14,1%), Flachglas (-11,1%), Butter (-10,4%), Schweinefleisch (-8,0%), Aluminium und Halbzeug daraus (-7,5%), Gewürze (-7,4%), Spanplatten (-7,0%), synthetischer Kautschuk (-7,0%), Universalwaschmittel (-6,0%), elektronische integrierte Schaltungen (-5,5%), Düngemittel und Stickstoffverbindungen (-5,2%), Käse und Quark (-5,1%), Zement (-4,6%) sowie Zeitungsdruckpapier (-4,3%).

Der Index der Großhandelsverkaufspreise lag im August 2002 um 0,5% unter dem Niveau von August 2001. Im Juli und im Juni 2002 hatten die Jahresveränderungsraten -0,8 bzw. -1,5% betragen. Der Gesamtindex ohne Mineralölzeugnisse lag im August 2002 um 0,4% niedriger als vor Jahresfrist.

Gegenüber Juli 2002 veränderte sich der Großhandelsverkaufspreisindex nicht. Ohne Mineralölzeugnisse fielen die Großhandelsverkaufspreise im Vormonatsvergleich nur geringfügig (-0,1%). Binnen Monatsfrist verbilligten sich vor allem Kartoffeln (-8,6%), Zitrusfrüchte (-8,4%), Tomaten (-5,5%) und Rohkaffee (-4,3%). Dagegen wurden Bananen (+21,1%) teurer.

Veränderungen August 2002 gegenüber	Veränderungen August 2002 gegenüber	
	Juli 2002	August 2001
%		
Großhandel mit		
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden		
Tieren	- 0,2	- 4,1
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ...	- 0,2	- 0,8
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	- 0,1	- 0,7
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und		
Reststoffen	+ 0,3	+ 0,3
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	-	- 0,3
Sonstiger Großhandel	-	- 0,1

Starke Preissenkungen gegenüber dem Vorjahr gab es im August 2002 u.a. bei Zitrusfrüchten (-29,3%), Rohkaffee (-22,5%), Schweinefleisch (-20,2%), lebenden Schweinen (-16,7%), Geflügelfleisch (-13,3%), leichtem Heizöl (-12,5%), Getreide (-7,8%), Rohaluminium und Aluminiumlegierungen (-7,4%) sowie bei Rohkupfer und Kupferlegierungen (-5,7%). Dagegen waren u.a. lebende Rinder (+15,7%), Eisen- und Stahlschrott (+12,7%), Bananen (+4,8%), Tomaten (+3,7%) und Motorenbenzin (+3,1%) teurer als vor einem Jahr.

Der *Index der Einzelhandelspreise* sank von Juli auf August 2002 um 0,2%. Gegenüber dem Vorjahr lag der Index im Berichtsmonat um 0,1% höher. Die Jahresveränderungsraten hatten im Juli und Juni 2002 jeweils +0,2% betragen.

Der *Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte* in Deutschland ist im August 2002 gegenüber August 2001 um 1,1% gestiegen. Im Vergleich zum Vormonat sank der Index um 0,1%. Im Juli und Juni 2002 lagen die Jahressteuerungsraten bei 1,0 bzw. 0,8%.

Erstmals seit April 2002 wirkten Heizöl und Kraftstoffe nicht mehr preisdämpfend: Auch ohne Einrechnung der Mineralöl-erzeugnisse hätte die Jahresteuersatzrate +1,1% betragen. Dabei kompensierte sich die Preisentwicklung dieser Produkte: So war leichtes Heizöl im August 2002 günstiger als ein Jahr zuvor (-12,5%), Kraftstoffe – die im Budget des Durchschnittshaushalts ein größeres Gewicht haben – verteuerten sich um 4,3%. Im Vergleich zum Vormonat stiegen sowohl die Preise für das leichte Heizöl (+1,1%) als auch die Kraftstoffpreise (+0,5%).

Die rückläufige Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln hielt weiter an. Die Lebensmittelpreise ermäßigten sich sowohl

im Jahresvergleich (-0,5%) als auch im Vormonatsvergleich (-0,8%). Insbesondere Obst (-2,5%) und Gemüse (-4,6%) waren günstiger als im August 2001. Wie in den vergangenen Monaten wirkten dagegen Fische und Fischwaren (+4,2% im Vorjahresvergleich) sowie Brot und Getreide-erzeugnisse (+2,5%) preistreibend.

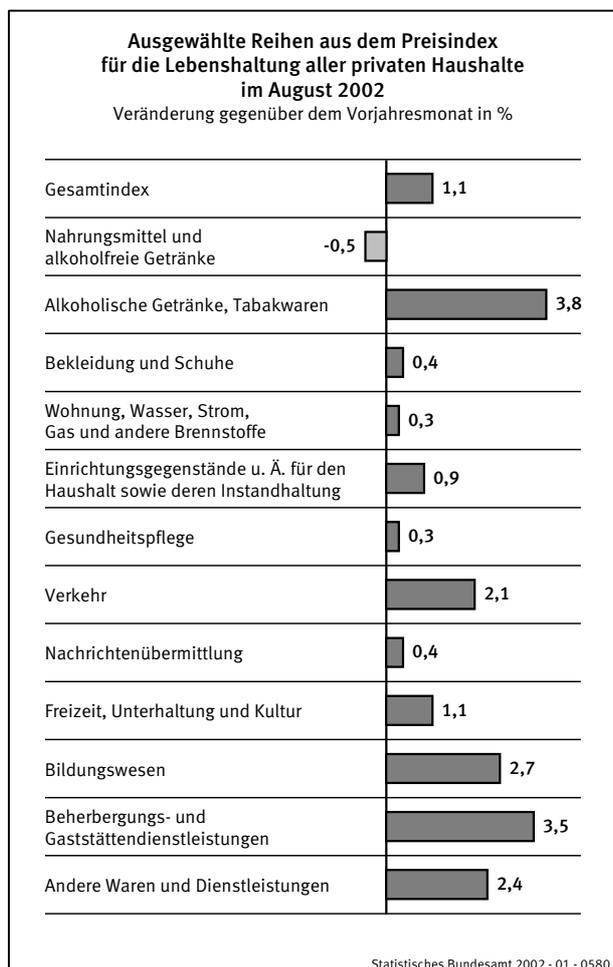
Überdurchschnittlich hohe Jahresteuersatzraten wiesen nach wie vor Dienstleistungen auf. Spürbar stiegen die Preise für Bankdienstleistungen (+8,6%) und für Reparaturdienstleistungen (z. B. Schuhreparatur +5,2%, Reparatur von Fernsehern, Kameras, Personalcomputern u. Ä. +5,1%). Auch Kulturdienstleistungen, wie Theaterbesuche (+4,7%) oder Opern-Abonnements (+3,9%), waren deutlich teurer als im Vorjahr.

Die nachstehende Übersicht stellt die Veränderungen der Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in der Gliederung nach dem Verwendungszweck dar:

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte auf Basis 1995 = 100

	Veränderungen August 2002 gegenüber	
	Juli 2002	August 2001
	%	
Gesamtindex	-0,1	+1,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	-0,8	-0,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+0,2	+3,8
Bekleidung und Schuhe	-0,1	+0,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	+0,1	+0,3
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	-	+0,9
Gesundheitspflege	+0,2	+0,3
Verkehr	+0,1	+2,1
Nachrichtenübermittlung	-0,1	+0,4
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	-0,7	+1,1
Bildungswesen	+0,2	+2,7
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	-0,3	+3,5
Andere Waren und Dienstleistungen	-0,1	+2,4

Schaubild 2



Im August 2002 ergab sich für das *frühere Bundesgebiet* im Vergleich zum August 2001 eine Preissteigerungsrates von 1,2%. Im Vergleich zum Juli 2002 verringerte sich der Index um 0,1%. Für die *neuen Länder und Berlin-Ost* lag die Teuerungsrates gegenüber August 2001 bei 0,6%. Im Vergleich zum Vormonat sank der Index um 0,2%.

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex* (HVPI) für Deutschland hat sich im August 2002 gegenüber August 2001 um 1,0% erhöht. Im Vergleich zum Vormonat sank der Index um 0,2%.

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich im Einzelnen folgende Veränderungen zum Vormonat bzw. zum entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen	
	August 2002	
	gegenüber	
	Juli	August
	2002	2001
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Synthetische Spinnfasern	-	+12,9
Tabakerzeugnisse	-	+8,2
Fischerzeugnisse	+0,3	+7,0
Spielwaren	-	+6,7
Polyethylen	-1,0	+6,1
Mehrlagige Papiere und Pappen	+0,7	+5,8
Polyvinylchlorid	+0,1	+5,4
Instrumente und Apparate für physikalische und chemische Untersuchungen	+0,2	+5,3
Rindfleisch	+0,5	+5,2
Industriegase	-	+4,8
Teile und Zubehör für Werkzeugmaschinen ...	-	+4,8
Raffinierte Pflanzenöle	+4,6	+4,7
Pharmazeutische Grundstoffe	-	+4,6
Schweres Heizöl	-0,5	+4,5
Cola und Colamischgetränke	+1,4	+4,5
Schachteln und Kartons aus Wellpapier oder -pappe	+1,0	+4,1
Betondachsteine	-	+4,0
Superbenzin	+0,5	+3,6
Mauerziegel	-0,2	+3,6
Süßwaren	+0,4	+3,6
Bier	+0,4	+3,5
Sanitärarmaturen	-	+3,4
Kies und Sand	-	+3,1
Drehmaschinen	-0,4	+3,1
Frucht- und Gemüsesäfte	-0,3	+2,7
Beleuchtungsgeräte	-	+2,5
Personenkraftwagen	+0,2	+2,3
Elektrischer Strom	-	+1,4
Fernwärme mit Dampf und Wasser	-0,1	+1,2
Dieselmotoren	+0,3	+0,7
Röstkaffee	-0,1	-3,2
Kühl- und Gefrierschränke	-	-3,5
Kupfer und Halbzeug daraus	-1,5	-4,3
Zeitungsdruckpapier	-	-4,3
Zement	-0,3	-4,6
Käse und Quark	-0,7	-5,1
Düngemittel und Stickstoffverbindungen	+0,3	-5,2
Elektronische integrierte Schaltungen	+0,4	-5,5
Universalwaschmittel	-1,1	-6,0
Synthetischer Kautschuk	-0,3	-7,0
Spanplatten	-0,4	-7,0
Gewürze	-0,2	-7,4
Aluminium und Halbzeug daraus	-0,9	-7,5
Schweinefleisch	+0,5	-8,0
Leichtes Heizöl	+1,7	-9,6
Butter	+0,6	-10,4
Flachglas	-3,5	-11,1
Anorganische Grundstoffe und Chemikalien ...	-2,1	-14,1
Raffiniertes Zink	-2,7	-14,2
Gipserzeugnisse für den Bau	-3,6	-14,3
Raffiniertes Blei	-1,8	-16,2
Steinkohle und Steinkohlenbriketts	-4,2	-16,3
Erdgas	-2,4	-16,9
Großhandelsverkaufspreise		
Zitrusfrüchte	-8,4	-29,3
Rohkaffee	-4,3	-22,5
Schweinefleisch	-3,7	-20,2
Lebende Schweine	-2,9	-16,7
Geflügelfleisch	-1,3	-13,3
Leichtes Heizöl	+2,7	-12,5
Getreide	-1,0	-7,8
Rohaluminium und Aluminiumlegierungen	-4,9	-7,4
Rohkupfer und Kupferlegierungen	-4,9	-5,7
Kartoffeln	-8,6	-0,9
Motorenbenzin	+0,6	+3,1
Tomaten	-5,5	+3,7
Bananen	+21,1	+4,8
Eisen- und Stahlschrott	-0,3	+12,7
Lebende Rinder	+2,3	+15,7



ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Klassifikationen		
Statistik und politisches Monitoring in Europa	2	89
Rechtliche Rahmenbedingungen der amtlichen Statistik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	2	96
Neue Entwicklungen auf europäischer Ebene, Rechtsakte und Projekte	7	550
Neue Ideen für die Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems	9	792
Europäische Flächenstichprobe: Das Projekt LUCAS	8	681
Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik	9	784
Wirtschaftsstatistische Einzeldaten für die Wissenschaft	2	101
Datenqualität und Datenprüfungen	2	110
Prozessanalysen: Das Werkzeug des Statistischen Bundesamtes zur Optimierung der Organisation	8	660
Ein Access-Panel als Auswahlgrundlage für Haushalts- und Personenerhebungen ohne Auskunftsspflicht	5	345
Zum neuen Erhebungsdesign des Mikrozensus (Teil 1)	5	359
Zum neuen Erhebungsdesign des Mikrozensus (Teil 2)	6	454
Längsschnittdaten aus dem Mikrozensus: Basis für neue Analysemöglichkeiten	8	669
Der Wandel der Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus	1	26
Das derzeitige System der Erwerbstätigenstatistiken	3	165
Zur Fortentwicklung des Systems der Erwerbstätigenstatistiken	6	443
Erfahrungen mit dem Saisonbereinungsverfahren Census X-12-ARIMA für den Produktionsindex	9	797
Jahreserhebung im Handel erstmals auf der Basis der EU-Strukturverordnung	1	48
Untersuchung von Globalisierungseffekten in der Außenhandelsstatistik	5	375
Auswirkungen der Änderungen des Harmonisierten Systems auf das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik	1	56

noch: Allgemeines, Methoden, Klassifikationen

Überarbeitete Warengliederung der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft in der Außenhandelsstatistik	6	488
Neuberechnung von Außenhandelsvolumen und -indizes auf Basis 2000	7	575
Außenhandel mit Hochtechnologieprodukten	2	116
Verteilungswirkungen der Steuerreform 2000/2005 im Vergleich zum „Karlsruher Entwurf“	8	729
Zum Einfluss des Euro auf die Preisentwicklung in Deutschland	3	182
Die Lohnverteilung in Haushaltsdatensätzen und in amtlich erhobenen Firmendaten	3	209
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1970 bis 1990	7	541

Bevölkerung

Ein Access-Panel als Auswahlgrundlage für Haushalts- und Personenerhebungen ohne Auskunftspflicht	5	345
Zum neuen Erhebungsdesign des Mikrozensus (Teil 1)	5	359
Zum neuen Erhebungsdesign des Mikrozensus (Teil 2)	6	454
Längsschnittdaten aus dem Mikrozensus: Basis für neue Analysemöglichkeiten	8	669
Der Wandel der Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus	1	26
Bevölkerungsentwicklung 2000	7	557
Ergebnisse des Mikrozensus 2001	7	566

Wahlen

Grundlagen und Daten der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002	8	639
---	---	-----

Erwerbstätigkeit

Das derzeitige System der Erwerbstätigenstatistiken	3	165
Zur Fortentwicklung des Systems der Erwerbstätigenstatistiken	6	443
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 2001	1	39
Ergebnisse des Mikrozensus 2001	7	566

Unternehmen und Arbeitsstätten

Gewerbeanzeigen 2001	5	367
Insolvenzen 1999 bis 2001 nach neuem Insolvenzrecht	6	460

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Europäische Flächenstichprobe: Das Projekt LUCAS	8	681
Nutzung der Bodenfläche	6	480
Entwicklung des Gemüseanbaus in Deutschland im letzten Jahrzehnt	4	247
Ökologischer Landbau 2001	6	471

Produzierendes Gewerbe

Erfahrungen mit dem Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA für den Produktionsindex	9	797
--	---	-----

Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Jahreserhebung im Handel erstmals auf der Basis der EU-Strukturverordnung	1	48
Die Branchenentwicklung im Gastgewerbe im Jahr 2001	8	691
Entwicklung im Einzelhandel im Jahr 2001	3	189
Entwicklung im Großhandel im Jahr 2001	3	195
Inlandstourismus 2001: Stabilisierung auf hohem Niveau trotz erswerter Rahmenbedingungen	4	255

	Heft	Seite
Außenhandel		
Untersuchung von Globalisierungseffekten in der Außenhandelsstatistik	5	375
Auswirkungen der Änderungen des Harmonisierten Systems auf das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik	1	56
Überarbeitete Warengliederung der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft in der Außenhandelsstatistik	6	488
Neuberechnung von Außenhandelsvolumen und -indizes auf Basis 2000	7	575
Zuschätzungen in der Außenhandelsstatistik auf Ebene von Warennummern und Bundesländern	8	696
Außenhandel mit Hochtechnologieprodukten	2	116
Der deutsch-polnische Außenhandel im Kontext der EU-Osterweiterung	3	201
Außenhandel 2001 nach Ländern	4	264
Verkehr		
Straßenverkehrsunfälle 2001	4	273
Seeschifffahrt 2001	6	501
Eisenbahnverkehr 2001	6	496
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr 2001	8	707
Binnenschifffahrt 2001	7	585
Gewerblicher Luftverkehr 2001	4	286
Gesundheitswesen		
Die neue Gesundheitspersonalrechnung	8	717
Letztmalig Ergebnisse der amtlichen Statistik zu meldepflichtigen Krankheiten für das Berichtsjahr 2000	1	61
10 Jahre bundeseinheitliche Krankenhausstatistik	5	583
Gesundheitsausgaben 1992 bis 2000	7	596
Sozialleistungen		
Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 2000	2	123
Wohngeld in Deutschland 2000	6	510
Finanzen und Steuern		
Verteilungswirkungen der Steuerreform 2000/2005 im Vergleich zum „Karlsruher Entwurf“	8	729
Öffentliche Ausgaben für Äußere und Innere Sicherheit	4	310
Kommunalfinanzen 2002	5	392
Öffentliche Finanzen 2001	4	316
Schulden der öffentlichen Haushalte 2001	7	603
Wirtschaftsrechnungen		
Konsumausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 1998	4	294
Löhne und Gehälter		
Die Lohnverteilung in Haushaltsdatensätzen und in amtlich erhobenen Firmendaten	3	209
Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen	5	395
Preise		
Zum Einfluss des Euro auf die Preisentwicklung in Deutschland	3	182
Preisentwicklung im Jahr 2001	1	67
Preise im Januar 2002	2	139
Preise im Februar 2002	3	222
Preise im März 2002	4	321

	Heft	Seite
noch: Preise		
Preise im April 2002	5	424
Preise im Mai 2002	6	518
Preise im Juni 2002	7	607
Preise im Juli 2002	8	724
Preise im August 2002	9	802
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1970 bis 1990	7	541
Bruttoinlandsprodukt 2001	1	13
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1. Halbjahr 2002	9	755
Umwelt		
Additive Investitionen für den Umweltschutz	5	410
Gastbeiträge		
Welche Konsequenzen hat die „New Economy“ für die amtliche Statistik?	3	227
Die Lohnverteilung in Haushaltsdatensätzen und in amtlich erhobenen Firmendaten	3	209
Die Analyse regionaler Wirtschaftskraft unter Verwendung multivariater Verfahren	4	326
Längsschnittdaten aus dem Mikrozensus: Basis für neue Analysemöglichkeiten	8	669
Verteilungswirkung der Steuerreform 2000/2005 im Vergleich zum „Karlsruher Entwurf“	8	729
Historische Aufsätze		
Internationaler Statistischer Congress in Berlin	2	144
Internationaler Statistischer Congress in Berlin (Teil 2)	7	612

Neuerscheinungen¹⁾ vom 24. August 2002 bis 20. September 2002

• Zusammenfassende Veröffentlichungen	EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, August 2002	10,85
Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft, Januar 2002	6,75
Februar 2002	6,75
März 2002	6,75
April 2002	6,75
Verkehr aktuell, August 2002	7,70
Band 21 der Schriftenreihe Spektrum Bundesstatistik: „Rotierende Stichproben – Datenkumulation und Datenqualität“	10,80

• Fachserien

Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	
Reihe 4.1.1 Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 2001	18,15
Sonderheft Wahl zum 15. Deutschen Bundestag am 22. September 2002 – „Die Wahlbewerber für die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag 2002“	18,15
Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten	
Reihe 5 Gewerbeanzeigen, Mai 2002	2,60
Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Reihe 3.2.1 Wachstum und Ernte – Gemüse, Trauben –, Juli 2002 ..	2,60
Reihe 4.2.2 Milcherzeugung und -verwendung 2000	2,60
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe	
Reihe 2.2 Auftragseingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe – Indizes –, Juli 2002	13,65
Reihe 8.1 Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau, eisenschaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei), Juli 2002	5,50
Reihe 8.1 – Vorbericht –, August 2002	1,70
Reihe 8.2 Düngemittelversorgung, 2. Vierteljahr 2002	2,60
Fachserie 7: Außenhandel	
Reihe 1 Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Juni 2002	6,75
Fachserie 8: Verkehr	
Reihe 2 Eisenbahnverkehr, Mai 2002	4,35
Reihe 7 Verkehrsunfälle, März 2002	5,50
Reihe 7 April 2002	5,50
Fachserie 11: Bildung und Kultur	
Reihe 4.6 Gasthörer an Hochschulen, Wintersemester 2001/2002	6,75
Fachserie 12: Gesundheitswesen	
Reihe 3 Schwangerschaftsabbrüche 2001	6,75

Fachserie 14: Finanzen und Steuern		EUR [D]
Reihe 4 Steuerhaushalt, 1. Vierteljahr 2002		5,50
Reihe 9.2.1 Absatz von Bier, Juli 2002		1,70

Fachserie 16: Löhne und Gehälter

Reihe 2 Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe –Vorbericht –, April 2002	2,15
--	------

Fachserie 17: Preise

Reihe 1 Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft, Juni 2002	4,35
Reihe 2 Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), Juli 2002	5,50
Reihe 6 Index der Großhandelsverkaufspreise, Juli 2002	4,35
Reihe 7 Preisindizes für die Lebenshaltung, Juli 2002	10,50
Reihe 7 – Eilbericht –, August 2002	2,15
Reihe 10 Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung, Juli 2002	2,60

Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Reihe 3 Vierteljahresergebnisse der Inlandsprodukts- berechnung, 2. Vierteljahr 2002	6,75
---	------

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt. Der Kalender kann unter der Internetadresse www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm abgerufen werden.

¹⁾ Zu beziehen durch den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschel, Verlagsauslieferung: SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Telefon (0 70 71) 93 53 50, Telefax (0 70 71) 93 53 35. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.